



Planungs- und Verkehrsausschuss  
der Gemeinde Swisttal  
-Vorsitzende -

An die Mitglieder des  
Planungs- und Verkehrsausschusses,  
den übrigen Ratsmitgliedern zur Kenntnis.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

zu der 30. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am

**13.06.2024 um 17:30 Uhr,**  
**im Ratssaal des Rathauses in Swisttal-Ludendorf**  
lade ich freundlich ein.

**Tagesordnung:**

TOP	Beratungsgegenstand	Nummer
<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Anmerkungen zur Sitzungsniederschrift des Ausschusses vom 11.04.2024 sowie des Ausschusses vom 18.04.2024	V/2020/0814
3.	Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses vom 11.04.2024 sowie des Ausschusses vom 18.04.2024	M/2020/0876
4.	Lärmaktionsplanung (Stufe 4) für das Gemeindegebiet Swisttal - Beratung über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (2. Phase) - Beschluss über den Lärmaktionsplan	V/2020/0834
5.	Bebauungsplan Straßfeld Sr 4 "Am Kradenpohl" - Beratung über die vorgetragenen Anregungen im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	V/2020/0823
6.	Antrag zur Änderung des Bebauungsplanes Heimerzheim Hz 20 "Gewerbegebiet Teil Nord" - Vorberatung	V/2020/0836
7.	Bebauungsplan Heimerzheim Hz 39 "Am Burggraben" - 1. Änderung des Städtebaulichen Vertrages Teil II -	M/2020/0899
8.	Beteiligungsverfahren für Landesstraßenmaßnahmen zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplan NRW	V/2020/0837
9.	Tempo 30 auf der "Hauptstraße" (L 163) im Ortsteil Morenhoven	V/2020/0838
10.	Buslinie 986 Heimerzheim - Weilerswist - Anfrage der SPD-Fraktion gem. § 17 GO	M/2020/0898
11.	Bauvoranfrage zur Errichtung einer Einfriedung als sonstiges Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB auf dem Grundstück Gemarkung Miel, Flur 13, Flurstück 344, Küpperweg	V/2020/0835



- |  |             |
|--|-------------|
| 12. Bauvoranfrage zur Errichtung einer Garage als sonstiges Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB auf dem Grundstück Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstück 60, Dom-Escher-Straße  | V/2020/0831 |
| 13. Bauantrag zur Errichtung einer Zaunanlage als sonstiges Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB auf dem Grundstück Gemarkung Odendorf, Flur 15, Flurstück 92, Flamersheimer Straße   | V/2020/0819 |
| 14. Überarbeitung des Regionalplanes Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)<br>- Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Beteiligung gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ROG i.V.m. § 13 LPlG NRW zum zweiten Planentwurf | V/2020/0832 |
| 15. Tontagebau Straßfeld (Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstücke 77 teilw., 31 teilw.) Rahmenbetriebsplan<br>- Stellungnahme der Gemeinde zum Antrag auf Verlängerung der Laufzeit bis Ende 2034 des Rahmenbetriebsplanes -                                 | M/2020/0903 |
| 16. Tontagebau Straßfeld (Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstücke 77 tlw., 31 teilw.) Hauptbetriebsplan<br>- Stellungnahme der Gemeinde zum Hauptbetriebsplanantrag für den Zeitraum 01.09.2024 bis 31.08.2028 -   | M/2020/0902 |
| 17. NEILA (Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement)<br>- Mitwirkung der Gemeinde durch Stellen eines Lupenraumes  | M/2020/0894 |
| 18. Kommunale Wärmeplanung Gemeinde Swisttal - Aktueller Sachstand   | M/2020/0887 |
| 19. Sachstand Vergaben Sportcampus Odendorf  | M/2020/0904 |

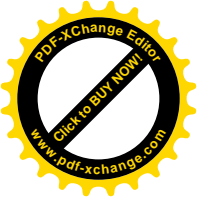
#### Nichtöffentlicher Teil

- |   |             |
|---|-------------|
| 1. Feststellung der Tagesordnung -nichtöffentlicher Teil-   |             |
| 2. Anmerkungen zur Sitzungsniederschrift des Ausschusses vom 11.04.2024                                     |             |
| 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse vom 11.04.2024  |             |
| 4. Bebauungsplan Heimerzheim Hz 39 "Am Burggraben"<br>- 1. Änderung des Städtebaulichen Vertrages Teil II - | M/2020/0900 |
| 5. Bebauungsplan Buschhoven Bu 13 "Am Sportplatz" Freigabe einer Bürgerschaft                               | V/2020/0839 |

Swisttal, den 05.06.2024

Mit freundlichen Grüßen

( Klein )  
Vorsitzende



## Erläuterungen

zur Tagesordnung der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am  
13.06.2024

- öffentlicher Teil -

---

**Punkt 1:** Die Feststellungen trifft die Vorsitzende.

**Punkt 2:** Es liegen Anmerkungen der SPD-Fraktion zur Sitzungsniederschrift vom 11.04.2024 vor. Siehe Vorlage TOP 2. Für die Sitzungsniederschrift vom 18.04.2024 liegen keine Anmerkungen vor.

**Punkt 3:** Berichte über die Durchführung der Beschlüsse des Planungs- und Verkehrsausschusses vom 11.04.2024 und 18.04.2024 sind beigelegt.



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

---

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0814

---

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss

### Termin

13.06.2024

### Entscheidung

Entscheidung

### Öffentl.

Ö

---

### Tagesordnungspunkt:

2

Anmerkungen zur Sitzungsniederschrift des Ausschusses vom  
11.04.2024

---

### Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, die Niederschrift zum Tagesordnungspunkt 9 „Bebauungsplan Heimerzheim Hz 40 „Seniorenpark Kölner Straße“ – Beratung über den Antrag zur Aufstellung des Bebauungsplanes nach § 13a BauGB; Empfehlung an den Rat zum Aufstellungsbeschluss“ in der Sitzung vom 11.04.2024 unverändert beizubehalten.

### Sachverhalt:

Auf den Korrekturantrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2024 wird verwiesen.

Der Planungs- und Verkehrsausschuss hat am 11.04.2024 über den Bebauungsplan Heimerzheim Hz 40 „Seniorenpark Kölner Straße“ beraten. Die SPD-Fraktion hat in dieser Beratung angeregt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Aufstellungsbeschluss von der Verfahrensart getrennt wird. Daraufhin hat die Vorsitzende den Beschlussvorschlag in zwei Teile aufgeteilt und einzeln darüber abstimmen lassen. Auch wenn die einzelnen Teile des Beschlussvorschlages aus der Vorlage nicht vollständig durch die Vorsitzende vorgelesen wurden, wurde nicht darüber beraten, diese textlich zu verändern. Daher entspricht der Text der Niederschrift dem, was in der oben genannten Sitzung beschlossen wurde.



**Welke, Hanna**

---

**Betreff:**

AW: Korrektur Niederschrift P+V 11.04.2024

**Von:**

**Gesendet:** Mittwoch, 17. April 2024 11:55:48 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

**An:**

**Betreff:** Korrektur Niederschrift P+V 11.04.2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

sehr geehrte Frau Klein,

bei Durchsicht der Niederschrift ist mir folgender Widerspruch aufgefallen, den ich bitte zu korrigieren:  
Die SPD-Fraktion hatte sich bei TOP 9 „BPI Hz 40“ klar gegen das beschleunigte Verfahren nach § 13a BauGB ausgesprochen. Es wurde deshalb eine getrennte Abstimmung durchgeführt, bei der allerdings versehentlich die Umformulierung der Absätze nicht entsprechend erfolgte.

Ich bitte deshalb um die beigelegte Korrektur. Ich werde dies auch in der Ratssitzung am 23.04.2024 unter TOP 11 einbringen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Euler

Vorsitzender der SPD-Fraktion

**Von:**

**Gesendet:** Mittwoch, 17. April 2024 09:53

**Betreff:** Niederschrift P+V 11.04.2024

**An die Mitglieder des Planungs- u. Verkehrsausschusses, den übrigen Ratsmitgliedern zur Kenntnis**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
anliegend erhalten Sie die Niederschrift des Planungs- u. Verkehrsausschusses vom 11.04.2024 zu Ihrer Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Maren Fritsch



**Stabsstelle: Ratsbüro / Presse / Sport / Öffentlichkeitsarbeit / Kultur**

Rathausstraße 115

53913 Swisttal

Tel.: (02255) 309 811

Fax: (02255) 309 899

E-Mail: [Maren.Fritsch@Swisttal.de](mailto:Maren.Fritsch@Swisttal.de)

9.	Bebauungsplan Heimerzheim Hz 40 "Seniorenpark Kölner Straße" - Beratung über den Antrag zur Aufstellung des Bebauungsplanes nach § 13a BauGB; Empfehlung an den Rat zum Aufstellungsbeschluss -	V/2020/0776
----	---	-------------

Der Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Antrag zur Aufstellung des Bebauungsplanes zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

*„Auf Empfehlung des Planungs- und Verkehrsausschusses vom 11.04.2024 beschließt der Rat die Aufstellung des Bebauungsplanes Heimerzheim Hz 40 "Seniorenpark Kölner Straße" im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchzuführen.*

*Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Grundstücke Gemarkung Heimerzheim, Flur 26, Flurstücke 345, 346, 528, 520, 522, 524 und 529. Nordöstlich grenzt der Geltungsbereich an die öffentliche Verkehrsfläche 'Kölner*

*Straße', im Südwesten an das Grundstück Flur 26, Flurstücke 354 und 362 'Kölner Straße 81' sowie an eine private Grünfläche (Flur 26, Flurstück 505) an der öffentlichen Verkehrsfläche 'Am Alten Sägewerk' gelegen. Westlich sowie nordwestlich grenzen die Wohngrundstücke 'Am Alten Sägewerk' mit ihren gärtnerischen Nutzungen an. Im Norden wird der Geltungsbereich durch das Grundstück Flur 26, Flurstück 436 'Kölner Straße 89' begrenzt. Ein Übersichtsplan zum räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes, in dem der Änderungsbereich schwarz umrandet kenntlich gemacht ist, ist beigelegt.*

*Ziel des Bebauungsplanes ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnbebauungen zu schaffen insbesondere in Hinblick auf eine altersgerechte Wohnbebauung. Hier soll u.a. eine Tagespflegeeinrichtung entstehen. Die vor-derste Zeile ist als Mischgebiet mit ausreichend Parkraum festzusetzen."*

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

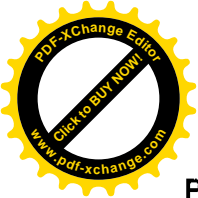
Weiterhin empfiehlt der Planungs- und Verkehrsausschuss dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

*„Die Aufstellung des Bebauungsplanes Heimerzheim Hz 40 "Seniorenpark Kölner Straße" erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB).*

*Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen. Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und einem Umweltbericht nach § 2a BauGB sowie von der Angabe, in der ortsüblichen Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung, welche Arten umweltbezogener Informationen gem. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verfügbar sind, wird abgesehen. Von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a BauGB wird ebenfalls abgesehen."*

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	5
Enthaltung:	1



**Punkt 3:**

**Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Planungs- und Verkehrsausschusses vom 11.04.2024**

**-öffentlich-**

5.	<b>Fußverkehrs-Checks NRW 2023 - Abschlussbericht für Swisttal-Heimerzheim</b>
	Der Vorgang befindet sich in der Bearbeitung.
6.	<b>Lärmaktionsplanung (Stufe 4) für das Gemeindegebiet Swisttal</b> - <b>Beratung über die eingegangenen Stellungnahmen zur 1. frühzeitigen Mitwirkung der Öffentlichkeit gemäß § 47d Abs.3 BImSchG</b> - <b>Beratung über den Entwurf des Lärmaktionsplanes</b> - <b>Durchführung der 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange</b>
	Die 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung hat vom 29. April 2024 bis einschließlich 31. Mai 2024 stattgefunden. Es sind sowohl Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit als auch von den beteiligten Behörden eingegangen. In der aktuellen Sitzung wird über die Abwägung und die weiteren Schritte beraten werden.
7.	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Heimerzheim Hz 33 „Metternicher Weg – Sondergebiet“; 2. Änderung</b> - <b>Einleitungsentscheidung</b> - <b>Billigungs- und Auslegungsbeschluss</b>
	Der Beschluss über die Einleitung des Verfahrens, die Unterrichtung über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die Beteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 wurde ortsüblich bekanntgemacht. Die genannte Beteiligung findet vom 13.05.2024 bis 24.06.2024 statt.
8.	<b>Bebauungsplan Heimerzheim Hz 21 „Heimerzheim West“, 17. Änderung</b> - <b>Beratung über einzelne Planinhalte -</b>
	Der Beschluss über die Unterrichtung über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die Beteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 wurde ortsüblich bekanntgemacht. Die genannte Beteiligung findet vom 27.05.2024 bis 01.07.2024 statt.
9.	<b>Bebauungsplan Heimerzheim Hz 40 "Seniorenpark Kölner Straße"</b> - <b>Beratung über den Antrag zur Aufstellung des Bebauungsplanes nach § 13a BauGB; Empfehlung an den Rat zum Aufstellungsbeschluss</b>
	Der Rat hat in seiner Sitzung am 23.04.2024 die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB und gemäß der Empfehlung des Planungs- und Verkehrsausschusses beschlossen.
10.	<b>Bebauungsplan Odendorf Od 21 "Sportzentrum Odendorf" und 8. Änderung Flächennutzungsplan</b> - <b>Mitteilung zum Planungsstand -</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
11.	<b>11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren für die Ortslage Straßfeld (Bebauungsplan Straßfeld Sr 4 "Am Kradenpohl")</b> <b>Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB</b>
	Der Vorgang befindet sich in der Bearbeitung.



12.	<b>Bebauungsplan Odendorf Od 10 - Nutzungsänderung und Befreiung ALDI</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen
13.	<b>Radverkehrskonzept der Gemeinde Swisttal</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen
14.	<b>Antrag gemäß § 1 Geschäftsordnung zur Verkehrsberuhigung/-sicherung auf der „Hauptstraße“ (L 163) im Ortsteil Morenhoven</b>
	Der Antrag wurde am 24.04.2024 an das Straßenverkehrsamt und den Rhein-Sieg-Kreis zwecks Prüfung und Stellungnahme weitergeleitet.
15.	<b>Antrag gemäß § 1 Geschäftsordnung zur Umsetzung des Konzeptes zum Alltagsradverkehr Gemeinde Swisttal</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
16.	<b>Priorisierung formeller und informeller Planungen/Projekte in Folge der Hochwasserkatastrophe 2021 (Bauleitplanung) - Abschätzung Projektstand</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
17.	<b>Aufstellung eines sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln - Konsultationsverfahren gem. § 8 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (Scoping)</b>
	Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.
18.	<b>Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien - Abwägung der Stellungnahme der Gemeinde Swisttal</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
19.	<b>NEILA (Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement) Weiterführung / Verlängerung des Projektes</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
20.	<b>Standort in Heimerzheim für EC-Automat Volksbank Rhein-Erft-Köln eG</b>
	Die Volksbank Rhein-Erft-Köln eG wurde über den Beschluss informiert. Der Vorgang befindet sich weiterhin in der Bearbeitung.





**Punkt 3:**

**Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Planungs- und Verkehrsausschusses vom 18.04.2024**

**-öffentlich-**

2.	<b>Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) Ortsteile Odendorf und Buschhoven</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Information über die Novellierung der Städtebauförderrichtlinien (FRL) im Jahr 2023</li><li>- Beschluss über die aktualisierte Zeitschiene zur Beantragung von Fördermitteln aus der Städtebauförderung</li><li>- Beschluss zur Vorbereitung der Antragsunterlagen für den STEP 2025</li></ul>
	Die Verwaltung wird die Gespräche mit der Bezirksregierung aufnehmen und die Antragsunterlagen gemäß Beschluss vorbereiten.
3.	<b>Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) Ortsteile Odendorf und Buschhoven</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Mitteilung über erhaltene Zuwendungen aus der Städtebauförderung</li></ul>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
4.	<b>Hochwasserschutzvolumen Steinbachtalsperre</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
5.	<b>Aufstellung eines sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Konsultationsverfahren gem. § 8 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (Scoping)</li></ul>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.
6.	<b>Kommunale Wärmeplanung Gemeinde Swisttal</b>
	Der Ausschuss hat die schriftlichen Mitteilungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

---

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0834

---

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss  
Rat der Gemeinde Swisttal

### Termin

13.06.2024  
18.06.2024

### Entscheidung

Entscheidung  
Entscheidung

### Öffentl.

Ö  
Ö

---

### Tagesordnungspunkt:

4

Lärmaktionsplanung (Stufe 4) für das Gemeindegebiet Swisttal  
- Beratung über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der  
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (2. Phase)  
- Beschluss über den Lärmaktionsplan

---

### Beschlussvorschlag:

Ein Beschlussvorschlag wird kurzfristig nachgereicht. Derzeit werden die Abwägungen vorgenommen.

### Sachverhalt:

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange erfolgte in der Zeit vom 29.04. bis einschließlich 31.05.2024. Aktuell werden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und abgewogen. Die Abwägungs-empfehlungen werden dem Ausschuss kurzfristig zur Entscheidung vorgelegt.

Dem Ausschuss wird empfohlen Abwägungsbeschlüsse zu fassen und dem Rat zu empfehlen, den Lärmaktionsplan (Stufe 4) zu beschließen.



**Fachbereich:** FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
**Gemeinde Swisttal**

Die Bürgermeisterin

---

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0823

---

**Beratungsfolge:**

Planungs- und Verkehrsausschuss  
Rat der Gemeinde Swisttal

**Termin**

13.06.2024  
18.06.2024

**Entscheidung**

Vorberatung  
Entscheidung

**Öffentl.**

Ö  
Ö

---

**Tagesordnungspunkt:**

5

Bebauungsplan Straßfeld Sr 4 "Am Kradenpohl"  
- Beratung über die vorgetragenen Anregungen im Rahmen der  
förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und  
sonstigen Träger öffentlicher Belange

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Gemeinde Swisttal folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Gemeinde Swisttal nimmt davon Kenntnis, dass während der förmlichen Offenlage zum Bebauungsplan Straßfeld Sr 4 "Am Kradenpohl" gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 18.03.2024 bis einschließlich 18.04.2024 Anregungen seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragen wurde. Darüber hinaus nimmt der Rat zur Kenntnis, dass seitens der Öffentlichkeit keine Anregungen eingereicht wurden.

Der Rat der Gemeinde Swisttal beschließt über die Anregungen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wie folgt:

- siehe anliegende tabellarische Auflistung

2. Der Rat der Gemeinde Swisttal beschließt, dass die Festsetzung Nummer 3.1 „Überbaubare Grundstücksflächen und Bauweise“ zur Klarstellung entsprechend der Synopse angepasst wird. Eine erneute Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wird hierdurch nicht begründet.



Text alte Fassung (Offenlage)	Text neue Fassung
Es wird eine abweichende Bauweise festgesetzt in Form einer offenen Bauweise nach § 22 (2) Satz 1 BauNVO unter Beschränkung der Länge im Sinne des § 22 (2) Satz 2 BauNVO auf 16 m. Maßgeblich ist die Länge der Projektion <del>senkrecht zur</del> Straßenbegrenzungslinie. Bei einseitigem Grenzanbau verkürzt sich die zulässige Länge nach Satz 1 auf 8 m.	Es wird eine abweichende Bauweise festgesetzt in Form einer offenen Bauweise nach § 22 (2) Satz 1 BauNVO unter Beschränkung der Länge im Sinne des § 22 (2) Satz 2 BauNVO auf 16 m. Maßgeblich ist die Länge der Projektion <u>des Gebäudes auf die</u> Straßenbegrenzungslinie. Bei einseitigem Grenzanbau verkürzt sich die zulässige Länge nach Satz 1 auf 8 m.

### **Sachverhalt:**

Während der förmlichen Beteiligung zum Bebauungsplanverfahren Straßfeld Sr 4 „Am Kradenpohl“ gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 18.03.2024 bis einschließlich 18.04.2024, sind Anregungen von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangen. Seitens der Öffentlichkeit wurden keine Anregungen eingereicht.

Im Zuge der Abwägung hat sich herausgestellt, dass die Festsetzung zur abweichenden Bauweise kompliziert formuliert war. Zur Klarstellung soll die Festsetzung angepasst werden. Hat eine nach öffentlicher Auslegung vorgenommene Ergänzung einer Festsetzung lediglich klarstellende Bedeutung, so besteht kein Anlass zu einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung oder einer erneuten Beteiligung von Behörden und Trägern öffentlicher Belange, denn inhaltlich ändert sich am Planentwurf nichts.

**Bebauungsplan Straßfeld Sr 4 „Am Kradenpohl“**

**Abwägung der Stellungnahmen zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB**

Es sind 0 Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen.

Es sind 16 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangen.

Die Stellungnahmen von Nr. 3, 4, 8 und 10 – 12 geben weder Anregungen noch Hinweise.

**I. Auflistung der eingegangenen Stellungnahmen**

Nr.	TÖB/Bürger	Schreiben vom	Anregungen/ Hinweise	Bedenken	Inhalt	Seitenzahl
1	Bundesnetzagentur	15.03.2024	X		Unterlagen werden an den zuständigen Fachbereich weitergeleitet	4
2	Landesbetrieb Wald und Holz	18.03.2024	X		Stellungnahme vom 07.06.2022 hat weiterhin Bestand	4
3	GLH Auffanggesellschaft für Telekommunikation, MTI Teleport München GmbH	18.03.2024			Keine Bedenken	
4	NetCologne GmbH	18.03.2024			Leitungsauskunft/Negativauskunft	
5	Rhein-Sieg-Kreis Brandschutzdienststelle	21.03.2024	X		Bereitstellung der Löschwasserversorgung	4
6	Bezirksregierung Köln Dezernat 53 Immissionsschutz	05.04.2024	X		Belange werden nicht berührt Hinsichtlich des Tagebaubetriebes besteht keine Zuständigkeit	4

Nr.	TÖB/Bürger	Schreiben vom	Anregungen/ Hinweise	Bedenken	Inhalt	Seitenzahl
7	Bezirksregierung Arnsberg Abteilung Bergbau und Energie	09.04.2024	X		Stellungnahme vom 04.07.2022 hat weiterhin be- stand	5
8	Landesamt für zentrale polizeili- che Dienste	10.04.2024			Störungen des Richtfunknetzes/Negativauskunft	
9	e-regio GmbH & Co.KG	11.04.2024	X		Keine Bedenken in Bezug auf Leitungsanlagen der e-regio. Hinweis auf den Bestand der Wasserver- sorgungsleitung des Wasserversorgungsverbands Euskirchen-Swisttal (WES)	6
10	Ericsson Services GmbH und Deutsche Telekom Technik GmbH	12.04.2024			Keine Bedenken	
11	Vodafone Deutschland GmbH	12.04.2024			Keine Bedenken	
12	Vodafone West GmbH	15.04.2024			Leitungsauskunft/Negativauskunft	
13	Westnetz GmbH Regionalzent- rum	16.04.2024	X		Keine Bedenken bei ausgewiesener Stationsfläche auf Flurstück 184	7
14	Landwirtschaftskammer NRW	18.04.2024	X		Keine Bedenken Anregung zu Ausgleichs- und CEF- Maßnahmen Anregung zur Erreichbarkeit der angrenzenden landwirtschaftlichen Fläche	7
15	Rhein-Sieg-Kreis Fachbereich 01.3	18.04.2024	X	X	Hinweis zur Abwägung der Stellungnahme im Vor- verfahren durch die Gemeinde Swisttal	8
	15.1 Bauaufsicht		X	X	Hinweise zu textlichen Festsetzungen	8
	15.2 Kreisstraßenbau		X		Anregung einer optionalen Radwegeanbindung	10
	15.3 Verkehrssicherheit		X	X	Anregung eines beidseitig ausgebauten Gehweges bei Verzicht auf Grünfläche Anregung zur Überprüfung der Schleppkurve zur Zufahrt zu Haus 1 im Straßenausbau	11

Nr.	TÖB/Bürger	Schreiben vom	Anregungen/ Hinweise	Bedenken	Inhalt	Seitenzahl
	15.4 Bodenschutz		X		Anregungen zu Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie Kompensationsmaßnahmen	12
	15.5 Räumliche Planung, Naturschutzprojekte		X		Hinweis auf die Fortschreibung des Kompensationsflächenkatasters und Monitoring der CEF Maßnahmen	15
	15.6 Abfallwirtschaft		X		Hinweise zur Entsorgung des Bodenmaterials	16
	15.7 Anpassung an den Klimawandel		X		Anregung zur Berücksichtigung des LANUV Arbeitsblattes 52 „Anlagen zur naturnahen Regenwasserbewirtschaftung“	16
	15.8 Planungsrechtlicher Hinweis		X	X	Hinweis darauf, dass die angestrebte 11. Änderung des Flächennutzungsplans bislang nicht erfolgt ist	17
16	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege	19.04.2024	X		keine Bedenken Hinweis auf Umgang mit Zufallsfunden	18



## II. Abwägung/Beschlussempfehlung zu den Stellungnahmen

Nr.	Stellungnahme	Abwägung/Beschlussempfehlung
1	<p><b>Bundesnetzagentur</b></p> <p>hiermit bestätigen wir Ihnen den Eingang Ihrer E-Mail. Sie wird an den zuständigen Fachbereich weitergeleitet und bearbeitet.</p>	<p>Die Bundesnetzagentur hat der Gemeinde Swisttal bisher keine Stellungnahmen von Fachabteilungen übermittelt.</p> <p><b>Keine Abstimmung</b></p>
2	<p><b>Landesbetrieb Wald und Holz</b></p> <p>Die Stellungnahme vom 07.06.2022 zu diesem Verfahren hat weiterhin Bestand.</p> <p><b>Stellungnahme vom 07.06.2022</b></p> <p>...es bestehen aus forstfachlicher Sicht keine Bedenken gegen das o.a. Planungskonzept.</p>	<p>Nach der Stellungnahme vom 07.06.2022 bestanden keine Bedenken.</p> <p><b>Keine Abstimmung</b></p>
5	<p><b>Rhein-Sieg-Kreis, Brandschutz</b></p> <p>Für das zu betrachtende Gebiet ist nach §3 BHKG eine ausreichende Löschwasserversorgung bereit zu stellen. Im vorliegenden Fall wird eine Löschwassermenge von 800 Liter/Min. = 48 m³/h für erforderlich gehalten.</p> <p>Die gesamte Löschwassermenge ist in einem Radius von 300 m die jeweiligen Gebäude herum sicherzustellen. In einem Abstand von max. 75 m ist eine Entnahmesteile für die Feuerwehr vorzusehen.</p> <p>Auf das Arbeitsblatt W 405 des Verbands der Gas- und Wasserfachleute - DVGW wird hingewiesen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Löschwasserversorgung ist bereits durch die vorhandenen Anlagen der Wasserversorgung im Plangebiet gesichert.</p> <p><b>Keine Abstimmung</b></p>
6	<p><b>Bezirksregierung Köln, Dez. 53, Immissionsschutz</b></p> <p>durch die o. a. Bauleitplanung werden die durch das Dezernat 53 der Bezirksregierung Köln zu vertretenden immissionsschutzrechtlichen Belange nicht berührt. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass für den</p>	<p>Der Hinweis, dass das Dezernat 53 der Bezirksregierung für den östlich gelegenen Kiestagebau nicht zuständig ist, wird zur Kenntnis genommen.</p>

	<p>östlich des Plangebiets gelegenen Tagebaubetrieb (Kiesgrube) seitens des Dezernates 53 keine immissionsschutzrechtliche Zuständigkeit besteht.</p>	<p><b>Keine Abstimmung</b></p>
7	<p><b>Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 Bergbau</b></p> <p>die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs ist unverändert (Ihre Anfrage vom 06.06.2022).</p> <p>Die von hier aus abgegebene Stellungnahme mit dem Az.: 65.52.1-2022-316 vom 04.07.2022 bleibt daher unverändert bestehen.</p> <p><b>Stellungnahme vom 04.07.2022</b></p> <p>Der o.g. Planbereich liegt außerhalb verliehener Bergwerksfelder. Allerdings ist der Planungsbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides- Az.: 61.42.63-2000-1-) von durch Sumpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider &amp; Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle.</p> <p>Folgendes sollte berücksichtigt werden:</p> <p>Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.</p> <p>Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohlentagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.</p> <p>Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power AG, Stuttgartweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.</p>	<p><b>Bisherige Abwägung zur Stellungnahme vom 04.07.2022</b></p> <p>Die Hinweise aus der generellen Stellungnahme für den Einflussbereich des Rheinischen Braunkohlereviere werden zur Kenntnis genommen. Für das Plangebiet liegen ortsbezogene Stellungnahmen des Erftverbandes (s. Stellungnahme B 16) sowie Aussagen des Bodengutachters vor.</p> <p>Der Gutachter führt zur Beeinflussung des Plangebietes durch die tagebaubedingte Änderung des Grundwasserspiegels aus:</p> <p>Gemäß den Unterlagen des ERFTVERBANDES [Verbandsbericht 2018] liegt das Gebiet in einem Bereich, in dem keine (spezifizierten) Absenkbeträge des Grundwassers durch die in den großen, nördlich und nordöstlich gelegenen Braunkohlen-Tagebauen betriebenen Sumpfungsmaßnahmen eingetragen sind.</p> <p>Die historischen Grundwasserstände vor Beginn der Tagebausümpfung werden seitens des Bodengutachters mit rund 125 m ü.NHN abgeschätzt, was einem Flurabstand von 15 m und mehr entspricht.</p> <p>Die Hinweise zu den Auswirkungen des Braunkohlentagebaus werden erneut zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Keine Abstimmung</b></p>

	<p><b>Bearbeitungshinweis:</b> Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden.</p> <p>Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (<a href="http://www.bra.nrw.de">www.bra.nrw.de</a>) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.</p>	
9	<p><b>e-regio GmbH</b> nachfolgend erhalten Sie unsere Stellungnahme als Eigentümerin des Erdgas-Versorgungsnetzes sowie als Betriebsführerin des Wasserversorgungsverbandes Euskirchen-Swisttal (WES). <b>e-regio GmbH &amp; Co. KG:</b> Seitens der e-regio bestehen keine Bedenken gegen das beabsichtigte Verfahren. Innerhalb des dargestellten Planbereiches sind Leitungsanlagen der e-regio zur Erdgas-Versorgung nicht vorhanden. <b>Wasserversorgungsverband Euskirchen-Swisttal (WES):</b> Seitens der Betriebsführerin des WES bestehen keine Bedenken gegen das beabsichtigte Verfahren solange der Bestand der Versorgungsanlagen für Wasser gewährleistet wird. Innerhalb des dargestellten Planbereiches sind Leitungsanlagen des WES zur Trinkwasser-Versorgung vorhanden.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken der Versorgungsträger für Gas und Wasser bestehen.</p> <p><b>Keine Abstimmung</b></p>

13	<p><b>Westnetz GmbH Regionalzentrum</b></p> <p>Von unserer Seite bestehen keine Bedenken gegen diese Maßnahme, sofern, wie im Vorfeld bereits besprochen, die Stationsfläche im Bereich Kreuzstraße/K3, am Flurstück 184 ausgewiesen wird.</p> <p>Bei Rückfragen steht Ihnen Herr Bonnes unter 02251-128660-238 zur Verfügung.</p>	<p>Für die Umspannstation des Stromnetzbetreibers wurde ein Standort am nördlichen Rand der öffentlichen Grünfläche abgestimmt. Eine Ausweisung von Versorgungsflächen im Bebauungsplan ist hierfür nicht erforderlich</p> <p><b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b></p> <table><tr><td>Ja:</td><td></td></tr><tr><td>Nein:</td><td></td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td></td></tr></table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:								
Nein:								
Enthaltung:								
14	<p><b>Landwirtschaftskammer NRW</b></p> <p>der Aufstellung des Bebauungsplanes stehen keine landwirtschaftlichen / agrarstrukturellen Bedenken entgegen.</p> <p>Es wird angeregt, den bei den Ausgleichs- und CEF-Maßnahmen entstehenden Ausgleichsüberschuss auf ein Ökokonto einzuzahlen.</p> <p>Weiterhin wird angeregt, dass die zurückliegenden landwirtschaftlichen Flächen weiterhin durch die Kreuzstraße erreichbar bleiben.</p>	<p>Der naturschutzrechtliche Eingriff wurde zum einen für den Biotopwert und zum anderen zusätzlich für den Eingriff in besonders schutzwürdige Böden bewertet. Dabei wurde für den Biotopwert ein numerisches Verfahren eingesetzt, während die Bewertung des Bodeneingriffs verbal- argumentativ erfolgte.</p> <p>Mit der Eingriffsbewertung wurde überprüft und nachgewiesen, dass nach Durchführung der städtebauliche Planung insgesamt einschließlich der Maßnahmen im Baugebiet und der CEF-Maßnahme kein Kompensationsdefizit verbleibt. Daher erfolgt keine Ausweisung von Maßnahmenflächen zur Erzielung von Biotopwertpunkten.</p> <p>Da die Bewertung des Bodeneingriffs und seines Ausgleichs im Bereich der CEF- Fläche verbal- argumentativ erfolgt, ergibt die Bewertungssystematik insgesamt keinen Ausgleichsüberschuss, der sich in Form von Biotopwertpunkten einem Ökokonto zuordnen ließe.</p> <p>Der Anregung zur Bilanzierung eines Ausgleichsüberschusses wird daher nicht gefolgt.</p> <p>Eine Erschließung des verbleibenden landwirtschaftlich genutzten Flurstücks ist über die Verlängerung der Kreuzstraße nach Norden gewährleistet.</p>						

		<div>Abstimmungsergebnis:</div> <table><tr><td>Ja:</td><td></td></tr><tr><td>Nein:</td><td></td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td></td></tr></table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:								
Nein:								
Enthaltung:								
15	<p><b>Rhein-Sieg-Kreis - FB 01.3</b></p> <p><b>15.1 Bauaufsicht</b></p> <p>a) Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Stellungnahme vom 14.07.2022 zur Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB weitgehend nicht berücksichtigt wurde.</p>	<p><b>Zu 15.1 Bauaufsicht</b></p> <p>a) Die Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreis vom 14.07.2022 war Gegenstand der Abwägung und Beschlussfassung der Gemeinde. Eine Reihe von Anregungen wurden berücksichtigt und umgesetzt.</p> <p><b>Keine Abstimmung</b></p>						
	<p>b) <u>Zu Textliche Festsetzungen 3.1</u> Die Beschränkung der Gebäudelänge fällt nicht wie vorgesehen unter die abweichende Bauweise. Die Festsetzung der Bauweise betrifft allein die Anordnung der Gebäude auf einem Baugrundstück im Verhältnis zu den Nachbargrundstücken und dabei insbesondere zu den seitlichen Grundstücksgrenzen. Dabei regelt die abweichende Bauweise eine Gebäudelänge von über 50 m. Bei der Festsetzung einer maximalen Gebäudelänge &lt; 50 m in einem Bebauungsplangebiet handelt es sich um eine baugestalterische Regelung und nicht um eine bodenrechtliche Regelung "im Gewande einer Baugestaltungsvorschrift". Die richtige Gesetzesgrundlage ist der § 89 BauO NRW vom 01.01.2024 (siehe auch VG Gelsenkirchen, Beschluss vom 04.04.2019 10 L 172/19). Die Festsetzung ist zu ändern.</p>	<p><b>Zu 15.1 Bauaufsicht</b></p> <p>b) <u>Zu Textliche Festsetzungen 3.1</u> Der Auffassung des Rhein-Sieg-Kreises wird widersprochen. Die Definition einer abweichenden Bauweise ist nicht auf eine Erweiterung der Gebäudelänge auf über 50 m beschränkt, sondern kann diese auch reduzieren.</p> <p>In Abhängigkeit vom konkreten Fall und von der Argumentation der streitenden Parteien haben Gerichte in der Vergangenheit unterschiedlich über eine abweichende Bauweise mit einer geringeren Gebäudelänge als 50 m entschieden.</p> <p>Mit dem vom RSK angeführten Beschluss hatte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen zu beurteilen, ob eine Festsetzung über die maximale Gebäudelänge nachbarschützend sei. Das Gericht ordnete die Planung der Gemeinde in diesem Fall aber lediglich als gestalterische Festsetzung ein.</p> <p>Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hingegen entschied über die Zulässigkeit einer Befreiung von einer festgesetzten abweichenden Bauweise mit einer Gebäudelänge &lt; 50 m. Die Befreiung für ein breiteres Gebäude wurde im Ergebnis zu Recht versagt, weil es sich nach Auffassung des Gerichts bei der mangelfrei festgesetzten abweichenden Bauweise entspre-</p>						



	<p>chend der Begründung der Gemeinde um einen Grundzug der Planung handele (Beschluss vom 9.12.2005 AZ.: 5 S 274/05).</p> <p>Die vom Rhein-Sieg-Kreis gerufte Festsetzung nach § 22 (3) BauNVO setzt in zulässiger Weise eine abweichende Bauweise nach § 22 (4) BauNVO fest. Dabei wird die Gebäudelänge nach § 22 (2) Satz 2 BauNVO auf 16 m begrenzt. Gleichzeitig wird auch bestimmt, dass die festgesetzte Gebäudelänge in einer bestimmten Richtung, nämlich entlang der öffentlichen Straße einzuhalten ist. Beide Merkmale – die Länge und die anzuhaltende Richtung – formulieren eine abweichende Bauweise.</p> <p>Die Tiefe der Bebauung ist mit ebenfalls 16 m über die Baugrenzen festgesetzt.</p> <p>Die Bedenken werden zurückgewiesen.</p> <p><b><u>Abstimmungsergebnis zu 15.1 b):</u></b></p> <table border="1" data-bbox="798 761 901 1064"> <tr> <td>Ja:</td><td></td></tr> <tr> <td>Nein:</td><td></td></tr> <tr> <td>Enthaltung:</td><td></td></tr> </table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:							
Nein:							
Enthaltung:							
<p>c)</p> <p>Die Hinweise Ziffer 4. „Schutzstreifen Transportwasserleitung“ und 5. „Sammelleitung der Felddrainage“ gewährleisten aus hiesiger Sicht keine ausreichende Sicherung der betroffenen Belange, da es sich lediglich um Hinweise und nicht um verbindliche Festsetzungen handelt. Zudem ist fraglich, ob die ausnahmsweise zulässige Anpflanzung tiefwurzelnder Pflanzen auf der Transportwasserleitung so gewünscht ist.</p>	<p><b>Zu 15.1 Bauaufsicht</b></p> <p>c)</p> <p>Innerhalb des Schutzstreifens sind keine Ausnahmen für tiefwurzelnde Gehölze vorgesehen. Vielmehr sollte der Schutzstreifen sowohl von baulichen Anlagen als auch von tiefwurzelnden Anpflanzungen freigehalten werden. Bei Zufahrten, Zuwegungen und Grundstückseinfriedungen ist dies aufgrund der Funktion nicht möglich bzw. sinnvoll.</p> <p>Der Hinweis dient wesentlich der Vermeidung von Schäden an der Leitung einerseits und Schäden an baulichen Anlagen und Gehölen bei Aufbrüchen andererseits in eigener Verantwortung der Grundstückseigentümer. Für</p>						

	<p>planungsrechtliche Verbote von Anpflanzungen auf Privatgrundstücken entlang der öffentlichen Verkehrsfläche besteht hingegen keine Veranlassung.</p> <p>Zum besseren Verständnis wird die Reihenfolge der Ausschlüsse im Hinweis auf der Planzeichnung wie folgt umgestellt:</p> <p>4. <i>Der in der Planzeichnung vermerkte Schutzstreifen der Transportwasserleitung ist von tiefwurzelnden Anpflanzungen sowie von baulichen Anlagen mit Ausnahme von Zufahrten, Zuwegungen und Grundstückseinfriedungen freizuhalten.</i></p> <p>Die Verlegung der Sammelleitung der Felddrainage wird zusätzlich durch den städtebaulichen Vertrag zwischen dem Grundstückseigentümer und der Gemeinde Swisttal geregelt.</p> <p>Die Bedenken werden ansonsten zurückgewiesen.</p> <p><b><u>Abstimmungsergebnis zu 15.1 c):</u></b></p> <table border="1"> <tr> <td>Ja:</td><td></td></tr> <tr> <td>Nein:</td><td></td></tr> <tr> <td>Enthaltung:</td><td></td></tr> </table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:							
Nein:							
Enthaltung:							
<p><b>15.2 Kreisstraßenbau</b></p> <p>Wenngleich die Stabsstelle Kreisstraßenbau, Liegenschaften und Grunderwerb derzeit keine aktuelle Radwegeplanung an der K03-Trierer Straße plant, sollte bereits zu diesem Zeitpunkt die Absicht in der Begründung zum Bauleitplanverfahren wiedergegeben werden, dass in der öffentlichen Grünfläche es optional möglich sein sollte einen straßenbegleitenden Radweg an der K03 anzulegen.</p> <p>Diese mögliche Radwegeanbindung steht im Zusammenhang mit einer überörtlichen Radwegevernetzung im Gemeindegebiet Swisttal.</p>	<p><b>Zu 15.2 Kreisstraßenbau</b></p> <p>Der Anregung wird durch Ergänzung der Begründung in Abschnitt 2.3.1 zum Stichwort <u>Erschließung</u> gefolgt.</p> <p><b><u>Abstimmungsergebnis zu 15.2:</u></b></p> <table border="1"> <tr> <td>Ja:</td><td></td></tr> <tr> <td>Nein:</td><td></td></tr> <tr> <td>Enthaltung:</td><td></td></tr> </table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:							
Nein:							
Enthaltung:							



<p>Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass, sofern das Bauvorhaben den Festsetzungen eines Bebauungsplanes entspricht, keine darüber hinaus gehende Beteiligung des Straßenbaulastträgers (K03=Rhein-Sieg-Kreis) erforderlich ist. In diesem Zusammenhang wird auf §25 (5) StrWG NRW hingewiesen</p>							
<p><b>15.3 Verkehrssicherheit</b></p> <p>Der vorliegende Bebauungsplanentwurf entspricht im Wesentlichen dem Entwurf der Offenlage aus 2022. Als zuständige Straßenverkehrsbehörde werden vor dem Hintergrund der Verkehrssicherheit erneut folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Der Bebauungsplanentwurf weist eine 9 Meter breite öffentliche Verkehrsfläche aus. Seite 12 der Begründung (städtebaulicher Entwurf) sowie Seite 16 (Erschließung) entwerfen eine Ausbauplanung, die einen einseitigen Gehweg am westlichen Straßenrand vorsieht. Im Mündungsbereich zur Trierer Straße wechselt dieser an den östlichen Straßenrand.</p> <p>Bereits im Vorfeld des Bauleitplanverfahrens hat dem Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises eine Ausbauplanung der Kreuzstraße zur Abstimmung vorgelegen, die erkennbar als Grundlage für die Abmessungen des Straßenraumes und damit der Festsetzungen der öffentlichen Verkehrsflächen im BP Sr 4 dient. Zu dieser Straßenausbauplanung wurden aus verkehrsrechtlicher Sicht folgende Bedenken geäußert und Anregungen vorgebracht:</p>	<p><b>Zu 15.3 Verkehrssicherheit</b></p> <p>Der Bebauungsplan setzt eine öffentliche Verkehrsflächen aus dem Flurstück 92 für die Anlage eines Gehweges auf der Westseite der Kreuzstraße fest. Die Begehrbarkeit der kleinen Platzanlage mit dem Wegekreuz im Bereich der öffentlichen Grünfläche wird dadurch jedoch nicht aufgehoben.</p> <p>Das Wegekreuz mit den drei umgebenden Bäumen sowie der einzelne ältere Baum im Bereich der Eckausrundung prägen den Ortseingang von Straßfeld aus östlicher Richtung in erheblichem Umfang. Sowohl die Belange des Landschaftsbildes als auch die der Denkmalkultur überwiegen hier die Belange eines vollumfänglich RAST-gerechten Straßenausbaus. Die Sicherheit des Verkehrs kann hier durch geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen uneingeschränkt gewährleistet werden.</p>						
<p>Im Zuge der beabsichtigten Nutzung der Straßenparzelle in einer Breite von 9m wird eine beidseitige Führung von Gehwegen entsprechend den Vorgaben der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) angelegt. Die durchgehende Anlage eines Gehweges lediglich auf der östlichen Straßenseite zwingt die Fußgänger zu einem Wechsel der Straßenseite unmittelbar im Mündungsbereich der Trierer Straße, sodass ggfls. Gefahren für Fußgänger durch in die Kreuzstraße einfahrende Fahrzeuge entstehen könnten. Es sollte an dieser Stelle mindestens eine Anrampung/Aufpflasterung der Fahrbahn vorgenommen werden, um eine Querungsmöglichkeit für Fußgänger und den fließenden Verkehr zu visualisieren.</p>	<p>Gegenstand der Bauleitplanung ist ausschließlich die Ausweisung der öffentlichen Verkehrsfläche, nicht deren Aufteilung. Die Bedenken werden zurückgewiesen.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis zu 15.3:</b></p> <table border="1" data-bbox="1181 750 1284 1064"> <tr> <td>Ja:</td><td></td></tr> <tr> <td>Nein:</td><td></td></tr> <tr> <td>Enthaltung:</td><td></td></tr> </table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:							
Nein:							
Enthaltung:							

<p>Die Anlegung von alternierenden Parkflächen und der Grünflächen wird begrüßt und wirkt sich dämpfend auf das zu erwartende Geschwindigkeitsniveau aus.</p> <p>Um die Sicherheit der Fußgänger zu erhöhen sollte auf die avisierte Grünfläche (Blühstreifen) neben den Parkflächen auf der westlichen Straßenseite zugunsten der Anlage eines zusätzlichen durchgehenden Gehweges verzichtet werden.</p> <p>Dies würde auch auf dieser Seite parkenden Fahrzeugen zu Gute kommen, da Beifahrer sonst auf einer unbefestigten (blühenden im Sommer und auf einer matschigen im Winter) Fläche aussteigen müssten. Dies sollte überdacht werden.</p> <p>In der Nähe zur Einmündung vor dem Haus Nr. 1 (Grundstück 92) ist eine Baumscheibe geplant. Diese hat eine Tiefe von 3,72m. Auf den ersten Blick scheint die Baumscheibe sehr tief in die Fahrbahn zu greifen und die Zufahrt zum Grundstück unnötig zu erschweren. Es sollte hier mittels Schleppkurven die Ein- und Ausfahrt in die Zufahrt des Hauses Nr. 1 geprüft werden. Zwischen dieser Baumscheibe und dem Beginn des neu angelegten Gehweges (Grundstück 92) ist die Fahrbahn ca. 6,5m breit. Hier wird um einem erhöhten Geschwindigkeitsniveau vorzubeugen empfohlen, die Fahrbahn einzuengen und den Gehweg zu Lasten der Fahrbahn weiterzuführen.</p> <p>Es wird erneut gebeten, diese bereits im Vorfeld vorgetragenen Anregungen zu berücksichtigen und den Querschnitt ausreichend festzusetzen.</p>	
<p><b>15.4 Bodenschutz</b></p> <p>a)</p> <p>Im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung soll gem. § 1a Abs. 2 und 3 BauGB auch der Belang Boden in der planerischen Abwägung angemessen berücksichtigt werden. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, die Eingriffe in das Schutzgut Boden verbal-argumentativ oder quantifizierend mittels geeigneter Bewertungsverfahren darzustellen.</p> <p>Im vorliegenden Umweltbericht wird der Eingriff in den Boden verbalargumentativ bewertet. Das Plangebiet wird derzeit als landwirtschaftliche Ackerfläche bewirtschaftet und umfasst eine Fläche von 1,2 ha. Es stehen Pseudogley-Parabraunerden an, die aufgrund ihres großen Wasserrückhaltevermögens im 2-Meter-Raum und ihrer hohen Funktionserfüllung (Regulations- und Kühlfunktion) als schutzwürdig bewertet werden (BK 1: 5.000 NRW). Die Planung ermöglicht eine Neuversiegelung von 3955 m². Auf dieser Fläche werden die</p>	<p><b>Zu 15.4 Bodenschutz</b></p> <p>a)</p> <p>Die Hinweise und Einschätzungen der Bodenschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Keine Abstimmung zu 15.4 a)</b></p>



natürlichen Bodenfunktionen vollständig und unwiederbringlich verloren gehen. Die übrigen Flächen werden mindestens während der Bauphase beansprucht. Unter Punkt 2.3.4 des Umweltberichts wird beschrieben, dass während der Bauphase „die Gefahr der Zerstörung des (Boden-)Gefüges durch Befahren in Verbindung mit Niederschlagswasser“ besteht. Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, wie z.B. Befahrungsverbote bei zu nassen Böden, werden jedoch nicht benannt.

Die unter Punkt 2.4.1 beschriebenen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Boden sind nicht dazu geeignet die später unversiegelten Böden vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. Eine effektive Möglichkeit zum Schutz des Bodens wäre z.B. die Hinzuziehung einer Bodenkundlichen Baubegleitung nach DIN 19639, die vor Planumsetzung ein Bodenschutzkonzept erstellt und auch die Umsetzung dieses Konzeptes überwacht (siehe § 4 Abs. 5 BBodSchV).

Im Gegensatz zu der quantitativen Bewertung der Biotoptypen auf der Eingriffs- und Ausgleichsfläche, wird für das Schutzgut Boden lediglich aufgeführt, dass sich auf der für den naturschutzrechtlichen Eingriff vorgesehenen Kompensationsfläche aufgrund des Bewirtschaftungsverzichtes die Bodenstruktur und der Wasserhaushalt stabilisieren werden und sich durch den Ernteverzicht wieder eine natürliche Humusbildung in Gang setzt. Auf der Kompensationsfläche stehen jedoch, wie im Plangebiet, die schutzwürdigen Pseudogley- Parabraunerden an, die aufgrund ihrer Eigenschaften bereits hohe Funktionserfüllungsgrade aufweisen. Dieser Verbesserungen der natürlichen Bodenfunktionen auf einem jetzt schon hochwertigen Boden steht der Komplettverlust aller natürlichen Bodenfunktionen auf einer Fläche von 3955 m<sup>2</sup> gegenüber.

Zudem sollen für die Landwirtschaft besonders geeignete Böden, wie hier der Fall, nur im notwendigen Umfang für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Anspruch genommen werden (§ 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 15 Abs. 3 BNatSchG).

b)

Es wird daher angeregt:

- Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Boden, die den planungsrechtlich nicht versiegelbaren Boden vor schädlichen Einwirkungen schützen, zu planen und umzusetzen.

#### **Zu 15.4 Bodenschutz**

b)

Das Bodenschutzgesetz gilt für die Bauherrschaft und die am Bau Beteiligten unmittelbar.

Bei der vorliegenden kleinteiligen Struktur und der geplanten Dichte von Einzelvorhaben hat sich im Baubetrieb alleine das flächige Abschieben des Oberbodens und das Wiederandecken nach sachgemäßer Lagerung auf dem jeweiligen Grundstück bewährt. Kleinteiliger aufgestellter Baubetrieb scheitern in der Regel an einer unvollständigen Erfassung des Baubetriebs durch das Konzept sowie unvorhergesehene Änderungen im Bauablauf, gegen die auch eine bodenkundliche Baubegleitung ihr Konzept nicht durchzusetzen vermag. Daher wird der Hinweis zur flächenhaften Sicherung des Oberbodens als zielgerecht angesehen. Weiterer planungsrechtlicher Festsetzungen bedarf es nicht.

- zu prüfen, ob durch die geplante Kompensationsmaßnahme die Eingriffe in das Schutzgut Boden ausgeglichen werden können (eine nachvollziehbare Prüfung kann z.B. durch Anwendung eines quantitativen Bilanzierungsverfahrens erfolgen).

Die geplante Kompensationsmaßnahme stellt auch und gerade auf einem Boden mit hohem Funktionserfüllungsgrad in einzelnen Bodenfunktionen eine sachgerechte Aufwertung dar. Die besondere Schutzwürdigkeit der Böden leitet sich wesentlich von der Bodenart ab. Die qualitative Ausprägung der einzelnen Teilflächen und der Grad des derzeitigen Schutzes z.B. vor Erosion, Verdichtung und Veränderung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit geht hingegen nicht in die Bewertung der Schutzwürdigkeit ein. Mit der geplanten Maßnahme wird ein große zusammenhängende Fläche aus der Bewirtschaftung genommen, so dass die mit der Nutzung und Bearbeitung einhergehenden Beeinträchtigungen vermieden und das natürliche Potential des Bodens bewahrt und entwickelt wird. Ein komplexes, aufwändiges numerisches Verfahren ist im vorliegenden Fall für die Beurteilung der Kompensation nicht erforderlich.

- zu prüfen, ob für die Kompensation Flächen zur Verfügung stehen, deren Böden für die landwirtschaftliche Nutzung weniger geeignet sind und ob es sich bei der Wahl der Größe der Kompensationsfläche um den notwendigen Umfang handelt (Ausgleichsbedarf für Biotope: 5.245 Biotopwertpunkte, Ausgleichsüberschuss 24.755 Biotopwertpunkte).

Der Suchraum für die Kompensationsflächen ist durch die notwendige Nähe der CEF- Maßnahme für das Rebhuhn stark begrenzt, so dass die Inanspruchnahme wertvoller landwirtschaftlicher Böden nicht vermieden werden kann. Eine zusätzliche Ausweisung von Ausgleichsflächen auf weniger für die Landwirtschaft geeigneten Böden würde die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen weiter erhöhen. Dies stünde im Widerspruch zur Beschränkung der Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen in § 1a (2) Satz 2 BauGB.



	<p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p> <p><b><u>Abstimmungsergebnis zu 15.4 b):</u></b></p> <table border="1" data-bbox="432 757 528 1061"> <tr> <td>Ja:</td><td></td></tr> <tr> <td>Nein:</td><td></td></tr> <tr> <td>Enthaltung:</td><td></td></tr> </table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:							
Nein:							
Enthaltung:							
<p><b>15.5 Räumliche Planung, Naturschutzprojekte</b></p> <p>Es wird empfohlen, zur Erfolgskontrolle der CEF-Maßnahmen ein mehrjähriges Monitoring durchzuführen, um bei Bedarf die Maßnahmen optimieren bzw. ergänzen zu können. Zudem wird nochmals auf den Leitfaden von Gottschalk &amp; Beeke (2021): „Rebhuhnenschutz vor Ihrer Haustür“ hingewiesen.</p> <p><u>Hinweis auf das Kompensationsflächenkataster</u> Es wird darum gebeten, dem Rhein-Sieg-Kreis zwecks Fortführung des Kompensationsflächenkatasters sowie der Fortschreibung des Ökokontos nach Satzungsbeschluss eine Mitteilung über die verbindlich festgesetzten oder vertraglich geregelten Ausgleichsmaßnahmen (auch Artenschutz) zukommen zu lassen. Auf § 34 (1) LNatSchG wird verwiesen.</p>	<p><b>Zu 15.5 Räumliche Planung, Naturschutzprojekte</b></p> <p>Die Maßnahme für die dauerhafte ökologische Funktion der Umweltbedingungen für das Rebhuhn sind – einschließlich der in der Stellungnahme angegebenen Quelle – in der Artenschutzprüfung genau beschrieben. Die Maßnahmen sind zeitlich unmittelbar wirksam. Ein mehrjähriges Monitoring ist sachlich nicht erforderlich.</p> <p>Der Anregung wird daher nicht gefolgt.</p> <p>Die Gemeinde Swisttal übermittelt die nach § 34 LNatSchG NRW zu erfassenden Daten an die Untere Naturschutzbehörde. Diese Anregung wird entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung berücksichtigt.</p> <p><b><u>Abstimmungsergebnis zu 15.5:</u></b></p> <table border="1" data-bbox="1098 757 1193 1061"> <tr> <td>Ja:</td><td></td></tr> <tr> <td>Nein:</td><td></td></tr> <tr> <td>Enthaltung:</td><td></td></tr> </table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:							
Nein:							
Enthaltung:							



<b>15.6 Abfallwirtschaft</b>	<p>Im Rahmen der Baumaßnahme anfallendes bauschutthaltiges oder organoleptisch auffälliges Bodenmaterial ist ordnungsgemäß zu entsorgen. Vor der Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) von (leicht) verunreinigten Bodenaushub (&gt; BM 0 nach Ersatzbaustoffverordnung), ist der Probenahme- und Analyseumfang mit dem Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Umwelt- und Naturschutz (Tel. 02241/13-2759 oder - 3163), abzustimmen. Die Entsorgungswege des abzufahrenden Bodenaushubs sind vor der Abfuhr dem Rhein-Sieg-Kreis mitzuteilen (§ 47 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)). Dazu ist die Entsorgungsanlage anzugeben oder die wasserrechtliche Erlaubnis (Anzeige) der Einbaustelle vorzulegen.</p>	<p><b>Zu 15.6 Abfallwirtschaft</b></p> <p>Der Anregung wurde bereits durch Aufnahme eines Hinweises im Textteil der Planzeichnung gefolgt.</p> <p><b>Keine Abstimmung zu 15.6</b></p>						
<b>15.7 Anpassung an den Klimawandel (Starkregen)</b>	<p>Der Planbereich ist in der Starkregenhinweiskarte NRW als durch Starkregenüberflutungen gefährdeter Bereich ausgewiesen. Zum Schutz von Leben und Gesundheit und zur Vermeidung erheblicher Sachschäden ist dies weiterhin in der weiteren Planung zu berücksichtigen (§ 1 (7) BauGB, § 5 (2) WHG). Bei der Anlage von Zuwegungen sowie weiterer Nebenanlagen ist zu berücksichtigen, dass ein möglichst schadloser oberflächiger Abfluss ermöglicht wird. Eine Schädigung Dritter ist diesbezüglich auszuschließen.</p> <p>Bei der weiteren Planung des Entwässerungskonzeptes sind, zur Verringerung des Umfangs einer Ableitung von Regenwasser, die Empfehlungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz insbesondere zur ortsnahen Versickerung (LANUV-Arbeitsblattes 52 - Anlagen zur naturnahen Regenwasserbewirtschaftung) zu beachten.</p> <p>Des Weiteren wird eine ökonomisch wie ökologisch effiziente Planung ange-regt, die den Überflutungsschutz sowie eine Anpassung an den Klimawandel beinhaltet und eine wassersensible Gestaltung die nach ortsnahen Lösun-gen, zur Versickerung, Verdunstung, Nutzung sowie zur Speicherung und ge-drosselten Ableitung von Regenwasser sucht.</p> <p>Diesbezüglich wird auf das LANUV-Arbeitsblatt 52 – „Anlagen zur naturnahen Regenwasserbewirtschaftung“ (Recklinghausen2022) verwiesen.</p>	<p><b>Zu 15.7 Anpassung an den Klimawandel (Starkregen)</b></p> <p>Der Anregung zu Starkregenverfahren ist bereits gefolgt.</p> <p>Den Belangen einer naturnahen Regenwasserbewirtschaftung und des Überflutungsschutzes ist durch Festsetzung der Versickerung von Niederschlagswasser sowie einer Dachbegrünung für Dächer bis zu 6° Neigung bereits Rechnung getragen.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis zu 15.6:</b></p> <table><tr><td>Ja:</td><td></td></tr><tr><td>Nein:</td><td></td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td></td></tr></table>	Ja:		Nein:		Enthaltung:	
Ja:								
Nein:								
Enthaltung:								

## 15.8 Planungsrechtliche Hinweise

Aufgrund der Fortführung des Bauleitplanverfahrens im Regelverfahren ist der Bebauungsplan aus dem gültigen Flächennutzungsplan zu entwickeln. Entgegen der Aussage unter Ziffer 1.4.2 der Begründung wird die somit erforderliche und angestrebte 11. Änderung des Flächennutzungsplans nicht „im Parallelverfahren“ geführt. Bistlang liegt lediglich eine Anpassungsbestätigung der Bezirksregierung gemäß § 34 LPlG NRW vom 02.01.2024 vor.

## Zu 15.8 Planungsrechtliche Hinweise

Die Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren nach § 8 (3) BauGB bedingt nicht, dass das Flächennutzungsplanverfahren durchgehend zeitgleich mit dem Bebauungsplan durchgeführt wird (Runkel in Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krauzberger, § 8 Rn. 49 und 50).

Der Bebauungsplan hatte zum Zeitpunkt der Beschlüsse über eine Aufstellung im Regelverfahren bereits einmal öffentlich ausgelegen und lag somit bereits in der zur Beteiligung erforderlichen Form vor.

Da die Änderung des Flächennutzungsplans ursprünglich auf dem Wege der Berichtigung nach § 13a (2) Nr. 2 vorgesehen war, war die Planung bei der Beschlussfassung über die 11. Änderung zwar inhaltlich bearbeitet und beschlossen, die nunmehr für das formale Änderungsverfahren erforderlichen Unterlagen mussten jedoch erst erarbeitet werden.

Eine sich daraus ergebende Verschiebung der Verfahrensschritte stellt die Durchführung eines Parallelverfahrens nach § 8 (3) BauGB nicht in Frage. Das Entwicklungsgebot nach § 8 (2) BauGB ist durch unterschiedliche Zeiträume der Beteiligungen nicht verletzt.

Die mit dem Hinweis verbundenen Bedenken gegen das Planverfahren werden zurückgewiesen.

### Abstimmungsergebnis zu 15.8:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	



16	<p><b>LVR-Amt für Bodendenkmalpflege</b></p> <p>die geforderte Sachverhaltsermittlung wurde vom 15. bis 23.01.2024 durch die Fachfirma Archäologie Team Troll durchgeführt. In zwei Sondageschnitten wurde lediglich ein archäologisch relevanter Befund aufgedeckt. Dabei handelt es sich um eine Grube, die anhand der enthaltenen Keramikfunde in die Eisenzeit datiert werden konnte. In beiden Schnitten wurden zudem römische Ziegel als Streufunde erfasst, zugehörige Befunde wurden nicht angetroffen.</p> <p>Die Sachverhaltsermittlung belegt die Nutzung der Planfläche in der Eisen- sowie römischer Zeit. Über die einzelne Grube hinausgehende Hinweise auf im Untergrund erhaltene Überreste eines Siedlungsareals liegen jedoch nicht vor.</p> <p>Somit bestehen keine Bedenken gegen die Überplanung des Areals. Ein Hinweis auf die für Zufallsfunde geltende Vorschrift des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes ist als ausreichend anzusehen:</p> <p>Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist die Gemeinde Swisttal als Untere Denkmalbehörde oder das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Telefon 02425/9039-0, Fax 02425/9917-160, unverzüglich zu informieren. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der/die Eigentümer*in, die Person, die das Grundstück besitzt, der/die Unternehmer*in und der/die Leiter*in der Arbeiten. Bodendenkmal und Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen (§ 16 DSchG NRW).</p>	<p>Der angeregte Hinweis ist bereits im Textteil auf der Planzeichnung enthalten.</p> <p><b>Keine Abstimmung</b></p>
----	--	--



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0836

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss  
Rat der Gemeinde Swisttal

### Termin

13.06.2024  
18.06.2024

### Entscheidung

Vorberatung  
Entscheidung

### Öffentl.

Ö  
Ö

### Tagesordnungspunkt:

6

Antrag zur Änderung des Bebauungsplanes Heimerzheim Hz 20  
"Gewerbegebiet Teil Nord"  
- Vorberatung

### Beschlussvorschlag:

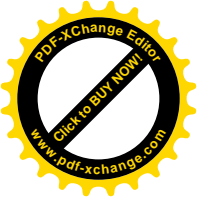
Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

*„Der Antrag zur Durchführung eines Bebauungsplanänderungsverfahrens des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Heimerzheim Hz 20 „Gewerbegebiet Teil Nord“ (1. Änderung) wird zunächst zur Kenntnis genommen. Zielsetzungen zur Errichtung von höheren baulichen Anlagen sowie zur Nachverdichtung werden städtebaulich als sinnvoll erachtet.*

*Dem Antragsteller wird empfohlen in Abstimmung mit der Gemeinde konzeptionelle Vorüberlegungen zwecks Änderung des gesamten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes vorzunehmen. Der Wirtschaftsförderer wird gebeten, die übrigen Gewerbetreibenden der Dützhofer Straße zu befragen, inwieweit für eigene Grundstücke Änderungsbedarfe bestehen. Die Beratung zur Durchführung eines Bebauungsplanänderungsverfahrens wird auf eine der nächsten Sitzungen vertagt.“*

### Sachverhalt:

Auf das anliegende Schreiben sowie den Lageplan vom 23.05.2024 wird verwiesen. Es ist beabsichtigt die betrieblichen Anlagen auf den Grundstücken Gemarkung Heimerzheim, Flur 5, Flurstücke 262, 280, 259, 260, 276, 224 und 242 (Dützhofer Straße) zu erweitern. Entgegen den Festsetzungen des Bebauungsplanes Heimerzheim Hz 20 „Gewerbegebiet Teil Nord“ (1. Änderung) werden insbesondere folgende Planungsabsichten angestrebt:



1. Anbau eines dreigeschossigen Gebäudes mit einer Gebäudehöhe von 12 m (vgl. Lageplan: Erweiterung Kommissionierung/Produktion/Korblager/Verwaltung)
2. Erhöhung der Grundflächenzahl (GRZ) auf ca. 0,96
3. Errichtung einer zusätzlichen Ein- und Ausfahrt an der Vorgebirgsstraße (Produktion- und Mitarbeiterparkplatz)
4. Überschreitung der nördlichen Baugrenze
5. Befestigung von Flächen, auf denen Pflanzgebote festgesetzt sind

Ein Berühren der Grundzüge des Bebauungsplanes ist anzunehmen, wenn das betreffende Vorhaben von den Grundzügen abweicht und dadurch die Grundzüge des Bebauungsplans insgesamt oder in seinen Teilen berührt werden. Zu den Grundzügen der Planung gehören solche Festsetzungen, die die Grundkonzeption des Bebauungsplans berühren, also vor allem den Gebietscharakter nach der Art der baulichen Nutzung und – in bestimmter Weise – auch nach dem Maß der baulichen Nutzung sowie den Festsetzungen zur Baudichte (z.B. überbaubare Grundstücksfläche). Befreiungen können aus diesen Gründen nur in Betracht kommen, wenn durch sie von Festsetzungen abgewichen werden soll, die das jeweilige Planungskonzept nicht tragen, oder wenn die Abweichung von Festsetzungen, die für die Grundzüge der Planung maßgeblich sind, nicht ins Gewicht fallen. Die Befreiung (§ 31 BauGB) darf das planerische Konzept, das den Festsetzungen des Bebauungsplans zu Grunde liegt, nicht verändern.

Der Bebauungsplan setzt eine zweigeschossige Bauweise fest und die Höhe baulicher Anlagen auf max. 8 m über Gelände. Die vorgenannten Vorhaben Nr. 1 und 2 sind gravierend und berühren die Grundzüge der Planung. Insbesondere Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu den Vorhaben Nr. 1 und 2 können nach § 31 Abs. 2 BauGB nicht in Aussicht gestellt werden.

Der Planungs- und Verkehrsausschuss sollte im Sinne des § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB über die beabsichtigte Planung sowie über die Durchführung eines Bebauungsplanänderungsverfahrens beraten. Dem Rat sollte zunächst empfohlen werden, dass der Antragsteller in Abstimmung mit der Gemeinde konzeptionelle Überlegungen für das gesamte Plangebiet trifft. Daneben sollte der Wirtschaftsförderer eingebunden werden und die Gewerbetreibenden im Hinblick auf planungsrechtliche Anpassungen befragen. In einer der nächsten Sitzung sollte über die Ergebnisse und konzeptionelle Änderungen konkret beraten werden.

Eine Absichtserklärung des Rates wird für die Fortführung der weiteren Abstimmungen empfohlen. Zur Kenntnisnahme ist die 1. Änderung des Bebauungsplanes in Session abrufbar.



[REDACTED]

Gemeinde Swisttal  
FB III/1 - Gemeindeentwicklung  
Rathausstraße 115  
53913 Swisttal

Bonn, 23.05.2024

### **Bäckerei [REDACTED] Erweiterung Produktion, Kommissionierung, Verwaltung und Parkplatzflächen**

Sehr geehrter Herr Braun,

Im Folgenden möchten wir Ihnen die Dringlichkeit und den Umfang unseres Erweiterungsvorhabens näher erläutern:

- 1. Erweiterung der Produktion:** Die Bäckerei [REDACTED] hat in den letzten Jahren weitere Filialen eröffnet und beliefert zusätzlich Discounter. Eine Ausweitung der Produktion ist daher dringend erforderlich, um der gestiegenen Nachfrage gerecht zu werden.
- 2. Kommissionierung:** Durch die erhöhte Produktion reichen die Kommissionierungsflächen nicht mehr aus und müssen vergrößert werden, um einen reibungslosen Betriebsablauf zu gewährleisten.
- 3. Korblager:** Der Betrieb benötigt dringend ein vollautomatisches Korblager. Dieses ist notwendig, um zu verhindern, dass leere Körbe die Abläufe behindern und eine Gefahr für den Brandschutz darstellen. Ein vollautomatisches Korblager würde die betrieblichen Abläufe erheblich entlasten. Durch eine bauliche Trennung von Korblager und Produktion werden die Brandlasten deutlich reduziert und die Sicherheit erhöht.
- 4. Bürofläche:** Es besteht Bedarf an zusätzlichen Büroräumen, um Platz für neue Mitarbeiter zu schaffen und die Verwaltung effizienter zu gestalten.
- 5. Neue Zu- und Ausfahrt:** Bei der jetzigen Zu- und Ausfahrt besteht ein erheblicher Konflikt zwischen den Kunden der Betriebsfiliale und dem Betrieb selbst. Die Trennung der Zu- und Ausfahrten soll Überschneidungen und somit auch ein Sicherheitsrisiko verhindern. Das Ziel der neuen Zufahrt besteht darin, die derzeit problematische gemeinsame Zufahrt von Produktion und Besuchern zu trennen und die Verkehrswege für Fußgänger (Kunden) sicherer zu machen.

[REDACTED]



**6. Vergrößerung der Parkplatzfläche:** Der Bäckereibetrieb inklusive der Verwaltung hat eine große Nachfrage nach zusätzlichen Stellplätzen. Bereits jetzt reichen die vorhandenen Stellplätze nicht mehr aus.

Durch die Erweiterung und die neuversiegelten Flächen für Zuwegungen und Stellplätze wird die Grundflächenzahl überschritten. Zudem wird die im Bebauungsplan (Bebauungsplans Nr. Hz 20 Nord 1. Änderung) festgeschriebene maximale Gebäudehöhe überschritten.

Wir bitten um eine Prüfung, ob die Überschreitungen aus den genannten Gründen genehmigt werden können und ob eine Änderung des Bebauungsplanes in Betracht gezogen werden kann.

Herr [REDACTED] möchte der Gemeinde Swisttal Ausgleichsflächen für die Überschreitung der GRZ anbieten. Diese externen Geschossflächenzahl

Flächen müssen noch festgelegt werden. Es handelt sich um Wald- und Wiesenflächen, die entweder aus seinem eigenen Besitz stammen oder von ihm angekauft und der Gemeinde übertragen werden.

Herr [REDACTED] betont ausdrücklich, dass es ihm ein großes Anliegen ist, den Standort in Heimerzheim zu erhalten. Er weist darauf hin, dass dies langfristig vermutlich nur mit den vorgeschlagenen Maßnahmen möglich sein wird.

Bei Fragen oder Unklarheiten stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

[REDACTED]

[REDACTED]




Click to BUY NOW!  
[www.pdf-xchange.com](http://www.pdf-xchange.com)

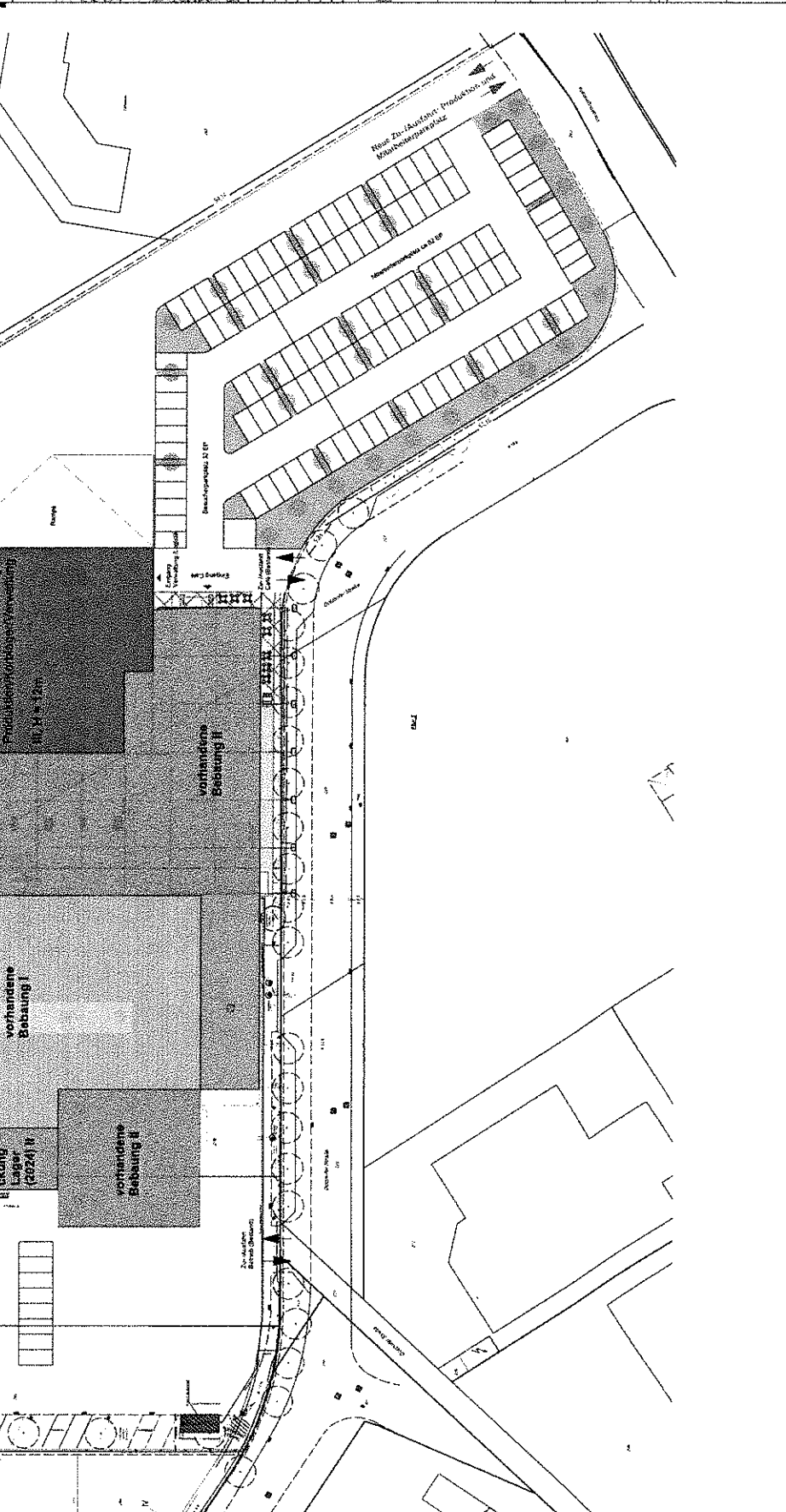
Art und Maß der baulichen Nutzung (Bestand)				
Fläche der Flurstücke	17,156 m <sup>2</sup>	Bebauungsfläche B <sub>B</sub>	14,1 m <sup>2</sup>	
Gesamte Bebauung (Hauptnutzung) aus CAO; 2.087 m <sup>2</sup>		Bauabw. v. 1986 - Bauabw. v. 1986	GRZ v. 1986 = 15,0	
Anzahl ausn. aus CAO	121 m <sup>2</sup>		GRZ nach Aufstockung Lager II-geschossig neu	17,156
neut. Bebauung (Hauptnutzung) aus CAO; 2.778 m <sup>2</sup>		GRZ = 2.087 + 121 + 2.778 + 285 + 249		
neut. Bebauung Vorhand. aus CAO; 86 m <sup>2</sup>		GRZ = 2.087 + 121 + 2.778 + 285 + 249		
Veränderung Lager II-geschossig neu	249 m <sup>2</sup>	GRZ = 2.087 + 121 + 2.778 + 285 + 249		
Stellplätze ausn. aus CAO	121 m <sup>2</sup>	GRZ = 2.087 + 121 + 2.778 + 285 + 249		
Außenanlagen (aus CAO)	4.450 m <sup>2</sup>	GRZ = 2.087 + 121 + 2.778 + 285 + 249		
Aufstockung Lager II-geschossig neu	167 m <sup>2</sup>	GRZ = 2.087 + 121 + 2.778 + 285 + 249		
Art und Maß der baulichen Nutzung Erweiterungsklassifizierung/Produktion/Korridor/Verwaltung und Außenanlagen				
Neuplanung (in Vollgeschoss):				
Hauptanlage	Grundfläche Neuplanung: Geschosslfläche Neuplanung:	1.371 m <sup>2</sup> 4.113 m <sup>2</sup>		
Nebenanlage: <input type="checkbox"/> Stellplatz Neuplanung:		1.568 m <sup>2</sup>		
	Befestigte Flächen Neuplanung:	2.688 m <sup>2</sup> (Außenanlagen)		
Garage Grundfläche (neu):	6.452 m <sup>2</sup>			
Stellplätze (neu):	2.843 m <sup>2</sup>			
Außenanlagen (neu):	1.178 m <sup>2</sup>			
GRZ Hauptanlage (neu):	6.452 m <sup>2</sup> /17.155 m <sup>2</sup> = 0,38			
GRZ Nebenanlage (neu):	10.021 m <sup>2</sup> /17.155 m <sup>2</sup> = 0,584			
GRZ Nebenst.	12.376 m <sup>2</sup> /17.155 m <sup>2</sup> = 0,72			
			GRZ Gesamt: <b>0,954</b>	

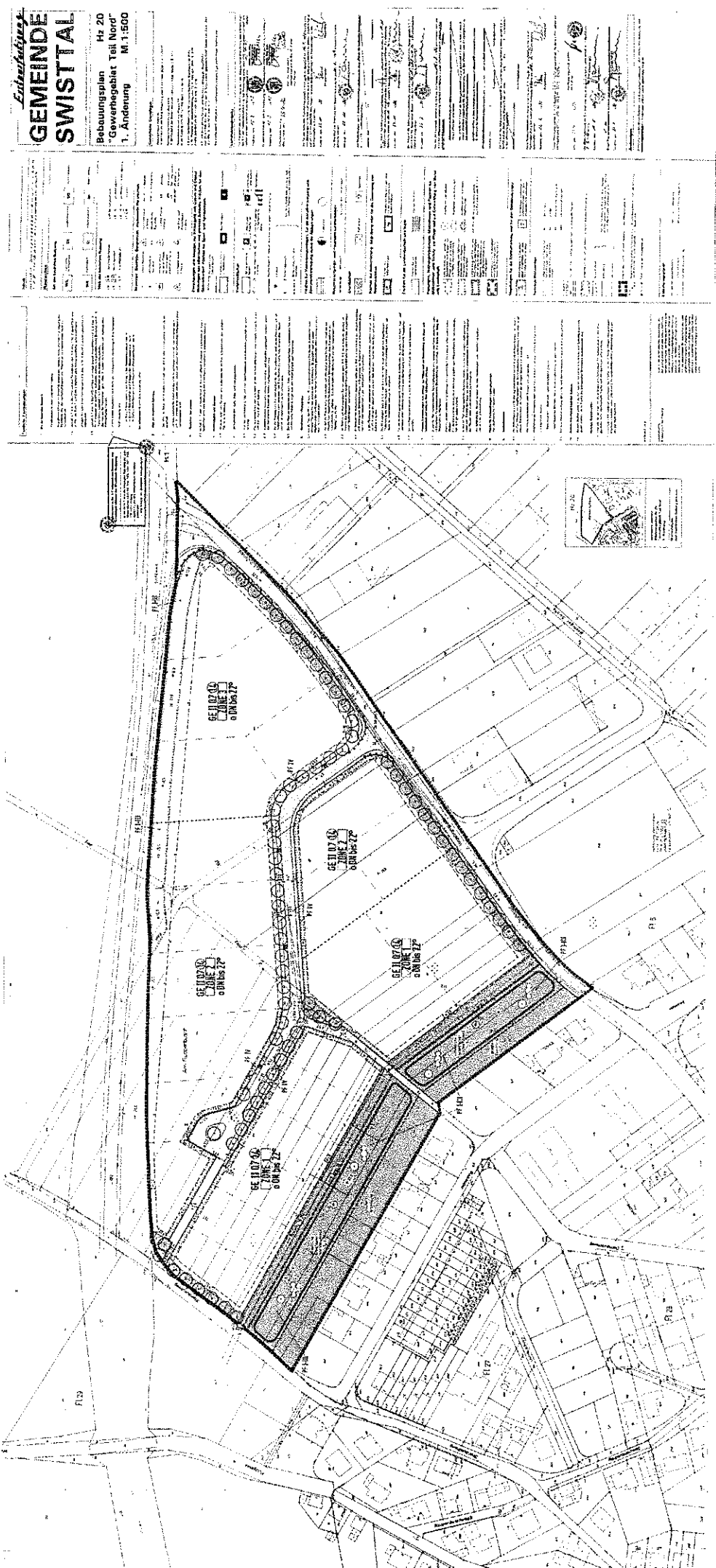
Bauzeichnungen : Dutzender Straße 10	Gemeinde : Seibitz
Maßstab : 1 : 250	Gemarkung : Heisterzhorn (4119)
Gb Nr. : 13085	Flur : 5

Plot number	Area (sqm)	Description
1	1800	Plot 1
2	1800	Plot 2
3	1800	Plot 3
4	1800	Plot 4
5	1800	Plot 5
6	1800	Plot 6
7	1800	Plot 7
8	1800	Plot 8
9	1800	Plot 9
10	1800	Plot 10

PROJEKT		Nr. 2302 Bauweise der 10. Längs-Straße	
BAUKÖRPER			
PLANMÄSSIGES PROFIL	Entwurfplanung	1:250	1:1
BAUTEN- BEBEICH	Gesamtabbildung	1:200	1:1
HÖHENBELEG 4.000 + 157 15. JANUAR 1949 EG			
LOHN	GEZEICHNET VON	GEZEICHNET	STAMP
		950	

Click to BUY NOW!  
www.pdf-xchange.com









Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

---

## MITTEILUNGSVORLAGE

M/2020/0899

---

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss

### Termin

13.06.2024

### Entscheidung

Kenntnisnahme

### Öffentl.

Ö

---

### Tagesordnungspunkt:



Bebauungsplan Heimerzheim Hz 39 "Am Burggraben"  
- 1. Änderung des Städtebaulichen Vertrages Teil II -

---

### Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 01.02.2024 hat der Planungs- und Verkehrsausschuss den abgeschlossenen städtebaulichen Vertrag Teil II zum Bebauungsplan Heimerzheim Hz 39 „Am Burggraben“ zur Kenntnisnahme erhalten.

Zwischenzeitlich wurde eine 1. Änderung dieses Vertrages unterzeichnet, die dem Ausschuss hiermit zur Kenntnis gegeben wird.

Der 1. Änderungsvertrag zieht das Wirksamwerden des städtebaulichen Vertrages Teil II zeitlich vor. Neben der zum Wirksamwerden des Städtebaulichen Vertrages Teil II noch fehlenden beauftragten Beleuchtungsplanung liegen durch zeitliche Verzögerungen von Grundstücksübertragungen beim Grundbuchamt auch die notariellen Verträge zur Übertragung der öffentlichen Erschließungsflächen an die Gemeinde zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Ohne Abschluss dieses 1. Änderungsvertrages hätte sich die gesamte Umsetzung des Projektes gravierend verzögert und der Baubeginn der Erschließungsmaßnahmen in diesem Jahr wäre gefährdet gewesen.

Um den zeitnahen Baubeginn zu ermöglichen, wird der Städtebauliche Vertrag Teil II durch den 1. Änderungsvertrag nun bereits ohne die Erfüllung dieser beiden Punkte wirksam. Gleichwohl sind diese gemäß § 2 des 1. Änderungsvertrages bis spätestens zum 31.08.2024 vorzulegen.



**1. Änderung des**  
**Städtebaulichen Vertrages (Teil II) vom 27.02.2024**  
gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB)

zum  
**Bebauungsplanverfahren Heimerzheim**  
**Hz 39 „Am Burggraben“**

Zwischen

der **Gemeinde Swisttal**  
vertreten durch  
Frau Bürgermeisterin Petra Kalkbrenner sowie  
Herrn Beigeordneten Tobias Weingartz

(nachfolgend „**Gemeinde**“ genannt)

und der

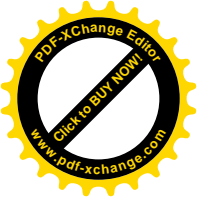
[REDACTED]  
[REDACTED]

vertreten durch

[REDACTED]

(nachfolgend „**Erschließungsträger**“ genannt)

wird folgende 1. Änderung des Städtebaulichen Vertrages (Teil II) vom 27.02.2024  
geschlossen:



## Vorbemerkungen

Die Vertragsbeteiligten haben am 27.02.2024 den Städtebaulichen Vertrag (Teil II) geschlossen, der Regelungen zur Erschließung des Bebauungsplangebietes Heimerzheim Hz 39 „Am Burggraben“ trifft. Nach § 17 des Städtebaulichen Vertrages (Teil II) ist das Wirksamwerden dieses Vertrages an den Eintritt bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Um Verzögerungen der Erschließung bzw. der mittelbar hiermit verbundenen Errichtung der Kindertagesstätte zu vermeiden, soll in Kenntnis der zu erwartenden langen Bearbeitungszeiten für die Vertragsvorbereitung, Beurkundung und Eintragung der Auflassungsvormerkungen der Städtebauliche Vertrag (Teil II) wirksam werden, ohne dass alle bisher genannten Wirksamkeitsvoraussetzungen vorliegen. Dem dienen die nachfolgenden Regelungen.

### § 1

Abweichend von § 17 des Städtebaulichen Vertrages (Teil II) vom 27.02.2024 wird dieser nach seiner Unterzeichnung bereits dann wirksam, wenn

- die Sicherheit nach § 12 des Städtebaulichen Vertrages (Teil II) geleistet ist,
- die Pläne gemäß § 7 Ziffer 5 b) und c) des Städtebaulichen Vertrages (Teil II) von der Gemeinde genehmigt sind,
- die schriftliche Bestätigung durch den Rhein-Sieg-Kreis nach § 13 des Städtebaulichen Vertrages (Teil II) über die Ausbuchung der nachzuweisenden Ökopunkte in Höhe von 94.221 Biotoppunkten aus dem Ökokonto vorliegt.

### § 2

Ungeachtet dessen beabsichtigen die Vertragsparteien, bis spätestens 31.08.2024

- die erforderlichen notariellen Verträge abzuschließen und entsprechende Auflassungsvormerkungen einzutragen, damit gesichert ist, dass die Gemeinde Eigentümerin der öffentlichen Erschließungsflächen wird und
- die Pläne gemäß § 7 Ziffer 5 d) des Städtebaulichen Vertrages (Teil II) vorzulegen und zu genehmigen.



Swisttal, den 26.04.2024

**Für den Erschließungsträger:**

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Für die Gemeinde Swisttal:**

In Vertretung

\_\_\_\_\_  
( Petra Kalkbrenner )  
Bürgermeisterin

\_\_\_\_\_  
( Tobias Weingartz )  
Beigeordneter



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0837

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss

### Termin

13.06.2024

### Entscheidung

Entscheidung

### Öffentl.

Ö

### Tagesordnungspunkt:



Beteiligungsverfahren für Landesstraßenmaßnahmen zur  
Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplan NRW

### Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt folgende Ortsumgehungen zur  
Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes anzumelden:

- L 163; OU Swisttal/Dünstekoven (bereits enthalten; alte Vorhaben-Nr. 24078)
- L 163; OU Heimerzheim – Dünstekoven – Miel (alte Vorhaben-Nr. 24076)
- L 163; OU Heimerzheim – Dünstekoven (alte Vorhaben-Nr. 24075)
- L 183; OU Morenhoven

*Empfehlungsvorschlag für die Linienführung  
siehe beigelegten*

### Sachverhalt:

Derzeit wird im Auftrag des Landes ein multimodales Landesverkehrsmodell 2035 (LVM 2035), mit dem Prognosehorizont des Jahres 2035, erstellt. Auf der Grundlage des LVM 2035 werden dann die verkehrlichen Bedarfspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für ÖPNV, Landesstraßen sowie erstmalig für Radschnellverbindungen des Landes erstellt:

Der bestehende Landesstraßenbedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen stammt aus dem Jahr 2006. Im Landesstraßenausbaugesetz (LStrAusbauG) ist in § 1 Absatz 4 die Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans per Gesetz gefordert.

Die Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes ist nunmehr angelaufen. Die kommunalen Gebietskörperschaften und Zweckverbände sind durch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV NRW) sowie die Bezirksregierung Köln aufgefordert, Ihre Maßnahmen für den neuen Landesstraßenbedarfsplan bis zum 31.07.2024 anzumelden. Eine Bündelungsfunktion über



die Kreise ist nicht vorgesehen.

Mittels des beigefügtem und editierbarem Formblattes sind bedarfsplanpflichtige Landesstraßenmaßnahmen unter Beachtung der nachgenannten Hinweise zu benennen und gegebenenfalls mit zusätzlichen Unterlagen zu ergänzen.

Die Anmeldungen für den Landesstraßenbedarfsplan werden nach den Kriterien des verkehrlichen Bedarfs, der Finanzierung und des Klimaschutzes bewertet. Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen und des bekannten Sanierungsstaus der bestehenden Infrastruktur werden der Sanierung und dem Erhalt der Infrastruktur in den nächsten Jahren eine hohe Priorität zugewiesen. Es wird seitens des MUNV gebeten, diese Hinweise für alle Überlegungen zur Anmeldung möglicher Bedarfe zu berücksichtigen.

Die kommunalen Gebietskörperschaften und Zweckverbände sollen diese initialen Maßnahmenlisten daraufhin aufarbeiten, indem sie zu den Maßnahmenlisten Stellung nehmen. Die gesammelten Stellungnahmen sollen anschließend durch die Bezirksregierung dem Regionalrat gemäß § 9 Absatz 4 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen zur Beschlussfassung über die Vorschläge der Region vorgelegt werden.

Das MUNV weist darauf hin, dass ausschließlich die auf diese Weise angemeldeten Maßnahmen der Bewertung im Rahmen der Neuaufstellung des Landesstraßenbedarfsplans zugeführt werden. Maßnahmenanmeldungen müssen dabei einen qualifizierten Vorschlag darstellen und mindestens mit einer bestehenden Linienführung hinterlegt werden. Daher sollen zusätzlich zur Eintragung innerhalb des Formblattes, maßnahmenspezifisch ergänzende Unterlagen eingereicht werden. Dies können u. a. Schriftstücke, Planungsdokumente (z. B. Flächennutzungs- oder Bebauungspläne), Gutachten, Verkehrskarten, Präsentationen oder eben Linienführungen sein.

Seitens der Gemeinde wird um Kenntnissnahme gebeten, dass im Gegensatz zu früheren Beteiligungsverfahren keine indisponiblen Maßnahmen und auch keine Planungsabsichten des Landes selbst vorgegeben wurden. Vielmehr wurden von der Bezirksregierung Köln ein leeres Excel-Formblatt (Anhang) zugesandt. Relevant für den Landesstraßenbedarfsplan sind ausschließlich Neubaumaßnahmen und Ortsumgehungen im Zuge von Landesstraßen. Nicht relevant sind kleinere Umbaumaßnahmen, z.B. der Bau eines Kreisverkehrsplatzes. Der aktuell gültige Landesstraßenbedarfsplan ist aus dem Jahr 2006. Seit dem gab es einige Anpassungen. So wurden Maßnahmen durch eine Priorisierung der Landesregierung zurückgestellt, es wurden aber auch Maßnahmen inzwischen realisiert. Die Maßnahmen aus dem Rhein-Sieg-Kreis sind auf den Seiten 6-10 der Landesstraßenmaßnahmen-Liste zu finden. Das MUNV NRW hat bereits angekündigt, dass der finanzielle Spielraum für den Neubau von Landesstraßen (wie in der Vergangenheit) auch in den nächsten Jahren beschränkt sein wird. Deshalb haben nur Maßnahmen eine realistische Chance, die ein großes verkehrliches Potenzial aufweisen. Diesbezüglich werden Anmeldungen durch einen Gutachter geprüft und bewertet.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, weiterhin die enthaltene Ortsumgehung L 163 Dünstekoven (vgl. Seite 8 der aktuellen Maßnahmenliste; Stufe 2) zu fordern. Gleichfalls werden aus der Untersuchung des letzten Landesstraßenbedarfsplanes wiederholt die Ortsumgehungen L 163 Dünstekoven und Heimerzheim (siehe Anlagen mit den Vorhaben-Nr. 24076 und 24075) gefordert.

Als Neuantrag wird eine Ortsumgehung der L 163 für die Ortslage Morenhoven vorgeschlagen. Die Notwendigkeit einer Ortsumgehung Morenhoven ist im Hinblick auf die Verkehrszahlen, Lärmproblematik und der in Stufe 2 vorgesehenen Ortsumgehung Flerzheim ebenso gegeben. Bezüglich der Lärmproblematik wird auf die zahlreichen Stellungnahmen der Öffentlichkeit im Zuge der Lärmaktionsplanung (Stufe 4) verwiesen. Eine Empfehlung für die Linienführung ist zur Beratung beigefügt.





Der Planungs- und Verkehrsausschuss sollte über die Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes beraten und die Anmeldung der Ortsumgehungen beschließen.



## Beteiligungsverfahren für Landesstraßen- und ÖPNV-Maßnahmen zur Neuaufstellung der Bedarfspläne für Landesstraßen und ÖPNV des Landes Nordrhein-Westfalen

### Hier: Liste für die Anmeldung von Landesstraßenmaßnahmen

Die kommunalen Gebietskörperschaften können Maßnahmen in der initial leeren Liste "Landesstraßenmaßnahmen" eintragen und somit zur Bewertung anmelden. Zur Anmeldung von Maßnahmen sind Mindestangaben (siehe "Pflichtfelder") einzuhalten. Zusätzlich zu den Anmeldungen innerhalb der Maßnahmenlisten, sollen die kommunalen Gebietskörperschaften maßnahmenspezifische Linienführungen zur Verfügung stellen. So können Linienführungen oder auch ergänzende Unterlagen, wie z. B. Schriftstücke, Planungsdokumente (z. B. Flächennutzungs- oder Bebauungspläne), Gutachten, Verkehrskarten oder auch Präsentationen eingereicht werden (siehe "Ergänzende Unterlagen").

Kontaktieren Sie bei Bedarf bitte Herrn Dr. Raoul Rothfeld (raoul.rothfeld@munv.nrw.de, 0211 4566-235).

### Erklärung der Tabellenspalten

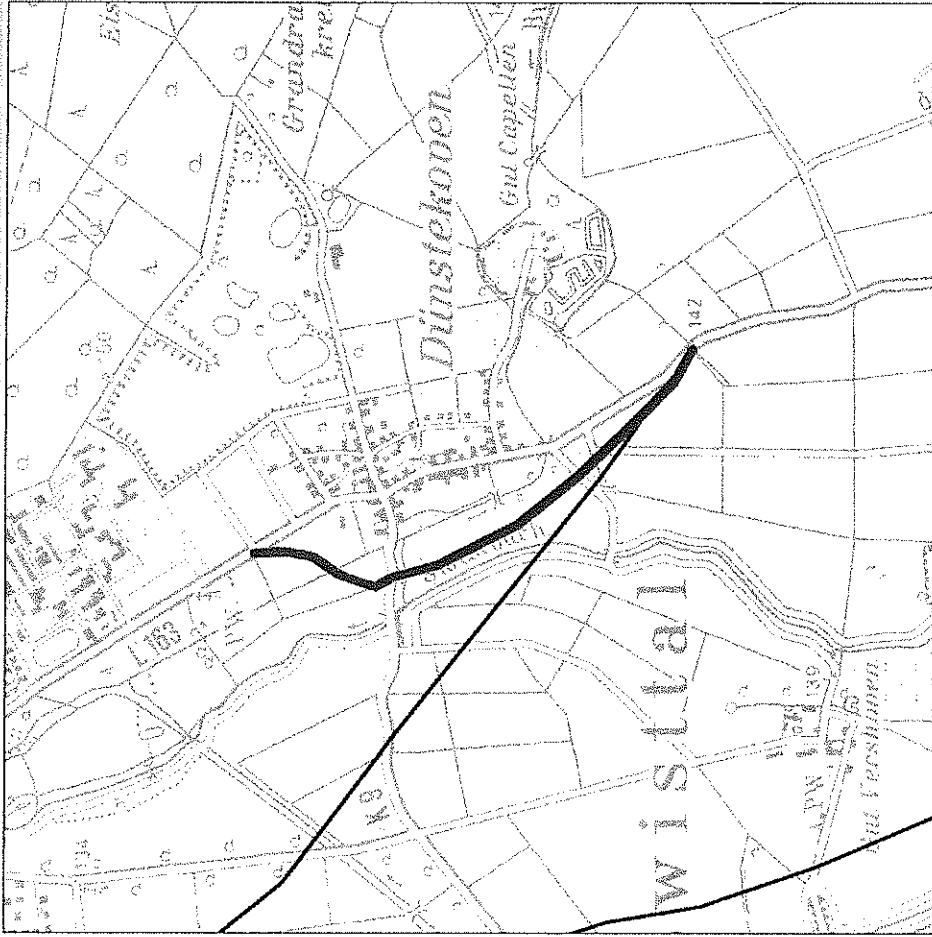
	L.-Nr.	Angabe der zur Maßnahme gehörigen Landesstraßen-Nummer.
	Prägnante Maßnahmenbezeichnung (inkl. Lage)	Eindeutiger und prägnanter Name bzw. Arbeitsbezeichnung der Maßnahme, aus welcher ebenso die Lage der Maßnahme hervorgeht.
	Regierungsbezirk (Auswahlliste)	Zuordnung zu einem oder mehreren Regierungsbezirken, d. h. den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln, oder Münster. Sind mehrere Regierungsbezirke betroffen, kann die Auswahl "Mehrere (im Kommentarfeld zu erläutern)" gewählt und alle betroffenen Regierungsbezirke im Kommentarfeld entsprechend erfasst werden. Alternativ kann der Wert der Zelle direkt überschrieben werden.
	Regionaler Planungsträger (Auswahlliste)	Zuordnung zu einem oder mehreren regionalen Planungsträgern, d. h. den Regionalräten Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln, oder Münster oder dem Ruhrparlament des Regionalverbands Ruhr (RVR). Sind mehrere regionale Planungsträger betroffen, kann die Auswahl "Mehrere (im Kommentarfeld zu erläutern)" gewählt und alle betroffenen regionalen Planungsträger im Kommentarfeld entsprechend erfasst werden. Alternativ kann der Wert der Zelle direkt überschrieben werden.
Pflichtfelder	Maßnahmentyp (Auswahlliste)	Zuordnung zu einem oder mehreren Maßnahmentypen, d. h. Anschlussstelle (AS), Ausbau (AB), Bauabschnitt (BA), Braunkohletagebau (BT), Neubau (NB), Ortsdurchfahrt (OD) oder Ortsumgehung (OU). Umfasst eine Maßnahmen mehrere Typen oder ist der Typ der spezifischen Maßnahme nicht einer der genannten Auswahlmöglichkeiten, kann die Auswahl "Sonstige/mehrere (im Kommentarfeld zu erläutern)" gewählt und alle betroffenen Maßnahmentypen bzw. der spezifische Maßnahmentyp im Kommentarfeld erfasst werden. Alternativ kann der Wert der Zelle direkt überschrieben werden. Die Kategorie Neubau (NB) beinhaltet auch Ersatzneubauten.
	Anmeldende Behörde bzw. Organisation	Name der Behörde bzw. Organisation, welche eine neue Maßnahme in die Liste einträgt. Bitte beschränken Sie sich auf den Namen der Behörde oder Organisation, also z. B. den Name der Kommune oder des Zweckverbands und geben bitte keine personenbezogenen Daten an.
	Linienführung bzw. ergänzende Unterlagen (Auswahlliste)	Um eine Linienführung oder anderweitige ergänzende Unterlagen beizufügen, erstellen Sie bitte einen mit dem Maßnahmentitel benannten Unterordner auf membox.nrw.de und folgen dabei der vorgegebenen Ordnerstruktur. Ihre Zugangsdaten zu membox.nrw.de erhalten Sie in einer gesonderten E-Mail. Die entsprechenden ergänzenden Unterlagen können sie dann über das Plus-Symbol auf membox.nrw.de hochladen. Bitte geben Sie in der entsprechenden Tabellenspalte an, ob ergänzende Unterlagen hochgeladen wurden. Bei der Anmeldung von Maßnahmen des derzeit gültigen Landesstraßenbedarfsplans, kann im Kommentarfeld auf dessen bestehende Linienführung verwiesen werden.
Optionales Feld	Kommentar, Anmerkung bzw. kurze Stellungnahme (bis ca. 150 Wörter)	Optionale Eintragung eines Kommentars, einer Anmerkungen oder einer kurzen Stellungnahme bis ca. 150 Wörter. Bei Kommentaren, Anmerkungen oder Stellungnahmen mit einer Länge von deutlich mehr als ca. 150 Wörtern, bitten wir diese als gesonderte Dateien in einen entsprechenden, zu-erstellenden Unterordner hochzuladen (siehe "Ergänzende Unterlagen").

## Integrierte Gesamtverkehrsplanung NRW

Vorhaben-NR.: 24078 Kennung: 42-0386 Datum: 02.02.2005  
Bezeichnung  
OU Swisttal/Dünstekoven

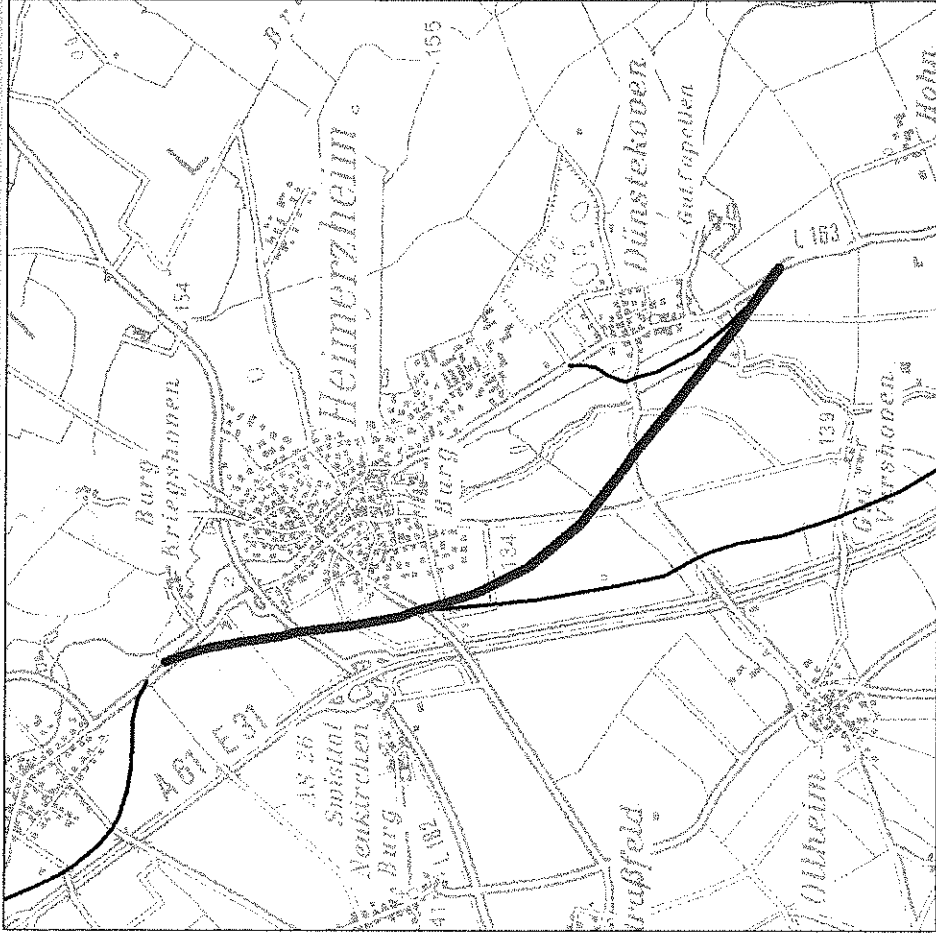
Kenndaten		Investitionskosten in (1.000 €)	
Bereich: Straße	Untergrundbau:	Allgemein	Tunnel
Status: Disponibel	Straßenoberbau:	1.600	0
Straßen-Typ: Landesstraße	Brücken, Stützwände und sonstige Bauwerke:	900	0
Straßen-Nr.: L0163		800	0
Bearbeitungsstand: OP			
Länge in Metern: 1.630	Technische Einrichtungen:	100	0
Art des Vorhabens			
Neubau: <input checked="" type="checkbox"/>	Sonstiges ohne Ausgleich und Ersatz:	200	0
Ausbau: <input type="checkbox"/>			
	Ausgleich und Ersatz:	100	0
	Grunderwerb:	500	0
	Gesamtkosten:	4.200	0

Beschreibung  
OD-Entlastung vom Durchgangsverkehr, beschränkte Breiten in OD -> Verkehrssicherheit



Vorhaben Straße

## Integrierte Gesamtverkehrsplanung NRW



Vorhaben-NR.: 24075 Kennung: 12 Datum: 02.02.2005  
Bezeichnung  
OU Heimerzheim - Dünstekoven

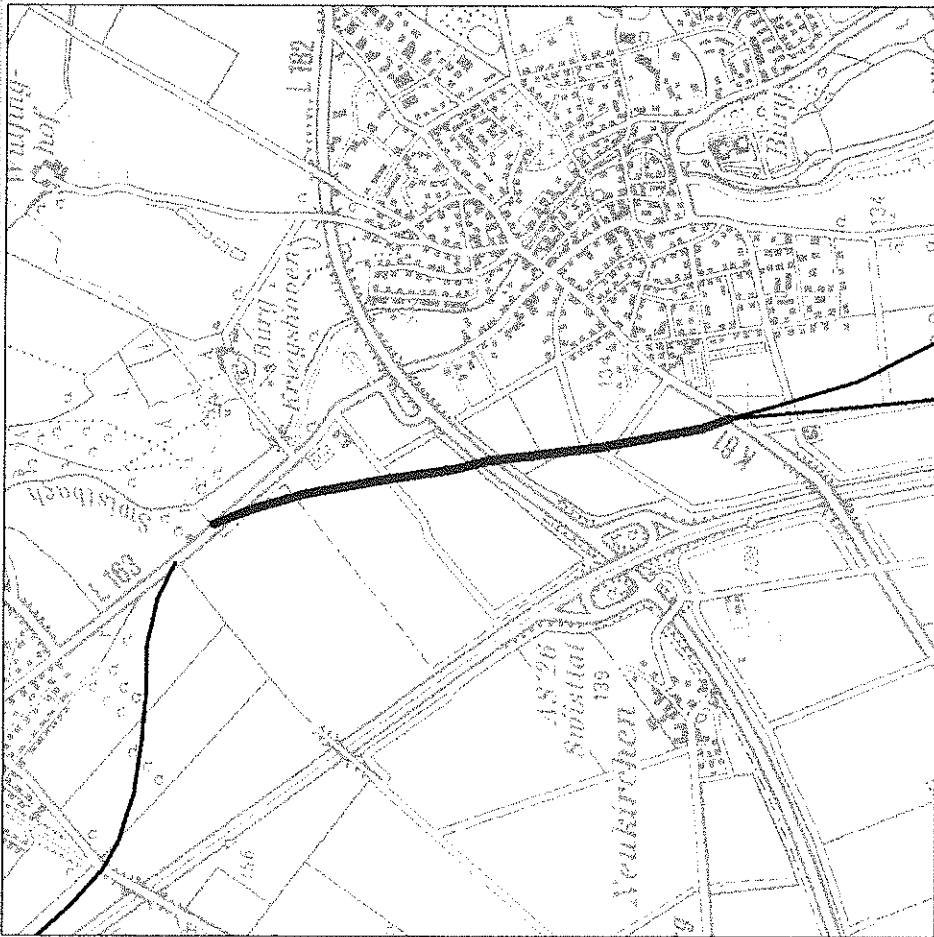
Kenndaten		Investitionskosten in (1.000 €)	
Bereich: Straße		Allgemein	Tunnel
Status: Disponibel		Untergrundbau: 5.000	0
Straßen-Typ: Landesstraße		Straßenoberbau: 4.000	0
Straßen-Nr: L0163		Brücken, Stützwände und sonstige Bauwerke:	500 0
Bearbeitungsstand: OP			
Länge in Metern: 5.100		Technische Einrichtungen:	460 0
Art des Vorhabens		Sonstiges ohne Ausgleich und Ersatz:	450 0
Neubau: <input checked="" type="checkbox"/>		Ausgleich und Ersatz:	
Ausbau: <input type="checkbox"/>		Ausgleich und Ersatz:	970 0
		Grunderwerb:	2.000 0
		Gesamtkosten:	13.380 0

Beschreibung  
Entlastung der zum Teil sehr engen OD Heimerzheim und Dünstekoven. Rückbau des NK 5207 013.

Vorhaben Straße



# Integrierte Gesamtverkehrsplanung NRW



Vorhaben  
Kartenhintergrund: DTK 50

Vorhaben-NR.: 24076 Kennung: 13 Datum: 02.02.2005  
Bezeichnung  
OU Heimerzheim - Dünstekoven - Miel

Kenndaten		Investitionskosten in (1.000 €)	
Bereich: Straße		Allgemein	Tunnel
Status: Disponibel		Untergrundbau: 5.450	0
Straßen-Typ: Landesstraße		Straßenoberbau: 4.400	0
Straßen-Nr: L0163		Brücken, Stützwände und sonstige Bauwerke: 1.100	0
Bearbeitungsstand: OP			
Länge in Metern: 5.600		Technische Einrichtungen: 500	0
Art des Vorhabens			
Neubau: <input checked="" type="checkbox"/>		Sonstiges ohne Ausgleich und Ersatz: 490	0
Ausbau: <input type="checkbox"/>			
		Ausgleich und Ersatz: 1.100	0
		Grunderwerb: 2.400	0
		Gesamtkosten: 15.440	0

Beschreibung  
Entlastung der OD en Heimerzheim und Dünstekoven. Verknüpfung mit OU Miel im Zuge der B 56. Direkter Anschluß an die A 61.

Vorhaben Straße



Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

L.-Nr.	Prägnante Maßnahmenbezeichnung (inkl. Lage)	Regierungsbezirk	Regionaler Planungsträger (RVR)	Maßnahmentyp	Einstufung	Hinweise bzw. Status
70	OU Niedersprockhövel	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
306	OU Meinerzhagen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
512	OD Freudenberg, Asdorfer Straße	Arnsberg	Arnsberg	Ortsdurchfahrt (OD)	Stufe 1	unter Verkehr
512	Ausbau zwischen Olpe und Attendorn, Einrichtung einer dritten Fahrspur	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	
512	OU Freudenberg	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
512	OU Wenden/Geringen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
512	Ausbau zwischen Olpe und Attendorn, Einrichtung einer dritten Fahrspur Ersatzneubau Ihnertalbrücke	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	Landesstraßenbauprogramm 2024; Ersatzneubau
518	OU Werne, Nordumgehung	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
518	OU Werne, Westumgehung	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung	Stufe 1	unter Verkehr
519	Verlegung Sundern/Hachen (K 34) - Sundern (L 685)	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	
528	OU Breckerfeld	Arnsberg	Ruhrparlament	Ortsumgehung	Stufe 2*	
541	AB Eslohe/Wenholthausen,	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	
541	OU Meschede/Berge	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
541	OU Meschede/Olpe	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
553	AB Bad Berleburg/Aue - Bad Berleburg/Berghausen	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
556	OU Dortmund/Asseln (L 556 - L 663n)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
561	AB Herscheid/Hardt (Silberg)	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
561	Herscheid/Hardt - Herscheid	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	in der Bauvorbereitung
636	Verlängerung bis B 475n OU (L 738) Lippetal/Oestinghausen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
654	Castrop-Rauxel - BO/Gerthe, OU Merklende (2. BA westl. B 235)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
654	Castrop-Rauxel - BO/Gerthe, OU Schwerin (1. BA nördl. L 663)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
655	Lüdenscheid/Brunnscheid (L 691 - L 694)	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	Ausbau nach RistWag
663	OU Dortmund, 3. BA OU Asseln u. Wickede	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

663	OU Unna (Westtangente), 5. BA (K 39 - L 678)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
663	OU Unna/Massen (Nordumgehung), 4. BA. (L 663alt - K 39)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
665	OU Unna	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
666	OU Gevelsberg (Südumgehung)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
667	OU Hamm/Rhynern	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	in der Baurechtschaffung
673	NB Fröndenberg/Mitte (2.2 BA Weiterbau in östliche Richtung)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Neubau (NB)	Stufe 1	
673	OU Schwerte (Westtangente)	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
677	OU Holzwickede	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Bau
677	OU Holzwickede	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Bau
694	Lüdenscheid/Brunscheid - Altena/Mühlenrahmede, 2. BA Gewerbp. Rosmar	Arnsberg	Arnsberg	Bauabschnitt (BA)	Stufe 1	unter Verkehr
694	Lüdenscheid/Brunscheid - Altena/Mühlenrahmede, 3. BA Mittelabsch	Arnsberg	Arnsberg	Bauabschnitt (BA)	Stufe 1	
696	NB Meinerzhagen/Werkshagen - Herscheid/Neuemühle	Arnsberg	Arnsberg	Neubau (NB)	Stufe 1	
697	OU Plettenberg (Westtangente)	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
705	AB Bochum/Weitmar - Bochum/Stiepel	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
719	OU Siegen/Kaan - Marienborn	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
722	OU Netphen/Irmgarteichen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
722	OU Neunkirchen/Salchendorf	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
722	OU Wilnsdorf/Wilden	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
728	OU Kirchhundem/Brachthausen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
729	OU Netphen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
735	OU Warstein/Suttrop	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	
740	AB bei Winterberg (B 480) - Medebach	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
740	OU Medebach	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
749	Gesake, Ersatzbauwerk für DB-Brücke	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

776	OU Schmallenberg/Bad Fredeburg	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	unter Verkehr
776	OU Bestwig/Heringhausen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
776	NB Bestwig/Nuttlar - Kreisgrenze, 1. BA A 46 - Evenkopf (Südabschnitt)	Arnsberg	Arnsberg	Neubau (NB)	Stufe 1	im Planfeststellungsverfahren
782	OU Lipperbruch (L 782 bis B 55)	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	
793	AB Lippetal/Herzfeld, 2. BA Ausbau der OD, Ersatz für OU	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
793	OU Lippetal/Herzfeld, 1. BA Hovestadt - L 822 (Lippebrücken)	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
795	AB Werl (DB-Brücke)	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
821	OU Bergkamen	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Bau
848	Ermitte/Böckum, Ersatzbauwerk für DB-Brücke	Arnsberg	Arnsberg	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
893	OU Wilsdorf/Niederliefen	Arnsberg	Arnsberg	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
924	Witten/Herbede - Witten/Heven - 3 BW	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Sonstige/mehrere (im Kommentarfeld zu erläutern)	Stufe 1	im Bau
924	Witten/Herbede - Witten/Heven - 3 BW	Arnsberg	Ruhrparlament (RVR)	Neubau (NB)	Stufe 1	im Bau; Ersatzneubau
545	Ausbau Herford bis A 30 (OD's Sundern, Lippinghausen, Eilshausen - A 30)	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
549	OU Büren/Steinhausen	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
549	OU Bad Wünnenberg	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
557	OU Bünde (Enger - A 30)	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
557	OU Preußisch Oldendorf 1. BA K 24 - B 65 (OU Holzhausen)	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
586	Querspange Rietberg/Mastholte (L 782 bis L 586)	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 2	
614	OU Lügde	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
616	OU Steinheim/Vinsebeck und Steinheim/Bergheim	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
712	Bielefeld/Brake - Bielefeld/Altenhagen, 3.1 BA Knotenpunkt L 712/L 778	Detmold	Detmold	Bauabschnitt (BA)	Stufe 1	im Bau
712	Bielefeld/Brake - Bielefeld/Altenhagen, 4. BA B 61 - L 778	Detmold	Detmold	Bauabschnitt (BA)	Stufe 1	im Bau
712	Nordumgehung Enger	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

712	Ausbau in Bad Salzuffen, Anlg. v. planfr. Knotenpunkten L 712n/L 751, L 712n/L 712/L 967 m. Veri. L 967, L 712n/K 5, L 712n/L 805	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	
751	OU Leopoldshöhe/Asemissen	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
755	AB Höxter/Ovenhausen - Höxter, 3. BA OD Höxter	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
755	OU Höxter	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
758	AB Detmold - Blomberg/Großenmarpe; Vahlhausen - Cappel	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	im Bau
758	AB Detmold - Blomberg/Großenmarpe; OU Vahlhausen und OU Cappel	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
758	OU Augustdorf/Schloß-Holte-Stukenbrock	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
758	B66 OU Bantrup	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Bau
764	Osttangente Minden, Wehrweg - Nordbrücke	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
765	Südumgehung Randen	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
766	AB Hille/Hartum, einschl. OD Minden/Hahlen und OD Frotheim, Anlage Rad- und Gehweg	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
770	NB Petershagen, 3. BA L 772n - LGr. OU Raderhorst	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
772	OU Petershagen/Queitzen	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
782	OU Rietberg Neuenkirchen	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
785	OU Borgholzhausen	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
791	OU Verl (Ortsumgehung)	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
791	OU Gütersloh/Friedrichsdorf	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
806	Herzebrock/Clarholz, Verlegung in Clarholz	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	EkrG-Maßnahme (nicht bedarfsplanrelevant)
813	Paderborn/Sande, Querspange zw. L 813 und B 64	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 2	
861	Kalletal/Hohenhausen, Querspange östl. Hohenhausen	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	
876	AB Rödinghausen - Porta Westfalica/Barkhausen, 5.2 BA Wallücke - Rothenuffeln	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
921	Halle - Werther/Theenhausen	Detmold	Detmold	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

923	AB Herford/Laar, B 61- Anb. Gew. Diebrock (mit Ern. DB-BW)	Detmold	Detmold	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
4	OU Dinslaken (B 8 - A 3)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
5	OU Uedem (Westumgehung)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	
19	OU Giesenkirchen und Odenkirchen bis zur B 59 (Mönchengladbach)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
26	Ortsumgehung Willich von der L 382 bis zur L 26	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	
31	Ortsumgehung Jüchen - Neubau im Zuge der Rekultivierung von Garzweiler I	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	-	Wiederherstellungsverpflichtungen aufgrund des Braunkohletagebaus (RWE-Maßnahme)
31	OU Jüchen/Neuenhoven (mit L 116)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	
39	OU Viersen/Süchteln	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
70	Wuppertal Kiesbergtunnel - Ersatzneubau	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 1	Erhaltungsmaßnahme
79	Neubau in Langenfeld, Querspange von der L 79/L 288 zur B 229n	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 2	
108	Ausbau in Langenfeld (L 43n bis K 24)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
215	AB Oberhausen/Buschhausen (K 3) - OD Oberhausen, BA DB-Brücke	Düsseldorf	Düsseldorf	Ausbau (AB)	Stufe 1	
239	Neubau in Ratingen, BA A 3 bis A 44	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 1	
354	Neubau Ersatzstraße BT Garzweiler II (Wanlo bis Kaulhausen)	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 1	unter Verkehr
354	Süddumgehung Hochneukirch	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	-	Wiederherstellungsverpflichtungen aufgrund des Braunkohletagebaus (RWE-Maßnahme)
361	OU Grevenbroich/Kapellen	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
361	Westl. Umgehung Weeze	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
381	Ausbau in Korschenbroich, BA Volksbadstraße bis Korschenbroich	Düsseldorf	Düsseldorf	Ausbau (AB)	Stufe 1	in Abstimmung mit der Stadt MG erfolgt nur der Ausbau des Knotenpunktes L381/L382/L31
381	Ausbau in Mönchengladbach, BA OD bis Volksbadstraße	Düsseldorf	Düsseldorf	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
403	OU Hilden bis Langenfeld, BA L 85 - K 9	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
404	Ausbau in Düsseldorf/Hilden (K 7 bis L 282/K 14)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
405	Neubau in Solingen (Viehbachtalstraße), BA Frankfurter Damm bis B 224	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 2	
418	Neubau in Wuppertal (L 70 - L 417), BA L 70 - Korzert	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 1	unter Verkehr



Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

419	Neubau in Wuppertal/Ronsdorf (mit Anbindung an A 1)	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 1	Landesstraßenbauprogramm 2024; Planfeststellungsbeschluss
460	OU Sonsbeck (L 480 - L 460)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
460	OU Sonsbeck (L 491 - L 480)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
473	OU Duisburg/Rheinhausen (Südtangente), BA Mühlenberg bis K 39	Düsseldorf	Ruhrparlament (RVR)	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
475	OU Tönisvorst/Vorst	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	
477	NB Kempen/Tönisberg, Teilverlegung Vluynen Straße	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 1	unter Verkehr
478	NB Kempen/Tönisberg, Teilverlegung Vluynen Straße und Westumgehung Kempen/Tönisberg	Düsseldorf	Düsseldorf	Neubau (NB)	Stufe 2*	
486	OU Kevelaer (Südumgehung) (B 9 - A 57)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Bau
486	OU Kevelaer (Südumgehung) (B9-A57)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Bau
557	OU Preußisch Oldendorf 2. BA B 65 - K 80 (B 65alt - B 65n)	Düsseldorf	Düsseldorf	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
11	OU Dürwiss (B 264 - L 238)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
11	OU Eschweiler/Hastenrath	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
12	OU Luchem	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
12	OU Niederzier	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
14	OU Jülich/Koslar (A 44 bis L 14)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
14	OU Jülich/Merzenhausen	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
16	Ausbau St. Augustin/Meindorf bis - Menden	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	
19	Neubau Ersatzstraße BT Garzweiler II (OU Immerath), 1. BA	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	unter Verkehr
19	Neubau Ersatzstraße BT Garzweiler II (OU Immerath), 2. BA	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	
23	OU Aachen/Verlautenheide	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
23	OU Stolberg/Altsch	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
33	OU Weilerswist (Süd- und Westumgehung L 33 / L 163)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
42	Ortsumgehung Geilenkirchen und Übach- Palenberg/Scherpenseel	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
43	Neubau L 43 zwischen AS Worrigen und Neusser Landstraße (B 9)	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	



Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

43	OU Leverkusen/Hittorf, BA L 43 - A 59 (früher L 293)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
47	Innere OU Herzogenrath und OU Herzogenrath/Merkstein	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
48	Neubau Bedburg/Kirchherten bis -/Frimmersdorf (L 279 - L 116)	Köln	Köln	Neubau (NB)	-	Wiederherstellungsverpflichtungen aufgrund des Braunkohlitagebaus (RWE-Maßnahme)
50	OU Settenich (K 27 - L 50)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
81	OU Radevormwald/Honsberg (B 229 - L 412)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
82	OU Zündorf (1. BA)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	ersetzt durch das Vorhaben L 82 Köln-Wahn / Elsdorf (B 51 - B 265)
82	Köln-Wahn / Elsdorf B 8 - A 59	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
93	OU Bergheim-Oberauesem	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
93	OU Pulheim/Stommeln - Bergheim/Büsdorf, BA K 20 bis B 477 mit OU Bergheim/Büsdorf	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Planfeststellungsverfahren
101	Ausbau zw. Wermelskirchen-Dreibäumen und -/Stumpf, BA OD Stumpf	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
101	OU Hückeswagen/Scheideweg	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
103	Neubau in Hürth L 103 alt und B 265	Köln	Köln	Neubau (NB)	-	Wiederherstellungsverpflichtungen aufgrund des Braunkohlitagebaus (RWE-Maßnahme)
103	OU Brühl/Nord bis Hürth/Kendenich (B 51 bis B 265)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
113	Entlastungsstraße Rheinbach Höhenorte	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 2	
113	OU Alfier/Witterschlick	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
113	OU Rheinbach/Fierzheim und Ramershoven	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
115	Neubau Blankenheim/Lommersdorf, L 115 bis L Gr.	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	Vorhaben im Kausalzusammenhang mit dem Bau der A 1 Eifelautobahn
117	OU Hückelhoven/Rathel und -Millich	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Bau
122	Ausbau bei Kerpen-Sindorf, AS A 4 bis Südkreisel	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	
147	<del>OU Windeck/Leuscheid</del>	Köln	Köln	<del>Ortsumgehung (OU)</del>	<del>Stufe 1</del>	<del>unter Verkehr</del>
150	Ausbau von Brühl bis Köln/Godorf (A 553 - A 555)	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
163	OU Köttingen - Kierdorf	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
163	OU Rheinbach/Fierzheim	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2*	

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

163	OU Swisttal/Dünstekoven	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
178	OU Euskirchen/Billig	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
183	OU Bornheim/Rösdorf (L 118 bis L 183)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
183	OU Köln/Roggendorf	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
183	OU Pulheim/Sinnersdorf (Westumgehung)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
183	OU Pulheim	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
183	Ausbau bei Frechen mit AS A4, B 264 bis B 55	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	im Planfeststellungsverfahren
207	OU Dreiborn	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
221	Neubau Aachen-Eilendorf bis Geisberg (L 236), inkl. AS an A 44	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	
223	Ausbau Birk - Herzogenrath/Schulzentrum	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
228	OU Geilenkirchen/Lindern	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
228	OU Linnich - Linnich/Rurdorf	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
236	OU Alsch	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
238	OU Eschweiler, BA K 15 (Odilienstraße) - L 238 (Pumpe)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
238	OU Eschweiler, BA L 238 (Pumpe) - L 238 (Steinfurt)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
240	Neubau von der L 47 (Übach-Palenberg) bis zur L 42n (Scherpenseel)	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 2	wird als Bundesmaßnahme B 221 Scherpenseel (VB) weiterverfolgt
249	Ausbau zwischen Nideggen/Biens und Heimbach/Hausen	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
249	OU Nideggen	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
257	OU Düren/Arnoldsweiler	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
263	OU Gut Ollesheim	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
263	OU Eschweiler über Feld	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
264	OU Nörvenich/Frauwüllesheim	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
264	OU Vettweiß/Kelz	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

269	OU Niederkassel/Ranzel (L 82) bis -/Mondorf (L 332), OU Rheidt und Mondorf	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	Realisierung in drei BA, 1. BA unter Verkehr seit 2021
271	OU Nörvenich/Binsfeld	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
274	Neubau Niederkassel bis Troisdorf/Spich, BA K 24 bis B 8 (ohne DB-Brücke)	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	
274	OU Eisdorf und Langer mit Rheinquerung bei Godorf (L 160/1300 bis L 274/K 24)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
276	Wiederherstellung zwischen Eisdorf und Niederzier, Tagebau Hambach	Köln	Köln	Neubau (NB)	-	Wiederherstellungsverpflichtungen aufgrund des Braunkohleabbaus (RWE-Maßnahme)
277	Lückenschluss Erkelenz - Kückhoven L 19 - L 354	Köln	Köln	Neubau (NB)	-	Wiederherstellungsverpflichtungen aufgrund des Braunkohleabbaus (RWE-Maßnahme)
279	OU Bedburg/Kirchherfen	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
279	OU Bedburg/Rath	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
284	OU Rösrath (Innere Umgehung)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
286	OU Bergisch Gladbach/Refrath (1. BA, L 286 - L 136)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
286	OU Bergisch Gladbach/Refrath (2. BA, L 136 - A 4)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
286	Querspange A 4 Merheim	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 2	
288	Neubau in Leverkusen, BA Feld- /Borsigstraße bis Ostling	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 2	
320	OU Nümbrecht/Bierenbachtal, BA OU Bierenbachtal	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
321	Neubau Wiehl/Bielstein bis -/Oberbantenberg OU Eschmar bis Troisdorf/Sieglar (A 59)	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	unter Verkehr
332		Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	Realisierung in zwei BA, 1. BA unter Verkehr seit 2017, 2. BA im Bau
333	OU Hennef/Greuelsiefen	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
333	OU Windeck/Dattenfeld und /Schladern (K 55 - B 256)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
336	OU Morsbach/Lichtenberg	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	ersetzt durch das Vorhaben Morsbach, Ausbau von Hülstert - ... bis -Appenhagen
336	Morsbach, Ausbau von Hülstert - Morsbach Morsbach bis Hülstert, Ausbau und L 324 Morsbach-Volperhausen bis - Appenhagen Ausbau der Umleitungsstrecke	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	
359	Ausbau Leichlingen/Wacholder bis - /Herscheid, BA Wacholder bis Bennert	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
361	Bedburg bis Kerpen (B 55), BA Bedburg/Nord - Bedburg/Süd	Köln	Köln	Bauabschnitt (BA)	Stufe 1	unter Verkehr
361	Bedburg bis Kerpen (B 55), BA B 477alt - K 22	Köln	Köln	Bauabschnitt (BA)	Stufe 1	

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

361	Neubau von Bergheim Kenten (K 22) bis Frechen-Königsdorf (B 55)	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 1	
364	OU Gerderhahn und Goltzath (Erkelenz)	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
364	OU Hückelhoven/Hilfarth, BA Rheinstraße - L 364alt	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
364	OU Hückelhoven, BA A 46 - L 117	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	Landesstraßenbauprogramm 2024; Planfeststellungsbeschluss
366	OU Linnich/Hottorf	Köln	Köln	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
409	Ausbau zw. Kürten/Laudenberg u. Wermelskirchen/Dhünn, BA Stauwurz - Halzenberg	Köln	Köln	Ausbau (AB)	Stufe 1	
490	Bonn; Neulege parallel zur B 42 bis L 268 (Grüner Weg)	Köln	Köln	Neubau (NB)	Stufe 2	
405	BA III, Neubau von L 141 (L 288n, Ober der Mühle) bis B 229 (B 229n Landwehr)	Mehrere (im Kommentarfeld zu erläutern)	Mehrere (im Kommentarfeld zu erläutern)	Bauabschnitt (BA)	Stufe 1	
240	Neubau in Ubach-Palenberg, BA L 47 bis L 232 (Boscheln)	Münster	Münster	Neubau (NB)	Stufe 2	
361	Neubau in Frechen/Königsdorf (B 55 - A 4)	Münster	Münster	Neubau (NB)	Stufe 1	im Bau
511	OU Datteln/Horneburg	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
522	Botrop - Marl, OU Dorsten (A 31 - B 225)	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
522	Botrop - Marl, OU Marl (B 225 - AS "Auf Hönigs Feld" )	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
547	NB Ahlen/Dolberg - Hamm/Uentrop, (B 61 - L 736)	Münster	Münster	Neubau (NB)	Stufe 1	
547	OU Warendorf/Freckenhorst, 1. BA Nordwestumgehung (B 64n - L 793)	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
547	OU Warendorf/Freckenhorst, 2. BA Südwestumgehung (L 793 - L 547)	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
555	OU Nordwalde (Südumgehung)	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
558	OU Sudlohn/Oeding	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	im Planfeststellungsverfahren
574	OU Gronau/Epe	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 2	
579	OU Schöppingen	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
580	Ostumgehung Horstmar	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	
585	AB Münster/Wolbeck - Telgte, 3. BA OD Telgte (Knoten Orkotten)	Münster	Münster	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
585	OU Münster/Wolbeck	Münster	Münster	Ortsumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr

Landesstraßenbedarfsplan-Liste mit Status (Stand: 27.03.2024)

586	OU Beckum - Wadersloh/Diestedde, 1. BA Ostumgehung Beckum	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
586	OU Sendenhorst	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	
586	OU Sendenhorst/Albersloh	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	
588	OU Telgte/Westbevern	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
591	OU Lengerich, BA K 32 - westl. Lienen	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	
591	OU Tecklenburg/Brachterbeck	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
593	AB Hörstel/Dreierwalde-Hopsten, 2. BA Gemarkungsgrenze-Hopsten	Münster	Münster	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
595	Nordumgehung Westerkappeln	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
598	AB Recke/Obersteinbeck - Recke, 4. BA L 603 - L 599	Münster	Münster	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
607	OU Dorsten/Holsterhausen (AS A31/L 607 - B 224)	Münster	Ruhrparlament (RVR)	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
607	OU Raesfeld/Erie	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
608	OU Dorsten/Mulden, K 41 - Haus Natteforth	Münster	Ruhrparlament (RVR)	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	
608	OU Stadthorn (Ostumgehung)	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
639	OU Gelsenkirchen - Herne, (Florastraße - Gelsenkirchener Straße)	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	unter Verkehr
793	Westumgehung Diestedde	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
844	OU Ascheberg/Herbern	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	
844	OU Senden/Ottmarsbocholt	Münster	Münster	Ortumgehung (OU)	Stufe 1	
851	Drensteinfurt - Sendenhorst, Ausbau	Münster	Münster	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
851	Drensteinfurt - Sendenhorst, Ausbau	Münster	Münster	Ausbau (AB)	Stufe 1	unter Verkehr
889	OU Recklinghausen, 2. BA. K 21 - L 645	Münster	Ruhrparlament (RVR)	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	
889	OU Recklinghausen, 4. BA L 511 - L 628	Münster	Ruhrparlament (RVR)	Ortumgehung (OU)	Stufe 2	



846-464-7288





Fachbereich: FG-II/1 Sicherheit und Ordnung / Freiwillige Feuerwehr / Friedhöfe Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0838

<u>Beratungsfolge:</u>	<u>Termin</u>	<u>Entscheidung</u>	<u>Öffentl.</u>
Planungs- und Verkehrsausschuss	13.06.2024	Entscheidung	Ö
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	17.09.2024	Kenntnisnahme	Ö

Tagesordnungspunkt:



Tempo 30 auf der "Hauptstraße" (L 163) im Ortsteil Morenhoven

Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Bürgerantrag vom 30.04.2024 an das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises zur Überprüfung und Stellungnahme weiterzuleiten.

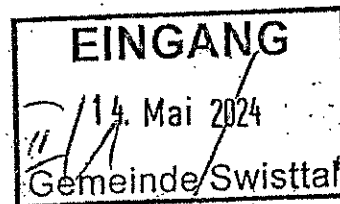
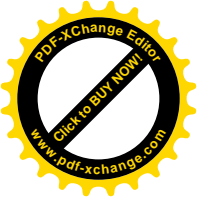
Sachverhalt:

Es wird auf den beigefügten Bürgerantrag vom 30.04.2024 verwiesen.

Der Bürger weist in seinem o.a. Antrag auf die aus seiner Sicht problematische Verkehrssituation auf der „Hauptstraße“ (L 163) im Ortsteil Morenhoven hin. Den Schilderungen zur Folge werden die Anwohner der „Hauptstraße“ zunehmend von Verkehrslärm, insbesondere von LKW-Verkehr, belastet.  
Zur Verbesserung des Luft-, Lärm- und Klimaschutzes sowie auch der Verkehrssicherheit wird angeregt, die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der „Hauptstraße“ (L 163) durchgängig auf 30 km/h zu beschränken und ein Durchfahrtsverbot für LKW anzuordnen.

Die Verwaltung wird den Bürgerantrag zuständigkeitshalber an das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises zur Überprüfung und Stellungnahme weiterleiten.

Nach Vorliegen der Stellungnahme des Straßenverkehrsamtes wird der Planungs- und Verkehrsausschuss hierüber unterrichtet.



Gemeinde Swisttal  
Frau Petra Kalkbrenner  
Bürgermeisterin der Gemeinde Swisttal  
Rathausstraße 115  
53913 Swisttal

11/14  
1. f 36 Min → 3A ✓  
2. f 3d B + 2m 2d hoober ✓  
3. HFB  
4. 100 21.5 ✓  
L. 11.5.

Swisttal, 30.04.2024

## Antrag auf Tempo 30

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kalkbrenner,

Tempo 30 ist eine zentrale Maßnahme für mehr Verkehrssicherheit, Luft-, Lärm- und Klimaschutz in unseren Städten.

Daher beantrage ich hiermit, die zulässige Höchstgeschwindigkeit in Swisttal-Morenhoven überall dort wo es möglich ist, ganztägig auf 30 km/h zu reduzieren!

Besonders dringlich ist eine **Anordnung von Tempo 30** auf folgenden Straßenabschnitten:

- Hauptstraße L 163

Als Anwohner der Hauptstraße in Swisttal-Morenhoven sind wir von zunehmendem Verkehrslärm insbesondere durch Lkw betroffen.

Die Hauptstraße ist vorwiegend durch Wohngebäude wie die von uns bewohnten gesäumt.

Zu der extrem starken Lärmbelastung trägt insbesondere bei,

- dass Pkw und Lkw mit überhöhter Geschwindigkeit die Hauptstraße durchfahren und überhöht in die Ortseingänge/ bzw. Ausfahrten fahren
- dass die Straßenoberfläche in Teilbereichen stark beschädigt ist und im Randbereich der einmündenden Burgstraße aus Kopfsteinpflaster besteht.
- dass durch die Straße ein erheblicher Schleichverkehr fließt.
- dass die Straße in besonderem Maße von LKW befahren wird.
- dass die Straße bei Sperrungen der naheliegenden Autobahn A61 hochfrequent als Ausweichstrecke genutzt wird.



- dass die Wohnhäuser unmittelbar an die Straße angrenzen und eine Straßenschlucht mit hoher Resonanz formen.
- dass nicht unerhebliche Belastungen durch die Kfz-Abgase zu den lärmbedingten Gesundheitsgefahren noch hinzutreten.

Die starke Belastung durch den Verkehrslärm lässt bei geöffneten Fenstern keine normale Unterhaltung in den an der Hauptstraße gelegenen Wohnräumen mehr zu. Sie führt darüber hinaus zu starken Konzentrationsstörungen und häufigen Kopfschmerzen.

Die erheblichen Störungen und Gesundheitsgefahren, denen wir uns durch den Verkehrslärm ausgesetzt sehen, können durch straßenverkehrsrechtliche Anordnungen ohne größeren Aufwand und ohne tiefgreifende Eingriffe in das Verkehrsnetz erheblich gemindert werden.

Durch hierzu geeignete Durchfahrtsverbote kann die Benutzung durch Lkw verhindert werden.

Mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf maximal 30 km/h kann zu der dringend erforderlichen Lärminderung wesentlich beigetragen werden.

Eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 ist in der Hauptstraße nicht nur aus Gründen des Lärmschutzes, sondern auch aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs dringend geboten. Denn die Hauptstraße ist eine Wohnstraße mit vorwiegender Aufenthaltsfunktion und die zahlreichen Fußgänger sowie die vielen hier spielenden Kinder werden durch den unangemessen schnellen Kfz-Verkehr gefährdet.

Ein neues Rechtsgutachten der renommierten Kanzlei Geulen und Klinger im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe bestätigt, dass die Kommunen in Deutschland ihren Spielraum bei der Einführung von Tempo 30 bei Weitem nicht ausnutzen. Auch Swisttal hat demnach deutlich weitergehende Möglichkeiten zur Einführung von Tempo 30, als oft behauptet. Ich beantrage daher, dass alle im verlinkten Rechtsgutachtens aufgeführten Möglichkeiten zur Anordnung vom Tempo 30 in Swisttal durchgeprüft werden.

Jede Kommune hat die Möglichkeit im Nebenstraßennetz flächendeckend Tempo 30 einzuführen. Darüber hinaus zeigt das Gutachten Handlungsspielräume für Kommunen, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zum Schutz vor Verkehrslärm, sowie in besonders sensiblen Bereichen wie Bade- oder heilklimatischen Kurorten um schon heute streckenweise Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen anzuordnen. Vor allem über die Erstellung eines Lärmaktionsplans kann Tempo 30 auch großflächig und strategisch umgesetzt werden, da die europäische Umgebungslärm-Richtlinie – anders als das deutsche Lärmschutzrecht – planerische Ansätze zum vorbeugenden und vorsorgenden Umweltschutz enthält. Darüber hinaus ist eine konkrete Lärmaktionsplanung geeignet, den Straßenverkehrsbehörden gegenüber eine strikte Bindungswirkung auszulösen. Damit ergeben sich neue Ermessensspielräume um Tempo 30 auf den oben genannten Straßenabschnitten anzuordnen. Zweifelsfalls lässt sich eine großräumige Anordnung von Tempo 30 auch als Modellversuch realisieren.



Gerne nehme ich in meinem Antrag zusätzlich Bezug auf den Entwurf zur Lärmaktionsplanung Gemeinde Swisttal der Kramer Schalltechnik GmbH vom 26.03.2024.

Der Entwurf dokumentiert für Morenhoven im Bereich der Hauptstraße / L 163 folgende Maßnahmvorschläge zur Lärminderung:

- Geschwindigkeitskontrollen insbesondere im Bereich der Ortseingänge/-Ausfahrten
- Bei anhaltenden relevanten Geschwindigkeitsüberschreitungen: Errichtung einer dauerhaften stationären Geschwindigkeitsmessung
- Prüfung einer Herabsenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit vor bzw. nach den Orts-Ein- bzw. -Ausfahrten
- Prüfung einer generellen Herabsenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit innerorts auf 30 km/h auf der L 163 bzw. für die gesamte Ortsdurchfahrt (Hauptstraße)
- Prüfung des Zustandes der Straße und Priorisierung hinsichtlich einer Straßenoberflächen-Instandsetzung
- Verstetigung des Verkehrs insbesondere entlang der Hauptstraße

Das Rechtsgutachten der Kanzlei Geulen und Klinger mit mehr Details finden Sie auf dieser Website: <https://www.duh.de/tempo30/>

Den Zugang zum Entwurf des Lärmaktionsplanes setze ich als bekannt voraus.

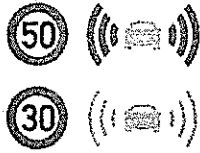
Ich bitte Sie um eine Eingangsbestätigung sowie um Rückmeldung innerhalb eines Monats nach Eingang meines Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



# 30 DAS BRINGT TEMPO 30

## WENIGER LÄRM



Halb so laut

Die Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h bewirkt eine Reduktion der Lärmbelastung um 2 bis 3 dB(A). Dies wird wie eine Halbierung der Verkehrsmenge wahrgenommen.



E-Autos nur unter 30 km/h leiser!

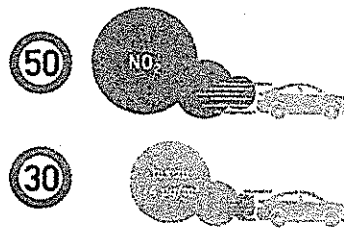
Ab einer Geschwindigkeit von ca. 30 km/h bestimmt das Reifen-Fahrbahn-Geräusch den Lärm des Autos und das Motorengeräusch tritt in den Hintergrund. Das bedeutet, dass E-Autos nur bei Geschwindigkeiten unter 30 km/h deutlich leiser als Verbrenner sind.

## BESSERE LUFT

Weniger Beschleunigung = Weniger  $\text{NO}_2$

Tempo 30 reduziert im Stadtverkehr den Stickstoffdioxid-Ausstoß, indem die besonders schadstofflastigen Beschleunigungsvorgänge deutlich verringert werden.

Der Berliner Senat hat an fünf Hauptstraßen die Wirkung von Tempo 30 gemessen. Dort sanken die  $\text{NO}_2$  Werte im Jahresmittel um bis zu 4  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ .

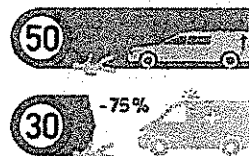


## MEHR SICHERHEIT



Anhalteweg nur halb so lang

Ein Auto, das mit Tempo 30 fährt steht bei einer Vollbremsung bereits, während ein Fahrzeug mit Tempo 50 in der gleichen Situation noch unverändert mit 50 km/h fährt. Grund dafür ist nicht nur der kürzere Bremsweg, sondern die Tatsache, dass Verkehrsteilnehmende bei niedrigeren Geschwindigkeiten deutlich mehr Details des Verkehrsraums wahrnehmen und somit früher reagieren können.



Weniger tödliche Unfälle

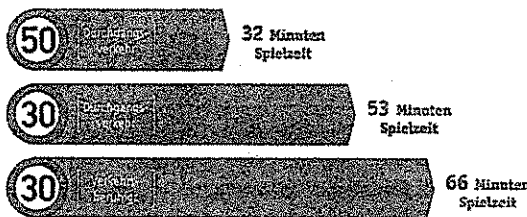
Bei einem Zusammenstoß ist der Aufprall bei Tempo 50 fast dreimal so stark wie bei Tempo 30. Das Risiko tödlicher Verletzungen bei einem Unfall sinkt bei Tempo 30 statt 50 um 75 Prozent.

## BEST PRACTICE BRÜSSEL

Im Januar 2021 wurde in Brüssel flächendeckend Tempo 30 eingeführt. Das hat er gebracht:



## HÖHERE AUFENTHALTSQUALITÄT

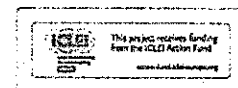


**Langsamer = Sicherer**  
Tempo 30 verlängert die Zeit, die Kinder (5 bis 7 Jahre) ohne Aufsicht im Umfeld des Wohnorts draußen spielen.

## LÄRM MACHT KRANK

Der Lärm durch den Verkehr ist eine der größten Umweltbelastungen in Deutschland. Er führt zu Schlafstörungen, Herz-Kreislauferkrankungen und anderen gesundheitlichen Problemen. Laut WHO ist Lärm ein ernstes Gesundheitsrisiko.

1,77 Mrd. € Kosten







---

## MITTEILUNGSVORLAGE

M/2020/0898

---

**Beratungsfolge:**

Planungs- und Verkehrsausschuss

**Termin**

13.06.2024

**Entscheidung**

Kenntnisnahme

**Öffentl.**

Ö

---

**Tagesordnungspunkt:**



Buslinie 986 Heimerzheim - Weilerswist - Anfrage der SPD-Fraktion  
gem. § 17 GO

---

**Sachverhalt:**

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 06.05.2024 eine Sachstandsdarstellung der Anschlusssituation der Buslinie 986 an den Zugverkehr im Bahnhof Weilerswist.  
Der Antrag ist der Vorlage beigelegt.

Der ursprüngliche Bürgerantrag zu dieser Thematik wurde in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss am 22.03.2022 behandelt. Der dort gefasste Beschluss wurde dem Rhein-Sieg-Kreis als zuständigen Aufgabenträger umgehend mitgeteilt.

Derzeit besteht am Bahnhof Weilerswist in Richtung Köln eine Umstiegszeit von 8 Minuten.  
Aus Richtung Köln besteht eine Umstiegszeit von 5 Minuten.

Mit Schreiben vom 16.05.2024 teilt die Projektleitung Nahverkehrsplanung des Rhein-Sieg-Kreis zum aktuellen Sachstand mit:

„Grundsätzlich gilt in der Sache nach wie vor unsere Stellungnahme vom 19.01.2022.  
In der Zwischenzeit haben mehrere Abstimmungsgespräche mit dem benachbarten Aufgabenträger Kreis Euskirchen stattgefunden, der für die Linie 986 federführend verantwortlich ist. Dort wird aktuell kein Bedarf für Fahrplananpassungen gesehen.

Es ist beabsichtigt, eine technische Anschlusssicherung an ausgewählten Knotenpunkten des Busnetzes im Rhein-Sieg-Kreises spätestens mit Beginn der beabsichtigten Neubetrauung von RVK und RSVG ab Ende 2026 zu etablieren. Die dafür notwendigen organisatorischen und technischen Abstimmungen laufen. Auch hier gilt aber, dass wir als Rhein-Sieg-Kreis keine direkte Einwirkung auf Linien bzw. Knotenpunkte außerhalb unserer Bedienggebiete bzw. Betrauungen haben.“



Zur Erläuterung nachfolgend die ursprüngliche Stellungnahme vom 19.01.2022:

„Zuständigkeiten:

Die RVK Linie 986 Weilerswist - Heimerzheim verläuft überwiegend auf dem Gebiet der Gemeinde Weilerswist. Die Zuständigkeit für diese Linie liegt daher beim Aufgabenträger Kreis Euskirchen, der im Nahverkehrsplan (NVP) des Kreises Euskirchen die Angebotsstandards festlegt und sich über die Ausgestaltung des Leistungsangebotes auf dieser Kreisgrenzen überschreitenden Relation mit dem Rhein-Sieg-Kreis als benachbarten Aufgabenträger abstimmt.

Leistungsangebot Bestand:

Die RVK Linie 986 ermöglicht Bürger\*Innen aus Heimerzheim eine stündliche Verbindung aus/in Richtung Köln mit Umstieg in Weilerswist, zudem stellt sie die Erschließung des südwestlichen Ortsbereiches von Heimerzheim („Heckenweg“) sicher.

Die Umstiegs- und Übergangszeiten in Weilerswist sind dabei so bemessen, dass zum einen ein Erreichen der Anschlüsse gewährleistet ist, zum anderen aber keine zu langen Wartezeiten entstehen, die das Angebot für den Nutzer weniger attraktiv machen.

Die Übergangszeit beträgt 8 Minuten in Richtung Köln und 5 Minuten in Richtung Heimerzheim.

Minutenlagen der Umstiegsverbindung in der Hauptverkehrszeit (HVZ)

in Richtung Köln

Heimerzheim Heckenweg	x.41 (986)
Heimerzheim Fronhof	x.47
Weilerswist Bahnhof	x.03
Weilerswist Bahnhof	x.11 (RE22)
Köln HBF	x.39

aus Richtung Köln

Köln HBF	x.46 (RB24)
Weilerswist Bahnhof	x.15
Weilerswist Bahnhof	x.20 (986)
Heimerzheim Fronhof	x.37
Heimerzheim Heckenweg	x.41

In Ergänzung dazu besteht eine weitere stündliche Verbindung aus/in Richtung Köln bei Nutzung der Linie 817 und Umstieg in Roisdorf.

in Richtung Köln

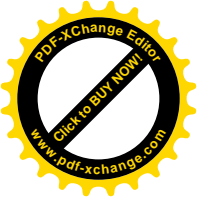
Heimerzheim Fronhof	x.18 (817)
Roisdorf Bahnhof	x.50
Roisdorf Bahnhof	x.58 (RB48)
Köln HBF	x.22

aus Richtung Köln

Köln HBF	x.36 (RB48)
Roisdorf Bahnhof	x.02
Roisdorf Bahnhof	x.08 (817)
Heimerzheim Fronhof	x.41

Die Reisezeiten zwischen Heimerzheim und Köln auf diesen beiden Verbindungen sind in etwa gleich kurz (zwischen 51 und 65 Minuten), sodass Heimerzheimer Bürger zwei attraktive stündliche Fahrtmöglichkeiten mit Reisezeiten von etwa einer Stunde in/aus Richtung Köln haben.

Anschlussicherung:



Die RVK stellt Anschlüsse in der Regel auch bei geringfügigen Verspätungen der Züge aus Richtung Köln bei Ankunft in Weilerswist sicher. Dieses geschieht bislang dadurch, dass Anschlüsse in Weilerswist „per Sichtkontakt“ abgewartet werden. Die RVK prüft hier die zeitnahe Einrichtung einer technischen Anschlusssicherung. Damit erhält das Fahrpersonal der Linie 986 als Anschlussverkehrsmittel erstmals die Information, wie lange auf umsteigende Fahrgäste vom Schienenverkehrsmittel gewartet werden soll, um den Anschluss zu garantieren bzw. wann eine Abfahrt erfolgen kann, da der Umstieg (aufgrund zu großer Verspätung der Bahn) nicht gesichert werden kann. Eine Anschlusssicherung ist generell nur bei geringfügigen Verspätungen der Bahn möglich, da eine stark verspätete Abfahrt des Busses in Weilerswist zum Verlust weiterer Anschlüsse führen würde (u.a. Verlust des Anschlusses in Richtung Köln auf der sich anschließenden Rückfahrt des Busses von Heimerzheim nach Weilerswist).

#### Modifikation des Leistungsangebotes:

Aktuell prüft die RVK in Abstimmung mit den beiden Aufgabenträgern zudem die Möglichkeit, die Übergangszeit in Weilerswist in Richtung Heimerzheim (wie im Bürgerantrag angeregt) von derzeit 5 auf zukünftig 7 Minuten zu vergrößern, um den Anschluss von der RB24 zur Linie 986 zu optimieren (unter Beibehaltung der Übergangszeit von 8 Minuten in Richtung Köln).

#### in Richtung Köln

Heimerzheim Heckenweg	x.42 (986)
Heimerzheim Fronhof an	x.46
Heimerzheim Fronhof ab	x.47
Weilerswist Bahnhof	x.03
Weilerswist Bahnhof	x.11 (RE22)
Köln HBF	x.39
aus Richtung Köln	
Köln HBF	x.46 (RB24)
Weilerswist Bahnhof	x.15
Weilerswist Bahnhof	x.22 (986)
Heimerzheim Fronhof an	x.39
Heimerzheim Fronhof ab	x.40
Heimerzheim Heckenweg	x.42

#### ÖPNV Angebot an Sonn- und Feiertagen:

Ergänzend noch der Hinweis, dass auf der Relation Heimerzheim - Weilerswist auch an Sonn- und Feiertagen ein ÖPNV Angebot besteht. Dieses wird an Sonn- und Feiertagen über ein Taxibusangebot gewährleistet, das gemäß den Standards des NVP des Kreises Euskirchen als TaxiBusPlus alle 120 Minuten bei entsprechender Vorbestellung verkehrt.“



**Schmitz, Karin**

**EINGANG**

**Von:** Kalkbrenner, Petra  
**Gesendet:** Montag, 6. Mai 2024 11:54  
**An:** Schmitz, Karin  
**Betreff:** WG: Anfrage für PIVA am 13.06.2024  
**Anlagen:** 240506 - SPD-Anfrage - Buslinie 986 Heimerzheim-Weilerswist.pdf

06. Mai 2024  
W. P.  
Gemeinde Swisttal

**Von:** tobias.leuning@t-online.de  
**Gesendet:** Montag, 6. Mai 2024 11:53:02 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien  
**An:** Kalkbrenner, Petra; Klein, Gertrud  
**Cc:** Kreuer, Bernd; Euler, Joachim  
**Betreff:** Anfrage für PIVA am 13.06.2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Frau Klein,

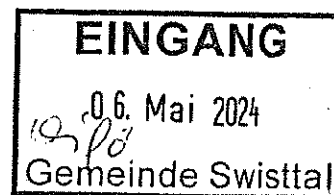
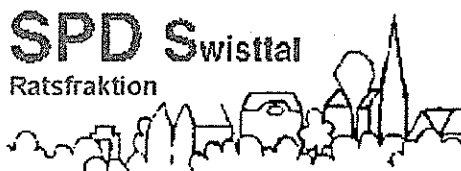
anbei eine Anfrage für den PIVA am 13.06.2024.

Mit freundlichen Grüßen  
Tobias Leuning

---  
Tobias Leuning  
Ratsmitglied und Vorsitzender SPD Swisttal  
Am Fronhof 11  
53913 Swisttal  
tobias.leuning@t-online.de  
0163-5865888



✓ BgDin  
BaB



Swisttal, 06.05.2024

Frau  
Bürgermeisterin Petra Kalkbrenner o.V.i.A.  
Rathaus  
53913 Swisttal

**Anfrage gemäß § 17 Geschäftsordnung**

zur nächsten Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 13. Juni 2024

**Buslinie 986 Heimerzheim - Weilerswist**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

am 22.03.2022 behandelte der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss einen Bürgerantrag nach §24 GO NRW zur Busverbindung zwischen Heimerzheim und dem Bahnhof Weilerswist. Darin wurde beschrieben, dass die planmäßige Anschlusszeit von 5 Minuten zwischen Ankunft der Bahn aus Köln und der Abfahrt der Linie 986 nach Heimerzheim nicht ausreicht und der Bus auch bei leichten Verspätungen der Bahn nicht wartet, sodass Fahrgäste nicht selten den Bus nicht bekommen und dann eine Stunde warten müssten.

Der Ausschuss beschloss, die vom RVK in Aussicht gestellte Einrichtung einer technischen Anschlusssicherung sowie die Modifikation der Anschlusszeit von 5 auf 7 Minuten nachdrücklich einzufordern. Der Fahrplan wurde bisher nicht angepasst und es gibt weiterhin Beschwerden, dass der Anschluss häufig nicht passt.

Dazu bitte ich, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurde die vom RVK in Aussicht gestellte technische Anschlusssicherung eingerichtet?  
Wenn nein, warum nicht?
2. Warum wurde die in Aussicht gestellte Fahrplananpassung bisher nicht umgesetzt?
3. Wann wurde der RVK und dem Rhein-Sieg-Kreis als Aufgabenträger des Öffentlichen Nahverkehrs der o.g. Beschluss des HFBA übermittelt und wie sahen die Reaktionen darauf aus?

Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Leuning



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0835

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss

### Termin

13.06.2024

### Entscheidung

Entscheidung

### Öffentl.

Ö

### Tagesordnungspunkt:



Bauvoranfrage zur Errichtung einer Einfriedung als sonstiges Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB auf dem Grundstück Gemarkung Miel, Flur 13, Flurstück 344, Küpperweg

### Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss ist mit der Errichtung eines Sichtschutzes auf dem Grundstück Gemarkung Miel, Flur 13, Flurstück 344, Küpperweg als sonstiges Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB nicht einverstanden. Die Errichtung einer Zaunanlage im Außenbereich widerspricht den öffentlich-rechtlichen Vorschriften gemäß § 35 Abs. 2 BauGB, da sie den Darstellungen des Flächennutzungsplanes widerspricht (vgl. § 35 Abs. 3 Nr. 1 BauGB)

Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB wird nicht erteilt.

Der Planungs- und Verkehrsausschuss spricht sich jedoch für eine Duldung zur Erhöhung der Einfriedung bestehend aus einer Metallstabgitterkonstruktion aus.

### Sachverhalt:

Der Antragssteller reichte mit Datum vom 05.05.2024 bei der Gemeinde Swisttal eine Bauvoranfrage zur Errichtung eines Sichtschutzes auf dem Grundstück Gemarkung Miel, Flur 13, Flurstück 344, Küpperweg ein. Es ist geplant, im Nordwesten des Grundstückes auf die bereits bestehende Mauer mit einer Höhe von 1,60 m einen Sichtschutz in einer Höhe von ca. 60 bis maximal 80 cm über eine Länge zwischen 10 und 11 m bestehend aus einer Metallstabgitterkonstruktion zu errichten, sodass insgesamt eine Höhe, gemessen von der Geländeoberfläche des Grundstückes von ca. 2,20 bis 2,40 m entsteht. Grund für diese Planung ist die Erhöhung des Einbruchs- sowie Sichtschutzes, da der an die Mauer angrenzende Wirtschaftsweg aufgrund der Starkregenereignisse im





Rahmen der Verlegung des Bächelchens um insgesamt bis zu 1,00 m aufgeschüttet wurde. Dadurch wurde die Höhe der Mauer von außen auf ca. 60 cm reduziert.

Das Grundstück befindet sich mit seinem vorderen Bereich im Geltungsbereich der Abrundungssatzung der Gemeinde Swisttal für den Ortsteil Miel. Der rückwärtige Bereich liegt im Außenbereich nach § 35 BauGB (siehe Anlage C).

Die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens richtet sich nach § 35 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB). Das zu beurteilende Vorhaben ist planungsrechtlich nicht dem Innenbereich, sondern dem Außenbereich zuzuordnen. Der Außenbereich soll grundsätzlich von Bebauung freigehalten werden.

Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB ist das Gebiet, dass außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes im Sinne von § 30 Abs. 1 BauGB und außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liegt. Das Grundstück befindet sich nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes. Im Flächennutzungsplan ist der rückwärtige Bereich des Grundstückes als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt (siehe Anlage B).

Sonstige Vorhaben sind im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB nur zulässig, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und ihre Erschließung gesichert ist. Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt gemäß § 35 Abs. 3 BauGB insbesondere vor, wenn sie den Darstellungen des Flächennutzungsplanes widersprechen (vgl. § 35 Abs. 3 Nr. 1 BauGB).

Die Mauer besteht aus den Darlegungen des Antragsstellers seit mindestens 35 Jahren.

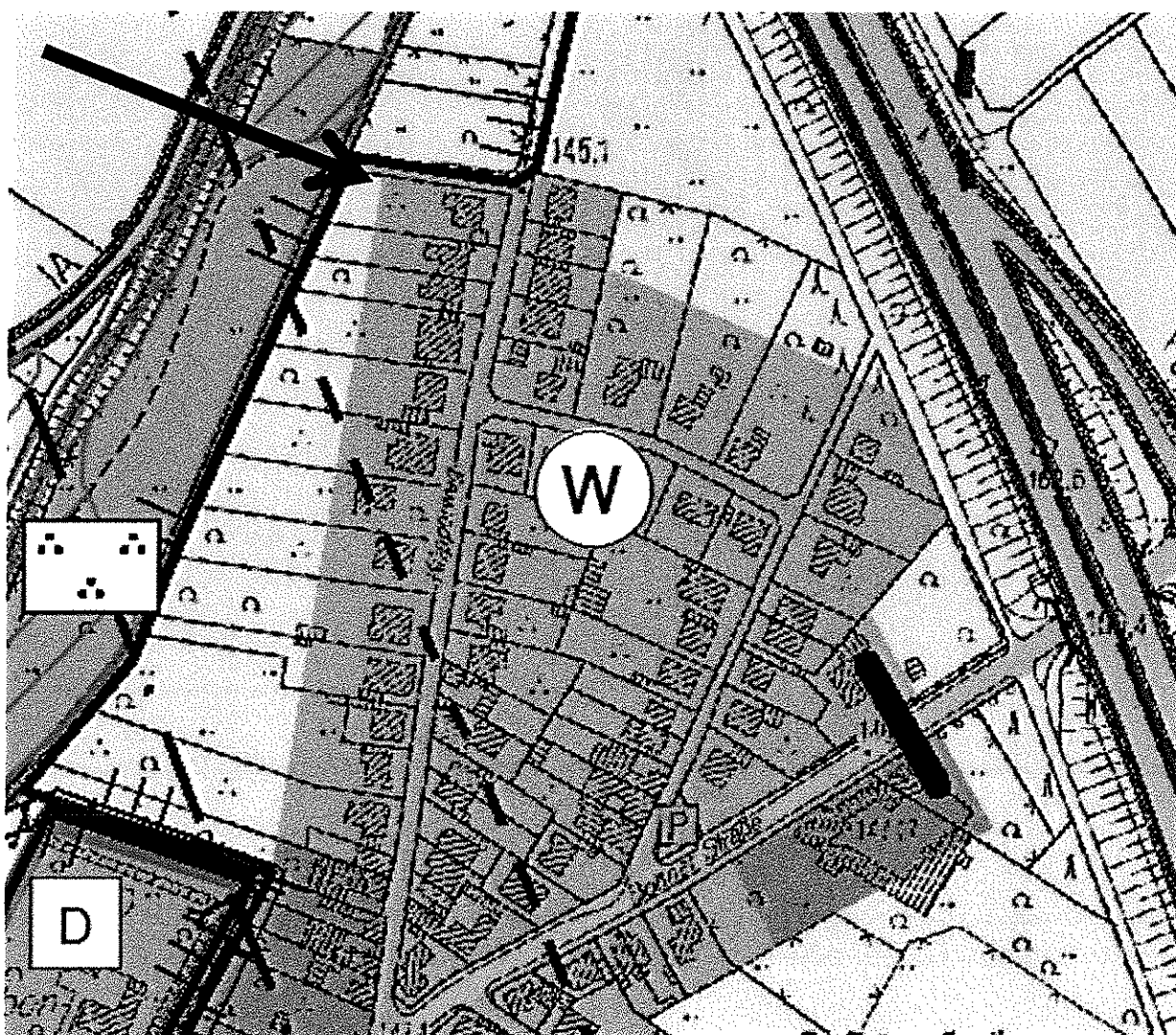
Die Einfriedungsart (Metallstabgitterkonstruktion) stellt im Gegensatz zur Mauer keine massive Bauweise dar, die optisch stark in Erscheinung tritt, insbesondere im Hinblick auf die Lage sowie die geringe Länge (umgeben von Hecken). Der Antragsteller beabsichtigt nur eine Erhöhung des Sichtschutzes und die der Einbruchssicherheit.

Aufgrund des Vorliegen eines Einzelfalls (Eckgrundstück sowie einziges an dem von der Erhöhung betroffenen gelegenen Wirtschaftsweges) sind Nutzungen, die gleichartige Vorhaben nach sich ziehen hier nicht zu befürchten.

Der Planungs- und Verkehrsausschuss sollte über das Vorhaben beraten und gemäß Beschlussvorschlag entscheiden.

## Anlage B









Auszug aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Swisttal












## Planzeichenerklärung

### Darstellungen (§ 5 Abs. 2 BauGB)






#### Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)

-  Wohnbauflächen
-  Gemischte Bauflächen
-  Gewerbliche Bauflächen
-  Sonderbauflächen mit den Zweckbestimmungen:
  -  Einzelhandel 1: Nahversorgung - vorw. Lebensmittel; VKmax = 950 m²
  -  Einzelhandel 2: Drogeriefachmarkt; VKmax = 700 m²
  -  Einzelhandel 3: Großfl. Einzelhandel - Nahversorgungszentrum; VKmax = 2.770 m²
  -  Bundespolizei


#### Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2a und § 5 Abs. 2 Nr. 2d BauGB)







-  Flächen für den Gemeinbedarf mit den Zweckbestimmungen:
  -  Öffentliche Verwaltungen
  -  Schule
  -  Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
  -  Kirche
  -  Kultur
  -  Sportanlage
  -  Feuerwehr
-  Zentrale Versorgungsbereiche

#### Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)

-  Autobahnen und autobahnähnliche Straßen
-  Überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen
-  Ruhender Verkehr
-  Bahnanlagen
-  Ortsdurchfahrt


**Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung, für Ablagerungen sowie für Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB)**








 Versorgungsanlagen mit den Zweckbestimmungen:

-  Wasser
-  Abwasser, Kläranlage
-  Abwasser, Pumpwerk
-  Abwasser, Regenüberlaufbecken
-  Abfall
-  Gas

**Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB)**

Siedlungsstrukturelle Grünflächen oder solche mit Pufferfunktion zwischen Wohn- und Gewerbegebieten oder entlang von Hauptverkehrsachsen werden als Grünflächen ohne Zweckbestimmung dargestellt.

 Grünflächen mit den Zweckbestimmungen:

-  Friedhof
-  Spielplatz
-  Sportplatz
-  Parkanlage
-  Dauerkleingärten
-  Golfplatz
-  Modellflugplatz

**Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)**

 Wasserflächen

 Fließgewässer

#### **Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB)**



Flächen für die Landwirtschaft



Flächen für Wald

#### **Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB)**



Vernetzungskorridore mit Nummern (1 - 8) (ökologische Erfordernisse siehe Begründung)

#### **Kennzeichnungen (§ 5 Abs. 3 BauGB)**



Bewegungsaktive tektonische Störung "Swist-Sprung"



Altlasten / Altlastverdachts- und Hinweisflächen (gem. dem Altlasten- und Hinweisflächenkataster des Rhein-Sieg-Kreises)

#### **Nachrichtliche Übernahmen (§ 5 Abs. 4 BauGB)**

##### **Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**



Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Rekultivierung)

##### **Schutzgebiete und Schutzobjekte im Sinne des Naturschutzrechts**



Naturschutzgebiete



Landschaftsschutzgebiete









Gebiete von Gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) und Europäische Vogelschutzgebiete



## Fortsetzung Nachrichtliche Übernahmen (§ 5 Abs. 4 BauGB)



### Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

-  Hauptgasleitung unterirdisch (Schutzstreifen 8 m)
-  Elektrizitätsleitung oberirdisch (10 kV, 110/220 kV)
-  Elektrizitätsleitung unterirdisch (10 kV, 11 kV, 20 kV)
-  RMR Ölpipeline unterirdisch (Schutzstreifen 10 m)
-  Wasserfern- und Hauptversorgungsleitungen unterirdisch
-  Hauptabwasserleitungen unterirdisch

### Richtfunkstrecken

- Richtfunkstrecke mit Schutzstreifen

### Denkmalschutz


-  Bau- und Bodendenkmal
-  Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen

## Nachrichtliche Übernahmen (§ 5 Abs. 4a Satz 1 BauGB)

### Umgrenzung von Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen

-  Überschwemmungsgebiete im Sinne des § 76 Abs. 2 WHG

### Vermerke (§ 5 Abs. 4 Satz 2 BauGB)

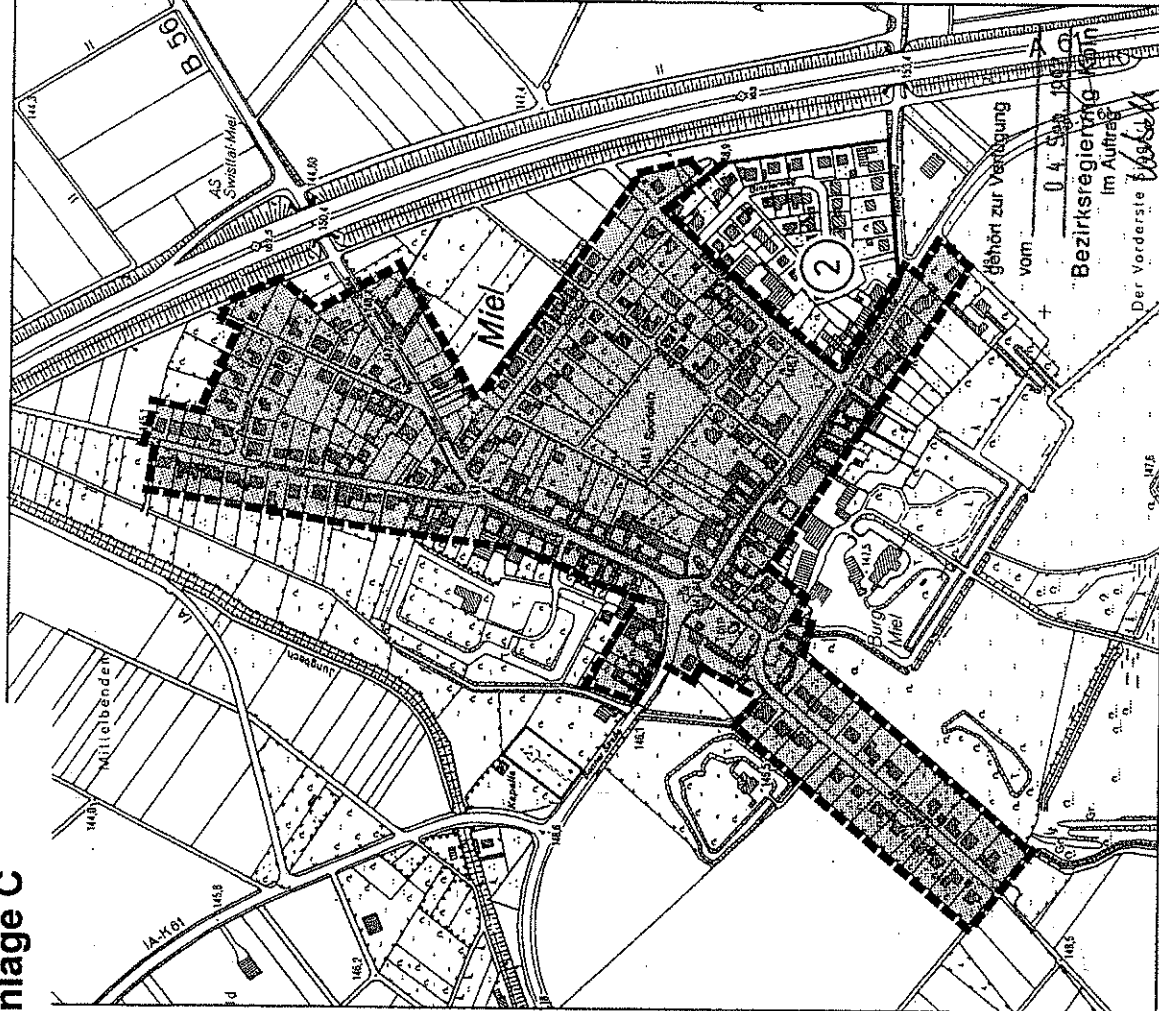
- geplante Ortsumgehung Miel (B 56n) mit Anschlussstelle A 61
-  Geplante Schutzgebiete für Grund- und Quellwassergewinnung mit Schutzzonen I, III A und III B

### Vermerke (§ 5 Abs. 4a Satz 2 BauGB)

-  Vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete (Eulenbach)

### Sonstige Planzeichen

- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des FNPs



Bearbeitung  
Büro für Städtebau  
Spengelin-Geftach-Kisler und Partner  
Meckenheim, den 12.09.16

Legende:  
--- Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils gemäß § 34 (4) BauGB  
— Bebauungsplangrenze  
○ Nummer der Bebauungspläne

Maßstab 1 : 5.000

Gemeinde Swisttal

Satzung nach § 34 (4) BauGB über die Abgrenzung und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils

— Miel —

Aufgrund des § 34 (4) und (5) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 2 Magnetschwebenplanungs-G vom 23.11.1994 (BGBl. I S. 3486) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.7.1994 (GV NW S. 666) beschließt der Rat der Gemeinde Swisttal in der Sitzung vom folgende Satzung:

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

(1) Der im Zusammenhang bebaute Ortsteil (§ 34 BauGB) umfaßt das Gebiet, das innerhalb der in der beigefügten Karte eingezeichneten gestrichelten Linie liegt.  
(2) Die beigefügte Karte ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt nach Abschluß des Anzeigeverfahrens durch die höhere Verwaltungsbehörde mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde Swisttal in Kraft.  
(2) Die Satzung kann während der Dienststunden bei der Gemeindeverwaltung Swisttal eingesehen werden und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden.

Swisttal, den 16.02.1999

Bürgermeister

in Vertretung  
Gemeindefraktionsleiter  
(Massmann)  
Techn. Beigeordneter

Verfahrensvermerke

(1) Die betroffenen Bürger sind durch das Amtsblatt der Gemeinde Swisttal zu einem Anhörungstermin am 21.02.97 eingeladen worden. Die berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 12.02.97 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Swisttal, den 24.06.97

Bürgermeister

in Vertretung  
Gemeindefraktionsleiter  
(Massmann)  
Techn. Beigeordneter

(2) Der Planungs- und Verkehrsausschuß hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 16.07.97 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Swisttal, den 24.06.97

Bürgermeister

in Vertretung  
Gemeindefraktionsleiter  
(Massmann)  
Techn. Beigeordneter

(3) Die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils wurden vom Rat der Gemeinde Swisttal am 22.07.97 als Satzung nach § 34 (4) beschlossen.

Swisttal, den 24.06.97

Bürgermeister

(4) Diese Satzung wurde am 01.02.1999 bei der höheren Verwaltungsbehörde veröffentlicht.

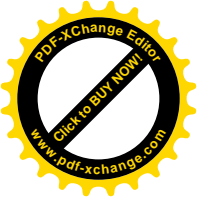
Swisttal, den 16.02.1999

in Vertretung  
Gemeindefraktionsleiter  
Techn. Beigeordneter

(5) Diese Satzung ist nach Abschluß des Anzeigeverfahrens am 01.12.1997 durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde Swisttal bekanntgemacht worden.

Swisttal, den 16.02.1999

in Vertretung  
Gemeindefraktionsleiter  
(Massmann)  
Techn. Beigeordneter



ANLAGE D

Wolff, Anna

---

Von:  
Gesendet:  
An:  
Betreff:  
Anlagen:

Bezug: Unser Telefonat vom 28.05.2024

Sehr geehrter Herr Braun,

bezugnehmend auf unser Telefonat übersende ich Ihnen - wie erbeten - einige weitere Dateien mit Angaben und Fotos zu v.g. Betreff.

Angehängte Dateien sind:

- Auszug aus Katasterkarte,
- Luftbild des Grundstücks aus "Google Maps" (Grundstücksgrenzen rot markiert),  
(damit werde ich dann kein weiteres Luftbild übermitteln)
- Foto der Mauer (aufgenommen innerhalb des Grundstücks),
- 4 Seitenauszüge aus dem 1988 in Auftrag gegebenen Wertgutachten der Voreigentümerin (Fr. Detemple)

Die Rücksprache mit unserem Nachbarn, der engen Kontakt mit den Voreigentümern hatte, hat ergeben, dass die Einfriedung des Grundstückes unmittelbar nach Fertigstellung des Hauses in 1989 erfolgt ist.

Die Kalksandsteinmauer war also von Beginn an Teil der Einfriedung des Grundstücks, d.h. die Kalksandsteinmauer besteht - von der Gemeinde unbeanstandet - seit ca. **35 Jahren**.  
Es haben keine baulichen Veränderungen stattgefunden.

Ich hoffe, Ihnen für die weitere Bearbeitung behilflich gewesen zu sein.



# Anlage E

Gemeinde Swisttal  
Rathausstraße 115

**53913 SWISTTAL**

Betrifft: Mitteilung einer Einfriedungsmaßnahme  
hier: Teilerhöhung der vorhandenen Grenzeinfriedung unseres Grundstückes im  
Bereich des angewallten Wirtschaftsweges  
Bezug: Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018)

Sehr geehrte Damen und Herren,

einhergehend mit der Baumaßnahme zur Verlegung des Bächelchens wurde der nördlich an unser Grundstück angrenzende Wirtschaftsweg im Bereich der ehemaligen Brücke über das Bächelchen um ca. 1,0 m ansteigend aufgeschüttet.

Dadurch wurde die vormals mit der vorhandenen Kalksandsteinmauer gegebene Sicht- und Einbruchschutzhöhe von 1,60 m Einfriedungshöhe auf eine lediglich verbleibende Einfriedungshöhe von nur noch 60 cm reduziert.

Da sich in der Vergangenheit bei unserem Haus Einbruchversuche ereignet haben, beabsichtigen wir nach dem gesetzesmäßig zulässigen Recht auf Errichtung einer Einfriedung in geeigneter Art und Weise bis zur maximal nach Bauordnungsrecht NRW genehmigungsfreien Höhe von 2,0 m auszuüben.

Bezugnehmend auf das Nachbarschaftsrecht NRW zeigen wir der Gemeinde daher als unserem mit dem Wirtschaftsweg nördlich gelegenen Nachbarn unsere Planungsabsicht zur Wiederherstellung einer geeigneten Einfriedungshöhe mit Übersteigungsschutz in diesem Grenzbereich unseres Grundstückes an.

Wir beabsichtigen die vorhandene Kalksandsteinmauer mindestens um ca. 40 cm bis zu der maximalen genehmigungsfreien Einfriedungshöhe von 2,0 m über Fundament zu erhöhen.

Um den durch die Wegaufschüttung für uns verlorenen Meter zurückzugewinnen und um einen wirklich wirksamen Sicht- und Einbruchschutz wieder erlangen zu können, würden wir die vorhandenen Kalksandsteinmauer jedoch gerne noch höher, mindestens um 60 bis 80 cm erhöhen. Damit würde die Einfriedungshöhe im Bereich der Kalksandsteinmauer 2,20 bis 2,40 m betragen. Die an die Kalksandsteinmauer angrenzende Tuja-Hecke ist höher, (sh. Foto).



Die Erhöhung der Einfriedung über die genehmigungsfreie Höhe von 2,0 m ist genehmigungspflichtig. Die Genehmigung für eine Erhöhung um 60 , besser 80 cm wird hiermit beantragt.

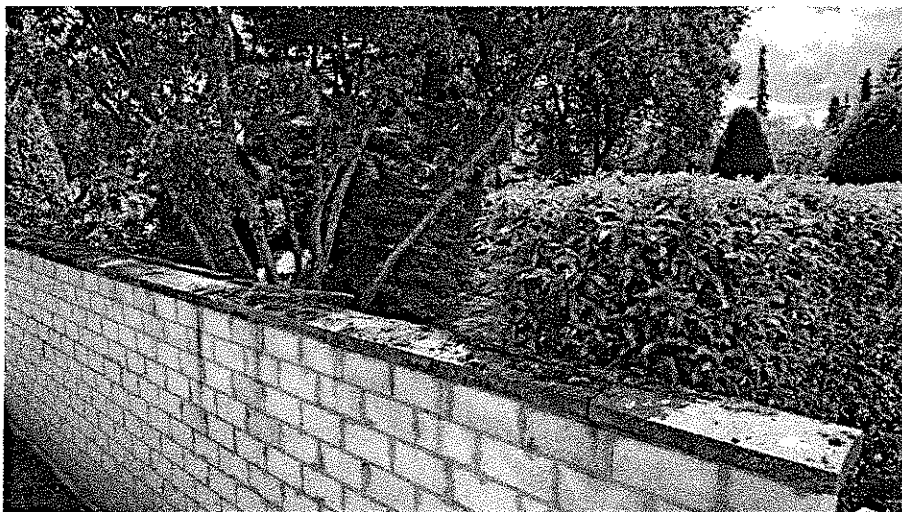
Die Erhöhung der Kalksandsteinmauer könnte anstelle des Aufmauerns auch durch Anbringen eines Doppelstabmattenzauns erfolgen. Dieser könnte auf bzw. von innen an der vorhandenen Mauer bis zur Abschlusshöhe der im Westen angrenzenden Kirschlorbeerhecke angebracht werden. Zur abschließenden Bewertung der Realisierbarkeit fehlt uns noch die fachliche Bewertung des Gartenzaunbauers.

Ich bitte um Genehmigung der Erhöhung wie beantragt um maximal 80 cm.

Mit freundlichen Grüßen

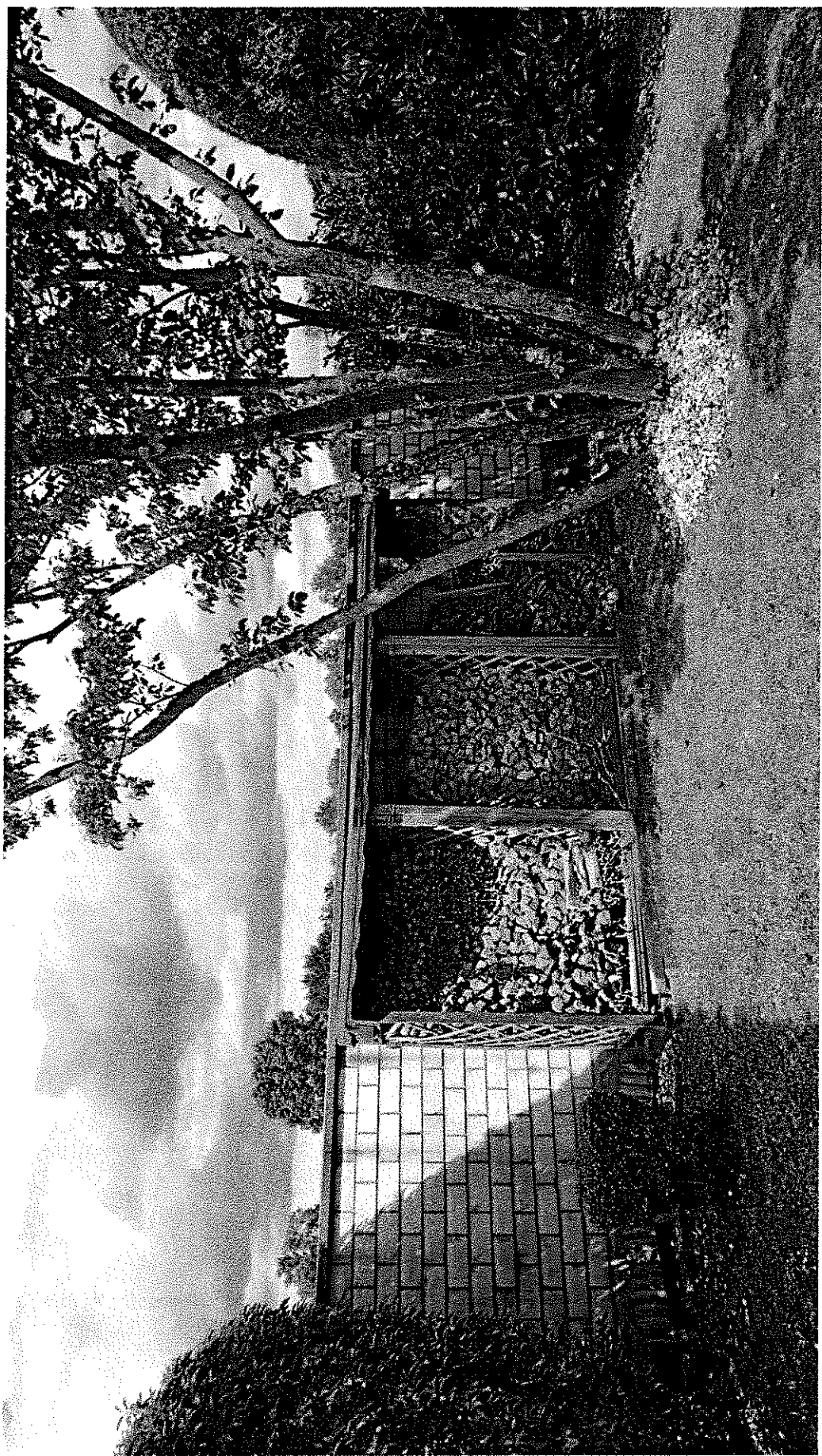


Anhang: - 2 Fotos











Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

## BESCHLUSSVORLAGE

VI/2020/0831

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss

### Termin

13.06.2024

### Entscheidung

Entscheidung

### Öffentl.

Ö

### Tagesordnungspunkt:



Bauvoranfrage zur Errichtung einer Garage als sonstiges Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB auf dem Grundstück Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstück 60, Dom-Escher-Straße

### Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss ist mit der Errichtung einer Garage auf dem Grundstück Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstück 60 als sonstiges Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB einverstanden.

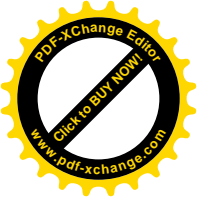
Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB wird unter der Bedingung erteilt, dass eine Firsthöhe von 2,50 m nicht überschritten und die zusätzlich entstehende Versiegelung versickerungsfähig angelegt wird.

### Sachverhalt:

Der Antragssteller beabsichtigt mittels Bauvoranfrage die Frage nach der planungsrechtlichen Zulässigkeit zur Errichtung einer Garage mit Satteldach auf dem Grundstück Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstück 60, Dom-Escher-Str. zu klären. Der Standort der Garage mit den Maßen von ca. 9,00 x 7,80 m und ihren Zuwegungen ist rückwärtig auf dem Grundstück grenzständig zum Flurstück 64 geplant. Ein Teil der Zuwegung ist bereits vorhanden. Die zusätzlich entstehende Versiegelung mit einer Fläche von ca. 75-80 m<sup>2</sup> soll versickerungsfähig aus Öko- oder Drainpflaster bestehen. Die Lage sowie die Begründung zum Standort sind den Anlagen A bis D zu entnehmen.

### Planungsrechtliche Beurteilung:

Die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens richtet sich nach § 35 BauGB. Das



Grundstück ist planungsrechtlich nicht dem Innenbereich, sondern dem Außenbereich zuzuordnen. Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB ist das Gebiet, dass außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes im Sinne von § 30 Abs. 1 BauGB und außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liegt. Das Grundstück befindet sich nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes. Im Flächennutzungsplan ist das Grundstück als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Das Vorhaben ist mangels Privilegierung als sonstiges Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen. Sonstige Vorhaben sind im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB nur zulässig, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und ihre Erschließung gesichert ist. Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt gemäß § 35 Abs. 3 BauGB insbesondere vor, wenn das Vorhaben den Darstellungen des Flächennutzungsplanes widerspricht (hier: Fläche für die Landwirtschaft).

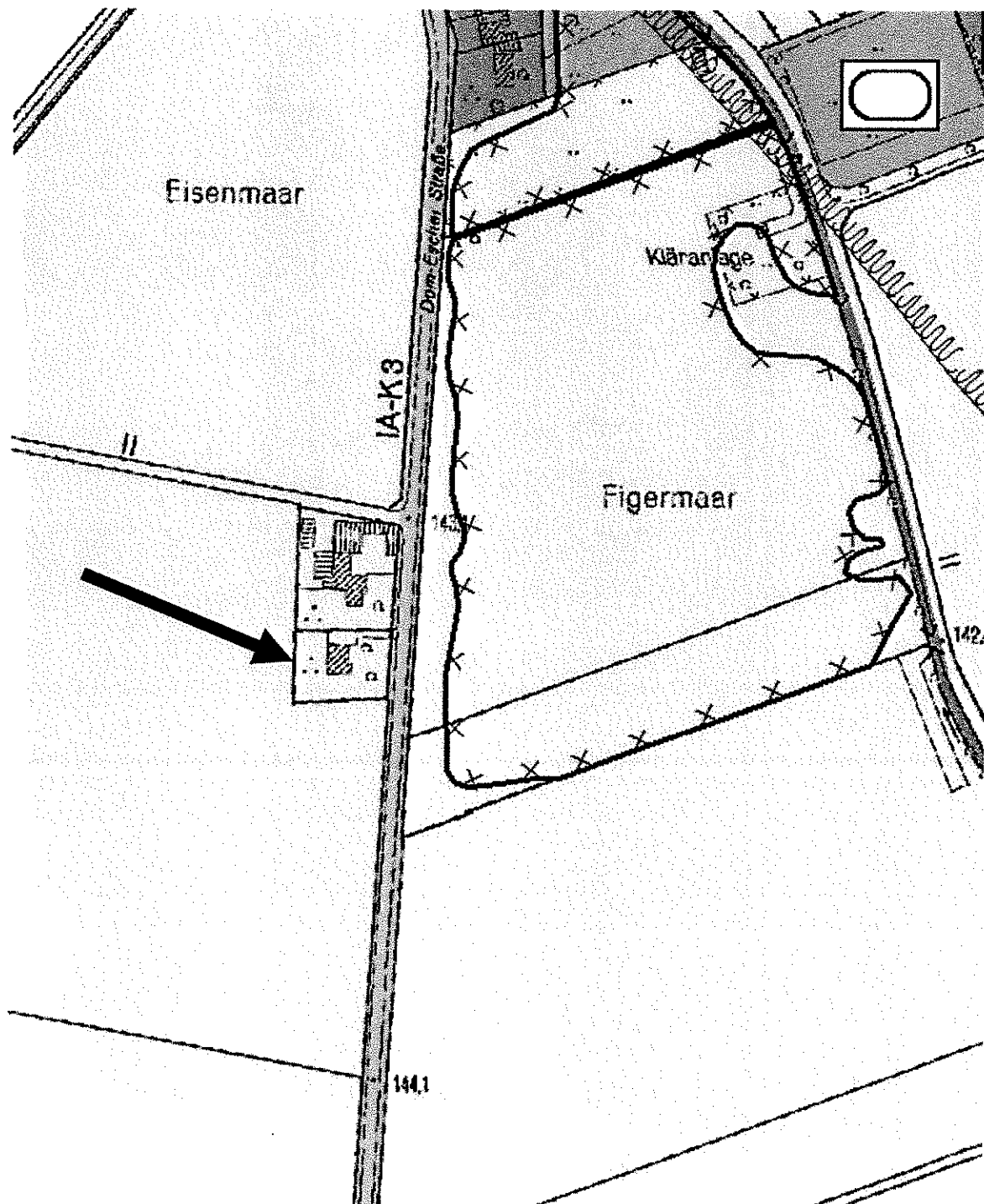
Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange kann im Einzelfall verneint werden. Aufgrund der Lage fügt sich die Garage in die Umgebung ein, hier wird insbesondere auf die Tiefe der Nachbarbebauung verwiesen. Ergänzend ist zu erwähnen, dass auf dem Grundstück keine weiteren Nebenanlagen vorhanden sind. Die zusätzlich entstehende Versiegelung wird versickerungsfähig angelegt. Das Vorhaben ist im Hinblick auf eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange noch vertretbar.

Der Planungs- und Verkehrsausschuss sollte über das Vorhaben beraten und gemäß Beschlussvorschlag entscheiden.



# Anlage B









Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Swisttal












## Planzeichenerklärung

### Darstellungen (§ 5 Abs. 2 BauGB)






#### Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)

-  Wohnbauflächen
-  Gemischte Bauflächen
-  Gewerbliche Bauflächen
-  Sonderbauflächen mit den Zweckbestimmungen:
  -  Einzelhandel 1: Nahversorgung - vorw. Lebensmittel; VKmax = 950 m<sup>2</sup>
  -  Einzelhandel 2: Drogeriefachmarkt; VKmax = 700 m<sup>2</sup>
  -  Einzelhandel 3: Großfl. Einzelhandel - Nahversorgungszentrum; VKmax = 2.770 m<sup>2</sup>
  -  Bundespolizei


#### Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2a und § 5 Abs. 2 Nr. 2d BauGB)







-  Flächen für den Gemeinbedarf mit den Zweckbestimmungen:
  -  Öffentliche Verwaltungen
  -  Schule
  -  Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
  -  Kirche
  -  Kultur
  -  Sportanlage
  -  Feuerwehr
-  Zentrale Versorgungsbereiche

#### Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)

-  Autobahnen und autobahnähnliche Straßen
-  Überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen
-  Ruhender Verkehr
-  Bahnanlagen
-  Ortsdurchfahrt


**Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung, für Ablagerungen sowie für Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB)**








 Versorgungsanlagen mit den Zweckbestimmungen:

-  Wasser
-  Abwasser, Kläranlage
-  Abwasser, Pumpwerk
-  Abwasser, Regenüberlaufbecken
-  Abfall
-  Gas



**Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB)**

Siedlungsstrukturelle Grünflächen oder solche mit Pufferfunktion zwischen Wohn- und Gewerbegebieten oder entlang von Hauptverkehrsachsen werden als Grünflächen ohne Zweckbestimmung dargestellt.

 Grünflächen mit den Zweckbestimmungen:

-  Friedhof
-  Spielplatz
-  Sportplatz
-  Parkanlage
-  Dauerkleingärten
-  Golfplatz
-  Modellflugplatz

**Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)**

-  Wasserflächen
-  Fließgewässer

#### **Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB)**



Flächen für die Landwirtschaft



Flächen für Wald

#### **Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB)**



Vernetzungskorridore mit Nummern (1 - 8) (ökologische Erfordernisse siehe Begründung)

#### **Kennzeichnungen (§ 5 Abs. 3 BauGB)**



Bewegungsaktive tektonische Störung "Swist-Sprung"



Altlasten / Altlastverdachts- und Hinweisflächen (gem. dem Altlasten- und Hinweisflächenkataster des Rhein-Sieg-Kreises)

#### **Nachrichtliche Übernahmen (§ 5 Abs. 4 BauGB)**

##### **Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**



Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Rekultivierung)

#### **Schutzgebiete und Schutzobjekte im Sinne des Naturschutzrechts**



Naturschutzgebiete









Landschaftsschutzgebiete



Gebiete von Gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) und Europäische Vogelschutzgebiete

## Fortsetzung Nachrichtliche Übernahmen (§ 5 Abs. 4 BauGB)



### Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

-  Hauptgasleitung unterirdisch (Schutzstreifen 8 m)
-  Elektrizitätsleitung oberirdisch (10 kV, 110/220 kV)
-  Elektrizitätsleitung unterirdisch (10 kV, 11 kV, 20 kV)
-  RMR Ölpipeline unterirdisch (Schutzstreifen 10 m)
-  Wasserfern- und Hauptversorgungsleitungen unterirdisch
-  Hauptabwasserleitungen unterirdisch

### Richtfunkstrecken

-  Richtfunkstrecke mit Schutzstreifen

### Denkmalschutz



-  Bau- und Bodendenkmal
-  Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen

## Nachrichtliche Übernahmen (§ 5 Abs. 4a Satz 1 BauGB)

### Umgrenzung von Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen

-  Überschwemmungsgebiete im Sinne des § 76 Abs. 2 WHG

## Vermerke (§ 5 Abs. 4 Satz 2 BauGB)

-  geplante Ortsumgehung Miel (B 56n) mit Anschlussstelle A 61
-  Geplante Schutzgebiete für Grund- und Quellwassergewinnung mit Schutzzonen I, III A und III B

## Vermerke (§ 5 Abs. 4a Satz 2 BauGB)

-  Vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete (Eulenbach)

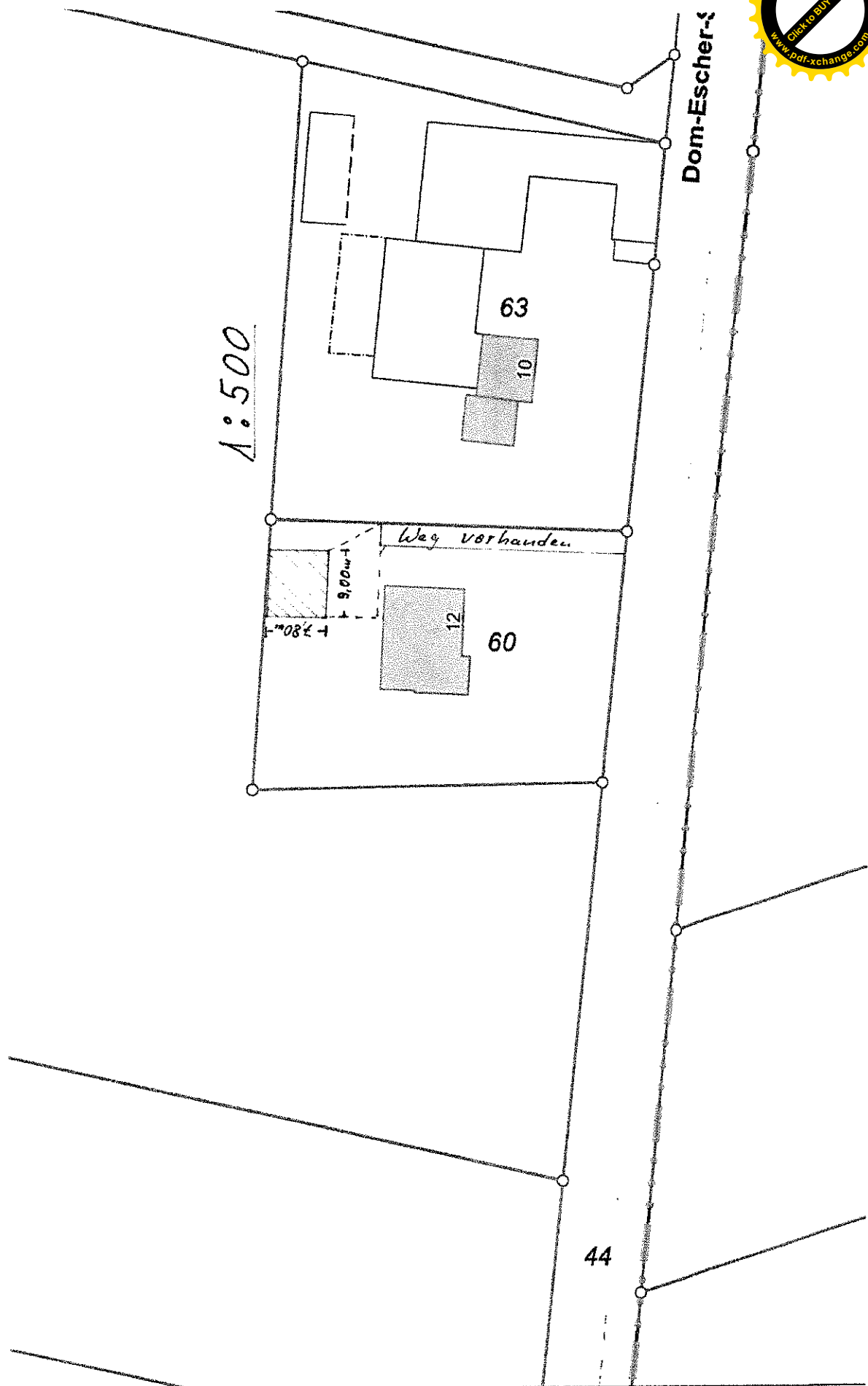
### Sonstige Planzeichen

-  Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
-  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des FNPs



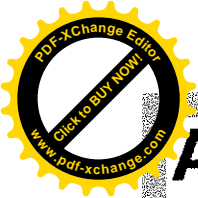


# Anlage C

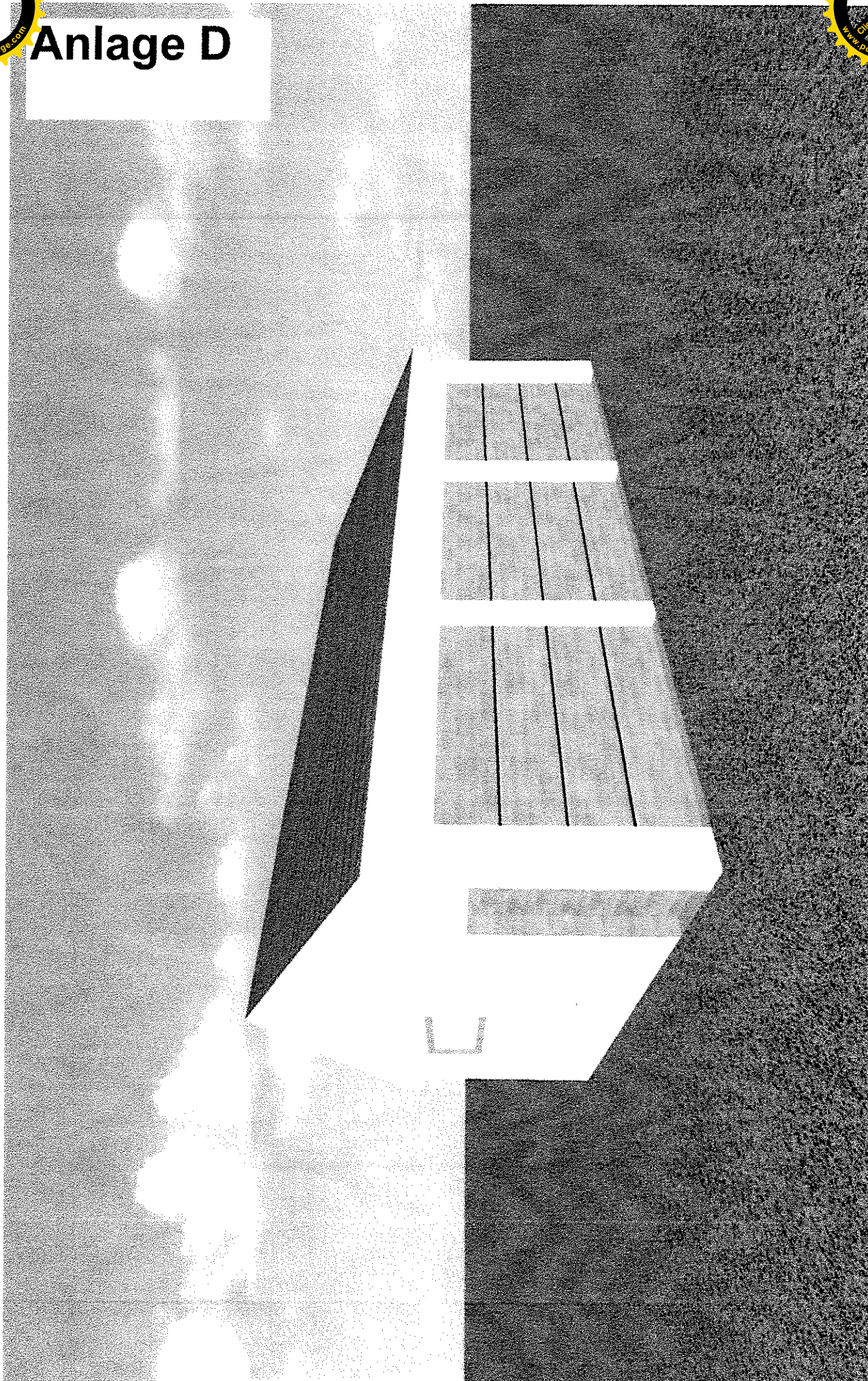


**Rhein-Sieg-Kreis**  
**Katasteramt**  
Kaiser-Wilhelm-Platz 1





# Anlage D







# Anlage E

**Wolff, Anna**

---

**Von:**

**Gesendet:**

**An:**

**Betreff:**

**Anlagen:**

Sehr geehrte Frau Wolff,

zu der Bauvoranfrage des im Betreffs angegebenen Aktenzeichen möchte ich, auf Ihre Rückfrage hin, folgende Begründung abgeben.

Bau der Garage wie der Bauvoranfrage beigelegten Lageplan eingezeichnet an der Grundstücksgrenze im hinteren Bereich des Grundstücks

Begründung:

- optische Anpassung und Eingliederung an die bereits im Nachbargrundstück (Flurstück 63) bestehenden Nebengebäude
- Nutzung der vorhandenen Zuwegung. Eine Erweiterung ist lediglich nur direkt vor der zu errichtenden Garage erforderlich. (siehe beigelegten Lageplan mit eingezeichnetem Weg)
- Weiterhin wurde das Wohngebäude seinerzeit nicht für die Angliederung einer Garage geplant. (störende Fenster etc.)
- Gesamteindruck des Grundstücks und des vorhandenen Wohngebäudes wird nicht maßgeblich verändert.
- eingeschränkte Einsicht von der Straße aus (Gesamteindruck)
- derzeit ist keine nutzbare Garage vorhanden.
- Die vorhandene Garage befindet sich im Kellergeschoss und ist bei zunehmenden Starkregenereignissen durch Überflutung gefährdet (letztes Ereignis 2021). Zudem ist die Zufahrt zur Garage mit modernen Fahrzeugen nicht möglich. Moderne Fahrzeuge haben längere Fahrzeugüberstände und tiefere Front und Heckschürzen. Durch die schräge Einfahrt ist der Winkel bei Einfahrt zu spitz und das Fahrzeug setzt auf
- keine weiteren Nebengebäude für Gartengeräte etc. vorhanden

Die geplante Fläche zur Erweiterung der Zuwegung wird ca. 75-80 qm groß sein. Zur möglichen Flächenentsiegelung wäre hier ein Ökopflaster oder Drainpflaster denkbar.

Anlagen:

- Lageplan mit Zuwegung und Erweiterung dieser
- Entwurfsansicht nicht Maßstabgetreu

Mit freundlichen Grüßen



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

---

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0819

---

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss

### Termin

13.06.2024

### Entscheidung

Entscheidung

### Öffentl.

Ö

---

### Tagesordnungspunkt:



Bauantrag zur Errichtung einer Zaunanlage als sonstiges Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB auf dem Grundstück Gemarkung Odendorf, Flur 15, Flurstück 92, Flamersheimer Straße

---

### Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss ist mit der Errichtung einer Zaunanlage auf dem Grundstück Flamersheimer Straße, Gemarkung Odendorf, Flur 15, Flurstück 92 als sonstiges Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB nicht einverstanden. Die Errichtung einer Zaunanlage im Außenbereich widerspricht den öffentlich-rechtlichen Vorschriften gemäß § 35 Abs. 2 BauGB, da sie die natürliche Eigenart der Landschaft im Sinne von § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB beeinträchtigt.

Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB wird nicht erteilt.

### Sachverhalt:

Der Bauherr stellt einen Bauantrag zur Errichtung einer Zaunanlage auf dem Grundstück Flamersheimer Straße, Gemarkung Odendorf, Flur 15, Flurstück 92. Das Vorhaben liegt größtenteils im Außenbereich. Die Beurteilung des Bauantrages bezieht sich ausschließlich auf den Teilbereich des Antrages im Außenbereich. Dieser wird entsprechend der Abrundungssatzung der Gemeinde für den Ortsteil Odendorf ab einer Grundstückstiefe von ca. 45 Metern angenommen. Auf den Lageplan zum Bauantrag sowie die Abrundungssatzung für den Ortsteil Odendorf in der Anlage wird verwiesen.

### Planungsrechtliche Beurteilung:

Die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens richtet sich nach § 35 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB). Das zu beurteilende Vorhaben ist planungsrechtlich nicht dem Innenbereich, sondern dem Außenbereich zuzuordnen. Der Außenbereich soll grundsätzlich von Bebauung freigehalten werden.



Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB ist das Gebiet, dass außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes im Sinne von § 30 Abs. 1 BauGB und außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liegt. Das Grundstück befindet sich nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes. Im Flächennutzungsplan ist das Grundstück als Wohnbaufläche dargestellt (siehe Anlage).

Beantragt wurde eine Zaunanlage mit einer Tiefe in den rückwärtigen Grundstücksbereich innerhalb des Außenbereiches von ca. 63 m (beidseitig um das Grundstück) und einer Höhe von 2,20 m.

Sonstige Vorhaben sind im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB nur zulässig, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und ihre Erschließung gesichert ist. Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt gemäß § 35 Abs. 3 BauGB insbesondere vor, wenn durch das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt wird (vgl. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB).

Durch eine Errichtung der oben genannten Einfriedung wird eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange hervorgerufen. Die im Zusammenhang mit der Wohnnutzung stehende Einfriedung beeinträchtigt die natürliche Eigenart der Landschaft im Sinne von § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB. Dieser öffentliche Belang dient dem Schutz der naturgegebenen Bodennutzung und der Erholungsfunktion des Außenbereichs vor dem Eindringen einer der freien Landschaft wesensfremden Bebauung. Der öffentliche Belang wird beeinträchtigt, wenn das Vorhaben der naturgegebenen (land- und forstwirtschaftlichen) Bodennutzung des Außenbereichs oder seiner Funktion als Erholungsraum für die Allgemeinheit widerspricht und deshalb einen Fremdkörper in der Landschaft bildet. Eine Beeinträchtigung durch ein nicht-privilegiertes Bauvorhaben im Außenbereich scheidet nur dann aus, wenn das Baugrundstück sich wegen seiner natürlichen Beschaffenheit weder für die Bodennutzung eignet noch einen Erholungswert hat oder wenn es seine Schutzwürdigkeit bereits durch andere Eingriffe eingebüßt hat. In der Nachbarschaft wurden demzufolge kürzlich mehrere Grundstückseigentümer mittels Anhörungen vom Rhein-Sieg-Kreis dazu aufgefordert sämtliche bauliche Anlagen ihrer Grundstücke im Außenbereich zurückzubauen. Anhaltspunkte dafür, dass die Umgebung in einer den Belang der Bewahrung der natürlichen Eigenart der Landschaft mindernden Weise vorbelastet ist, bestehen daher nicht.

Da bei der Frage, ob ein Vorhaben nach § 35 Abs. 2 und 3 BauGB planungsrechtlich unzulässig ist, schon der Verstoß gegen einen der in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB beispielhaft genannten öffentlichen Belange ausreicht, kommt es nicht darauf an, ob das Vorhaben auch noch z.B. im Widerspruch zu den Darstellungen des Flächennutzungsplans steht.

Nutzungen, die gleichartige Vorhaben nach sich ziehen, können im Falle einer Genehmigung des Antrages nicht vermieden werden. Es genügt nach der ständigen Rechtsprechung für die rechtmäßige Ablehnung einer Genehmigung, dass mit der Genehmigung ein Berufungsfall für weitere Bauwünsche geschaffen würde. Zwar können Genehmigungen keinen unmittelbaren Anspruch auf die Erteilung von weiteren Baugenehmigungen erzeugen, dennoch entsteht ein unerwünschter und faktischer Druck auf die Genehmigungsbehörden.





Bearbeitung  
Büro für Städtebau  
Spengelin-Gerlach-Kissler und Partner  
Meckenheim, den 12.09.96

Maßstab 1 : 5.000

# Gemeinde Swisttal

Satzung nach § 34 (4) BauGB über die Abgrenzung  
und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils

## - Odendorf -

Aufgrund des § 34 (4) und (5) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 2 Magnetische MedienplanungsG vom 23.11.1994 (BGBl. I S. 3486) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.7.1994 (GV NW S. 666) beschließt der Rat der Gemeinde Swisttal in der Sitzung vom  
folgende Satzung:

### § 1 Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Der im Zusammenhang bebaute Ortsteil (§ 34 BauGB) umfasst das Gebiet, das innerhalb der in der beigefügten Karte eingezeichneten gestrichelten Linie liegt.
- (2) Die beigefügte Karte ist Bestandteil dieser Satzung.

### § 2 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt nach Abschluss des Anzeigeverfahrens durch die höhere Verwaltungsbehörde mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde Swisttal in Kraft.
- (2) Die Satzung kann während der Dienststunden bei der Gemeindeverwaltung Swisttal eingesehen werden und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden.

Swisttal, den 28.06.1998

Bürgermeister

Gemeindedirektor

### Verfahrensmerkmale

- (1) Die betroffenen Bürger sind durch das Amtsblatt der Gemeinde Swisttal zu einem Anhörungstermin am 27.02.97 eingeladen worden. Die berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 18.02.97 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Swisttal, den 24.06.97

In Vertretung

.....  
(Massmann)

Techn. Beigeordneter

- (2) Der Planungs- und Verkehrsausschuss hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 16.04.97 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Swisttal, den 24.06.97

Bürgermeister

Gemeindedirektor

(Massmann)

Techn. Beigeordneter

- (3) Die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils wurden vom Rat der Gemeinde Swisttal am 22.04.97 als Satzung nach § 34 (4) beschlossen.

Swisttal, den 24.06.97

Bürgermeister

- (4) Diese Satzung wurde am 01.07.97 bei der höheren Verwaltungsbehörde angezeigt.

Swisttal, den 16.02.1998

Gemeindedirektor

- (5) Diese Satzung ist nach Abschluss des Anzeigeverfahrens am 26.06.98 durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde Swisttal bekanntgemacht worden.

Swisttal, den 29.06.1998

Gemeindedirektor



# Planzeichenerklärung

Darstellungen (§ 5 Abs. 2 BauGB)

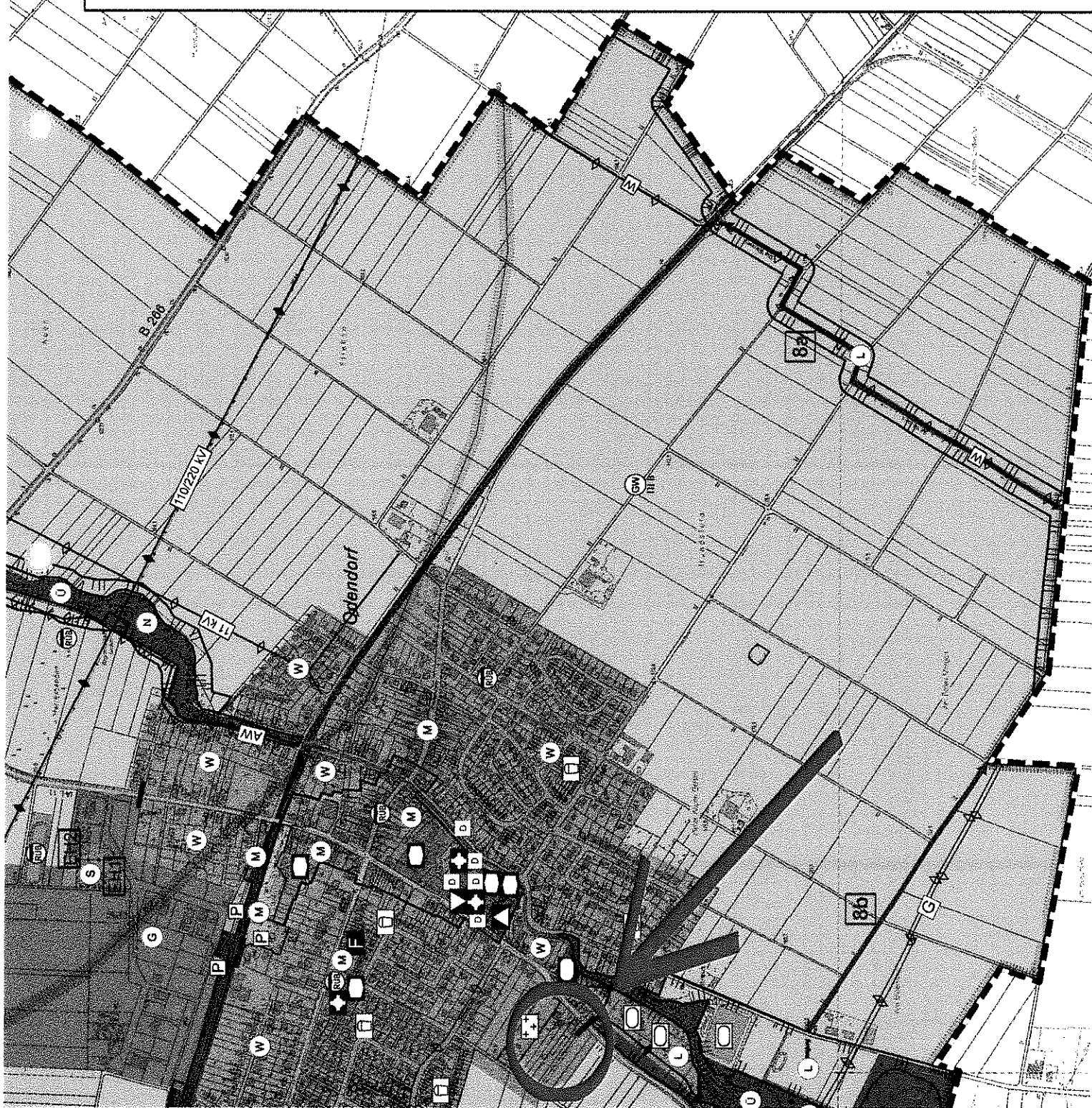
Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2

- W Wohnbauflächen
- M Gemischte Bauflächen
- G Gewerbliche Bauflächen
- S Sonderbauflächen mit den Zwecken:
  - Einzelhandel 1: Nahversorgung - v
  - Einzelhandel 2: Drogeriefachmarkt;
  - Einzelhandel 3: Großfl. Einzelhandl.
  - VKmax = 2.770 m²
- BP1-3 Bundespolizei

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung (§ 5 Abs. 2 Nr. 2a und § 5 Abs. 2 Nr. 2b)

- Flächen für den Gemeinbedarf n
- Öffentliche Verwaltungen
- Schule
- Sozialen Zwecken dienende Gebäud
- Kirche
- Kultur
- Sportanlage
- Feuerwehr
- Zentrale Versorgungsbereich

Flächen für den überörtlichen





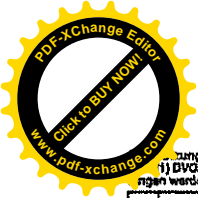
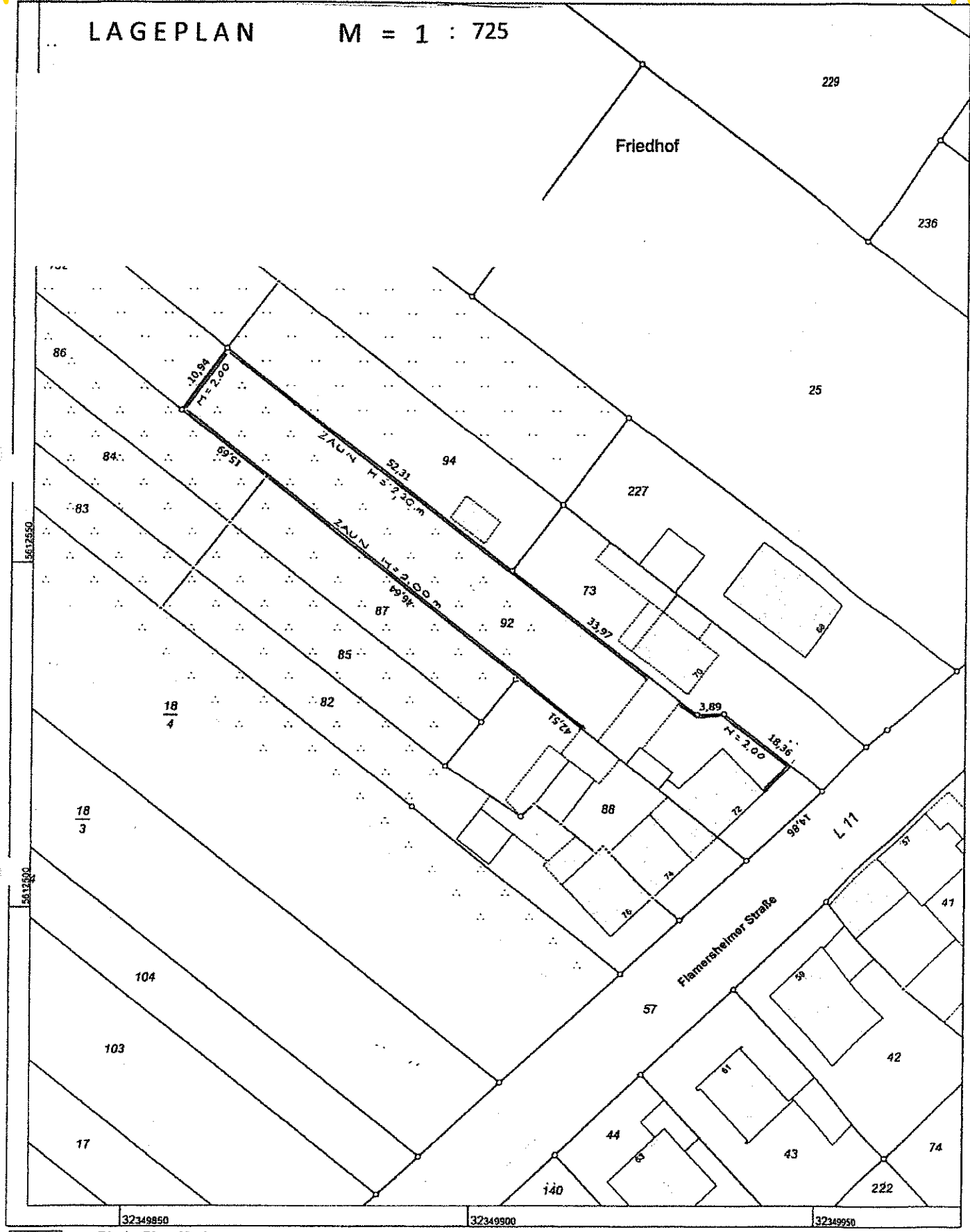


Abbildung dieses Auszugs ist im Rahmen des  
1) DVG-VermKatG NRW zulässig. Zuwiderhand-  
lungen werden nach § 27 VermKatG NRW verfolgt.

# LAGEPLAN M = 1 : 725

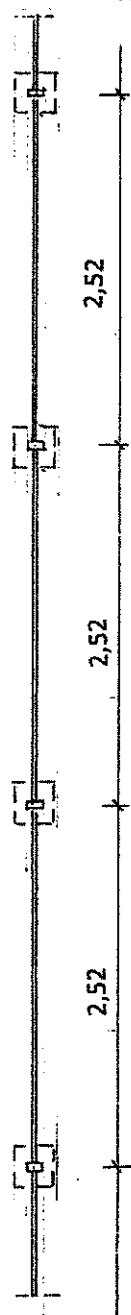
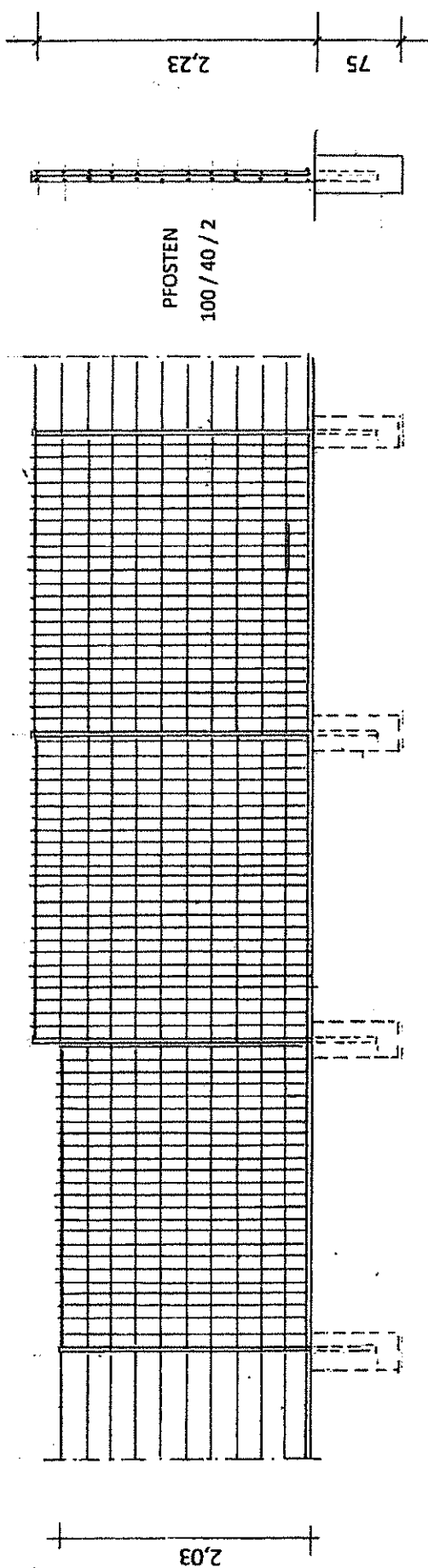


**Rhein-Sieg-Kreis**  
**Katasteramt**  
Kaiser-Wilhelm-Platz 1  
53721 Siegburg

Flurstück: 92  
Flur: 15  
Gemarkung: Odendorf  
Flamersheimer Straße 72, Swistal

**Auszug aus dem**  
**Liegenschaftskataster**  
Flurkarte NRW

Erstellt: 22.02.2024  
Zeichen: 2024\_EI\_00593



STAHL DOPPELSTABMATTEN ZAUN  
BAUHERR: FRAU SONJA MERZBACH  
FLAMERSHEIMER STRASSE 72  
53913 SWISTTAL  
GRUNDRISS, ANSICHT, QUERSCHNITT M=1:50





Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

## BESCHLUSSVORLAGE

V/2020/0832

### Beratungsfolge:

Planungs- und Verkehrsausschuss

### Termin

13.06.2024

### Entscheidung

Entscheidung

### Öffentl.

Ö

Klima- und Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs-  
und Energieausschuss

19.06.2024

Entscheidung

Ö

### Tagesordnungspunkt:

14

Überarbeitung des Regionalplanes Köln, Teilplan Nichtenergetische  
Rohstoffe (Lockergesteine)  
- Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
Beteiligung gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ROG i.V.m. § 13 LPIG NRW zum  
zweiten Planentwurf

### Beschlussvorschlag:

*Die Verfahrensunterlagen werden aktuell gesichtet/ausgewertet. Ein Beschlussvorschlag wird nachgereicht.*

### Sachverhalt:

Mit Schreiben der Bezirksregierung Köln vom 16.05.2024 (siehe Anlage) wird der Gemeinde erneut Gelegenheit gegeben, zum Zweiten Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), der Begründung und dem Umweltbericht in der Zeit vom 21. Mai 2024 bis einschließlich 25. Juni 2024, Stellung zu nehmen. Innerhalb des vorgenannten Zeitraumes erfolgt gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ROG i.V.m. § 13 LPIG NRW die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der berührten öffentlichen Stellen.

Der Geltungsbereich des Teilplans NR umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

Der Download der Beteiligungsunterlagen (bestehend einschließlich Pläne aus über 4000 Seiten) kann von jedermann unter dem nachfolgenden Link (Passwort: TNR) vorgenommen werden:

<https://membox.nrw.de/index.php/s/Exy1ugVXgtfYI3x>

Derzeit werden die umfangreichen Verfahrensunterlagen von der Verwaltung gesichtet.



Zur Kenntnisnahme wird dem Ausschuss vorläufig der anliegende AUSZUG aus der Synopse zu den von der Gemeinde vorgebrachten Anregungen und Bedenken (im Rahmen der Beteiligung vom 07.09.2020 bis einschließlich 09.11.2020) zur Kenntnis gegeben. Die sonstigen Beteiligungsunterlagen sind über Session abrufbar.



Bezirksregierung Köln, 50606 Köln

An die  
Beteiligten

gemäß Beteiligtenliste

## **Aufstellung des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Zweiter Planentwurf**

**15. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am  
03.05.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln hat in seiner 15. Sitzung am 03.05.2024 den Zweiten Planentwurf des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) – kurz: Teilplan NR – zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 14/2024).

Wir möchten Sie bitten, am Aufstellungsverfahren mitzuwirken und Ihre Stellungnahme innerhalb der unten genannten Auslegungsfrist vorzubringen.

Darüber hinaus fordern wir Sie auf, Aufschluss über diejenigen von Ihnen beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die Planaufstellung bedeutsam sein können. Gleiches gilt für weitere Ihnen vorliegende Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind.

Der Geltungsbereich des Teilplans NR umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

Datum: 16.05.2024

Seite 1 von 8

Aktenzeichen:  
32.01-NR.FV.ÖfA-2

Auskunft erteilt:

Heiko Krause

Mathis Busch

Abgrabung@bezreg-  
koeln.nrw.de

Zimmer:

Telefon: (0221) 147 - 4675  
2791

Fax: (0221) 147 -

Postanschrift:

Bezirksregierung Köln,  
50606 Köln

Besucheranschrift:

Scheidtweilerstraße 4,  
50933 Köln

DB bis Köln Hbf,

U-Bahn 16,18 bis Neumarkt,

U-Bahn 1,7 bis

Aachener Straße/ Gürtel

Besuchstermine nur nach  
telefonischer Vereinbarung

Landeshauptkasse NRW:

Landesbank Hessen-Thüringen

IBAN:

DE59 3005 0000 0001 6835 15

BIC: WELADEDXXX

Zahlungssavise bitte an  
zentralebuchungsstelle@  
brk.nrw.de

Hauptsitz:

Zeughausstr. 2-8, 50667 Köln

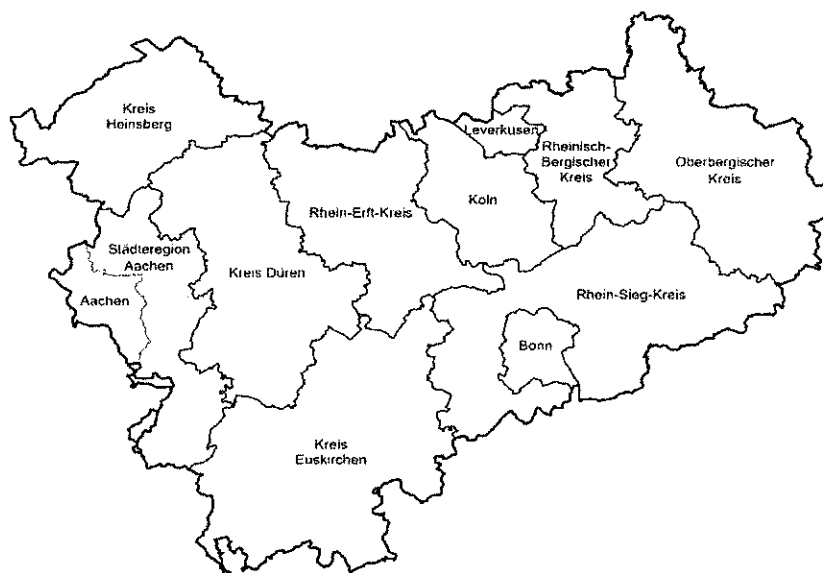
Telefon: (0221) 147 – 0

Fax: (0221) 147 - 3185

USt-ID-Nr.: DE 812110859

poststelle@brk.nrw.de

www.bezreg-koeln.nrw.de



Land NRW (2024) Datenlizenz Deutschland - Zero - Version 2.0

Der Teilplan NR steuert mittels zeichnerischer und textlicher Festlegungen die räumliche Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung nichtenergetischer Bodenschätze (Lockergesteine, also die Rohstoffgruppen Kies/Kiessand, Ton/Schluff und präquartäre Kiese und Sande) sowie die jeweilige Rekultivierung – kurz: In welchen Bereichen des Regierungsbezirks Köln in den nächsten ca. 20 Jahren Lockergesteine gewonnen und wie diese Bereiche nachgenutzt werden dürfen. Diese Bereiche werden als „Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze“ (BSAB) bezeichnet. Sie werden zeichnerisch und textlich festgelegt als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten bzw. mit räumlicher Ausschlusswirkung. Durch dieses Rechtsinstrument werden Abgrabungsnutzungen auf die festgelegten BSAB räumlich „konzentriert“: Außerhalb der BSAB sind Abgrabungen im gesamten Regierungsbezirk grundsätzlich ausgeschlossen; einer Abgrabung entgegenstehende Nutzungen sind innerhalb der festgelegten BSAB ausgeschlossen. Unter bestimmten Voraussetzungen können außerhalb von BSAB kleinere Abgrabungserweiterungen ausnahmsweise zugelassen werden (vgl. textliche Festlegungen des Teilplans NR). Der Teilplan NR hält ausreichend BSAB-Flächen vor, um einen Versorgungszeitraum von mindestens 20 Jahren für sämtliche Lockergesteine zu gewährleisten.



Datum: 16.05.2024  
Seite 3 von 8

Darüber hinaus sieht der Teilplan NR die zeichnerische Festlegung eines Reservegebietes vor zur langfristigen Sicherung der dort lagernden Bodenschätze vor entgegenstehende Nutzungen.

Im Übrigen ergänzen textliche Ziele und Grundsätze die o.g. Regelungen (s. Teil B.2).

Die Festlegung von BSAB und Reservegebieten basiert auf einem schlüssigen gesamträumlichen Planungskonzept (s. insb. Teil B.5). Durch den Teilplan NR werden bestehende BSAB dabei zum Teil zurückgenommen bzw. verkleinert. Wird ein BSAB im Teilplan NR im Gegensatz zum aktuellen Regionalplan nicht mehr als BSAB dargestellt, so soll dieser zeichnerisch „zurückgenommen“ werden.

Durch den Teilplan NR bleiben die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des aktuellen Regionalplanes bzgl. der BSAB, die sich auf Festgesteine beziehen, unberührt. Der Regionalplangeber beabsichtigt die Festgestein-BSAB zukünftig in einem separaten Planverfahren fortzuschreiben.

Der Erste Planentwurf des Teilplans NR (Stand: 2020) wurde nach der Durchführung der öffentlichen Auslegung (§ 9 Abs. 2 ROG) dergestalt geändert, dass dies zu einer teils erstmaligen, teils stärkeren Berührung von Belangen führt. Da das gesamträumliche Planungskonzept geändert wurde und sich der Teilplan NR auf den gesamten Regierungsbezirk bezieht (Positiv-, oder Negativplanung, die sich gegenseitig bedingen), wird nicht nur der geänderte Teil Gegenstand der zweiten öffentlichen Auslegung gem. § 9 Abs. 3 ROG sein, sondern die gesamten Planunterlagen des Zweiten Planentwurfs.

In diesem Zusammenhang weist die Regionalplanungsbehörde ausdrücklich darauf hin, dass gemäß den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes die Grundlagenermittlung weitestgehend abgeschlossen ist:

- Die Meldung von Abgrabungsinteressen ist in der zweiten öffentlichen Auslegung nicht möglich.
- In der zweiten öffentlichen Auslegung können seitens der Kommunen keine sonstigen Ausschlussbelange mehr geltend gemacht werden. Dies betrifft





Datum: 16.05.2024  
Seite 4 von 8

- die Meldung des Verzichts auf den Schutzabstand von 300 m zu ASB, Bauflächen und Ortslagen,
- die Meldung entgegenstehender Darstellungen des Flächennutzungsplans sowie
- die Meldung einer besonders erheblichen räumlichen Vorprägung (Ausschlussbelang).
- Zum Stand der genehmigten Abgrabungen (Abgrabungskataster) sowie zur jährlichen Förderrate wird eine Stichtagsregelung zugrunde gelegt (1. März 2024).

Die zweite öffentliche Auslegung des Teilplans NR verfolgt insbesondere folgende Ziele:

- Prüfung sämtlicher dem Teilplan NR zu Grunde liegenden rechtlichen und tatsächlichen Belange (z.B. Rohstoffdaten, Grundwasserstände, Genehmigungslage zum o.g. Stichtag), und
- Möglichkeit zur Einflussnahme mittels der Eignungsbelange (z.B. lokaler Konsens, erhebliche räumliche Vorprägung, städtebauliche Belange).

Mit Ende der zweiten öffentlichen Auslegung endet die Möglichkeit für Dritte, abweichende Rohstoffdaten durchgreifend geltend zu machen – insofern soll ein Stichtag definiert werden (vgl. Teil B.5, Kapitel 17).

Gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ROG i.V.m. § 13 LPIG NRW wird der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen erneut Gelegenheit gegeben, zu dem Zweiten Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), der Begründung und dem Umweltbericht Stellung zu nehmen.

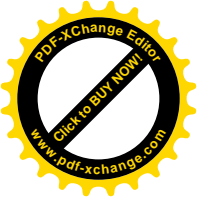
Die Unterlagen, welche gem. § 9 ROG Gegenstand der öffentlichen Auslegung sein werden, umfassen:

- Teil A: Zusammenfassung (insb. Änderungen und Planungsergebnis)
- Teil B: Planunterlagen
  1. Übersicht der Planunterlagen
  2. Textliche Festlegungen (Erläuterungen und Begründung)



Datum: 16.05.2024  
Seite 5 von 8

3. Zeichnerische Festlegungen (BSAB, Rekultivierungsziele, Reservegebiet) (Maßstab 1:50.000, Blattschnitte)
4. Erläuterungskarten
  - 4.1 BSAB und genehmigte Abgrabungen (Maßstab 1:50.000, Blattschnitte)
  - 4.2 Rohstoffvorkommen im Regierungsbezirk Köln (DIN A3)
  - 4.3 Potentialfläche und Tabuzone (DIN A3)
  - 4.4 Verteilung der BSAB (Locker- und Festgesteine) (DIN A3)
5. Begründung  
(der zeichnerischen Festlegungen, Gesamtträumliches Planungskonzept)
6. Anhänge:
  - A: Beabsichtigte Gewichtung relevanter Belange (Tabelle)
  - B: Prüfvorgang zur Festlegung von BSAB und Reservegebieten (Abbildung)
  - C: Maximale Flächengrößen der BSAB je Rohstoffgruppe (Abbildung)
  - D: Durch oberirdische Bodenschatzgewinnung (besonders) erheblich vorgeprägte Kommunen im Regierungsbezirk Köln – Raumanalyse (Tabelle)
  - E: Vorgeprägte Kommunen (Karte)
  - F: Merkmale besonderer Vorprägung durch Braunkohlegewinnung (Tabelle)
  - G: Durch oberirdische Bodenschatzgewinnung (besonders) erheblich vorgeprägte Kommunen im Regierungsbezirk Köln – Ergebnis (Tabelle)
  - H: Argumentationslinie zur Identifikation durch oberflächennahe



Bodenschatzgewinnung (besonders) erheblich  
vorgeprägter Kommunen (Abbildung)

- I: Methodik zur Festlegung von Rekultivierungszielen (Tabelle)
- J: Bewertung potentieller BSAB (Flächenauswahl) (Tabelle)
- K: Der Weg eines Abgrabungsinteresses (Tabelle)
- L: Planungsergebnis des Teilplans NR (Tabelle)
- M: Regionalplanerische Prüfbögen: Abgrabungsinteressen
- N: Regionalplanerische Prüfbögen: Suchräume
- O: Regionalplanerische Prüfbögen: BSAB
- P: Berücksichtigung von Belangen im gesamträumlichen Planungskonzept und in Umweltprüfung (Tabelle)
- Q: Prüfung Rohstoffdaten mit Geologischem Dienst NRW (Ergebnis)

7. Umweltbericht nebst Anhängen.

- Teil C: Auswertung der Stellungnahmen aus der ersten öffentlichen Auslegung (Synopsis):
  1. Beteiligung der öffentlichen Stellen bzw. Träger öffentlicher Belange (TÖB)
  2. Beteiligung der Öffentlichkeit:  
Sämtliche Stellungnahmen (außer zu BM-BM/ELS-034)
  3. Beteiligung der Öffentlichkeit: BM-BM/ELS-034
  4. Beteiligung der Öffentlichkeit: Abgrabungsinteressen

**Erneute öffentliche Auslegung bzw. Veröffentlichung**

Die Unterlagen können in der Zeit vom

**21. Mai 2024 bis einschließlich 25. Juni 2024**

über die nachfolgende Internetadresse eingesehen und heruntergeladen werden:

**<https://url.nrw/regionalplanungsverfahren>**



oder über den Link:

Datum: 16.05.2024  
Seite 7 von 8

<https://membox.nrw.de/index.php/s/Exy1ugVXgtfYl3x/authenticate>

Passwort: TNR

Die Unterlagen liegen zudem während der oben genannten Auslegungsfrist bei der Bezirksregierung Köln, Dienstgebäude Scheidtweilerstraße 4 in 50933 Köln (montags bis freitags 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr) zur Einsichtnahme durch jedermann aus. Es wird um telefonische Voranmeldung unter 0221/147-3859 (Frau Fani), 0221/147-2038 (Herr Esser) oder 0221/147-3516 (Herr Janes) oder per E-Mail unter [abgrabung@bezreg-koeln.nrw.de](mailto:abgrabung@bezreg-koeln.nrw.de) gebeten. Die Einsichtnahme erfolgt mittels elektronischem Lesegerät.

Im Amtsblatt Nr. 19 vom 13.05.2024 der Bezirksregierung Köln, und auf den Internetseiten der Kreise und kreisfreien Städte im Regierungsbezirk Köln, wurde die zweite öffentliche Auslage bzw. Veröffentlichung öffentlich bekannt gemacht.

### **Stellungnahme**

Stellungnahmen zur beabsichtigten Planänderung können **innerhalb der oben genannten Auslegungsfrist vorgebracht werden**. Nach Ablauf der Frist sind alle Stellungnahmen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Eine Fristverlängerung kann daher grundsätzlich nicht gewährt werden.

Stellungnahmen können auf die folgende Art und Weise abgegeben werden:

1. Elektronisch über das Beteiligungsportal „Beteiligung NRW“ unter dem folgenden Link:

**<https://beteiligung.nrw.de/portal/brk/beteiligung/themen/1007115>**

Die Stellungnahme sollte möglichst in das Inhaltsfeld eingetragen und nicht als PDF hochgeladen werden. Dies erleichtert die technische Weiterverarbeitung erheblich.



Datum: 16.05.2024  
Seite 8 von 8

2. Per E-Mail (Stellungnahme bevorzugt als pdf) an das Postfach **abgrabung@bezreg-koeln.nrw.de**.

Bitte geben Sie dazu in der Betreffzeile Ihrer E-Mail möglichst nur die Kurzbezeichnung – **TÖB RPlan TP NR** – an. Dies erleichtert die technische Weiterverarbeitung erheblich.

3. Postalisch oder zur Niederschrift an die Bezirksregierung Köln, 50606 Köln

### **Wichtige Hinweise für die Abgabe Ihrer Stellungnahme**

Stellungnahmen sollten möglichst unter Angabe des vollständigen Namens bzw. Bezeichnung und der Anschrift des Stellungnehmenden abgegeben werden. Darüber hinaus sollten schriftliche Stellungnahmen in lesbarer Form abgegeben werden.

Um die Zuordnung zum jeweils relevanten Planinhalt zu erleichtern, bittet die Regionalplanungsbehörde außerdem darum, die Stellungnahme möglichst nach der oben genannten Gliederung der Planunterlagen zu strukturieren (z.B. Teil B.6, Anhang O).

Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt nicht. Die fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen werden im weiteren Verfahren in die Abwägung durch den Regionalrat einbezogen. Durch Einsichtnahme in die Planunterlage und Abgabe von Stellungnahmen entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Bei Abgabe einer Stellungnahme werden die darin gemachten personenbezogenen Daten gespeichert und im Rahmen der Auswertung auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen verarbeitet.

Bei Fragen zu den Möglichkeiten der Beteiligung, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Regionalplanungsbehörde unter 0221/147-3859 (Frau Fani), 0221/147-2038 (Herr Esser) oder 0221/147-3516 (Herr Janes) oder per Mail an **abgrabung@bezreg-koeln.nrw.de** oder schriftlich an Bezirksregierung Köln, 50606 Köln.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Regionalplanungsbehörde Köln





# Synopse der Anregungen und Bedenken

zum Aufstellungsverfahren des Regionalplanes Köln,  
Sachlicher Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)

---

Auswertung der Stellungnahmen aus der  
ersten öffentlichen Auslegung  
vom 07.09.2020 bis einschließlich 09.11.2020

hier: Teil C-1

## **Beteiligung der öffentlichen Stellen bzw. Träger öffentlicher Belange (TÖB)**

Erläuterung:

Die Stellungnahmen sind im Folgenden vollständig wiedergegeben.  
Ergänzend werden dem Plangeber die Original-Stellungnahmen zur Verfügung gestellt  
(insb. wegen Karten und Abbildungen).



<b>Eingabe von: Gemeinde Swisttal</b>		<b>Stellungnahme-ID: 168000-TA-0001</b>
Inhalt der Stellungnahme	Regionalplanerische Abwägung	
<p>Änderung des Regionalplanes, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Erster Planentwurf</p> <p>Bezug: Öffentliche Auslegung des Ersten Planentwurfs</p> <p>hier: Stellungnahme der Gemeinde Swisttal im Rahmen der Öffentlichen Auslegung</p> <p>Ich möchte mich für die Unterlagen zur digitalen Abgrabungskonferenz sowie für die ebenfalls digital zur Verfügung gestellte 5. Abgrabungskonferenz bedanken. Die Gemeinde Swisttal nimmt den Ersten Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe zur Kenntnis und schließt sich den vorgeschlagenen Ausweisungen der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) innerhalb des Gemeindegebietes an.</p>	<p><b>Typ:</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag:</b> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p><b>Erläuterung:</b></p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>	



<b>Eingabe von: Gemeinde Swisttal</b>		<b>Stellungnahme-ID: 168000-TA-0002</b>
<b>Inhalt der Stellungnahme</b>	<b>Regionalplanerische Abwägung</b>	
<p>Gleichzeitig teilt die Gemeinde die Entscheidung der Bezirksregierung, im Bereich der Kieswerke Flerzheim innerhalb des Gemeindegebietes kein BSAB auszuweisen. Das vorhandene Landschaftsschutzgebiet wird durch die Bezirksregierung als Anschlussbelange gewichtet, und geht mit den Festsetzungen des dortigen Bebauungsplanes der Gemeinde Swisttal BU 18 „Am Nöel“ (Abgrabungsinteresse: 063-SU-0) einher, der außerdem die Vernetzung vorhandener Freiraumstrukturen im Sinne von Biotopvernetzungen, zur Verbesserung des Landschaftsbildes und zur Sicherung der Erholungsfunktion festsetzt.</p>	<p><b>Typ: Hinweis</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag:</b> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p><b>Erläuterung:</b></p> <p>Dem Zweiten Planentwurf zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) liegt ein aktualisierter Stand des Abgrabungskatasters mit aktuellen Verfahrensständen zu genehmigten und rekultivierten bzw. in Rekultivierung befindlichen Abgrabungen mit Stichtag 01.03.2024 zugrunde (vgl. Begründung Kapitel 15.2). Die zugrunde gelegten Daten können den Prüfbögen zu den Abgrabungsinteressen, Suchräumen und BSAB des Zweiten Planentwurfes zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden (vgl. Anhänge M, N und O).</p> <p>Der in Rede stehende BSAB SU-RHE-062 trägt im Zweiten Planentwurf zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe die Bezeichnung BSAB-L-52 und umfasst weiterhin vollumfänglich fachrechtlich genehmigte Flächen (s. Prüfbogen BSAB-L-52). Eine zwischenzeitlich rekultivierte Teilfläche im äußersten Süden des Abgrabungsstandortes ist nicht mehr Bestandteil der aktualisierten zeichnerischen Festlegung des BSAB.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>	

<b>Eingabe von: Gemeinde Swisttal</b>		<b>Stellungnahme-ID: 168000-TA-0003</b>
<b>Inhalt der Stellungnahme</b>	<b>Regionalplanerische Abwägung</b>	
<p>Das geplante zukünftige BSAB SU-SWI-063 stellt die Erweiterung einer bereits genehmigten Abgrabung dar. Die unmittelbare Nähe zum Naturschutzgebiet „Kiesgrube nordöstlich Straßfeld“ sowie das an das Plangebiet angrenzende verfahrenskritische Vorkommen der Knoblauchkröte wurde im Verfahren entsprechend bewertet und abgewogen. Es bleibt dafür Sorge zu tragen, dass die artenschutzrechtlichen Erfordernisse im Zuge der eventuellen Abbauphase der Planfestlegung berücksichtigt werden.</p> <p>Außerdem ist dafür Sorge zu tragen, dass sich bei Beginn des Abbaus keine Individuen der Art im Plangebiet aufhalten. Die Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung sind zu berücksichtigen. Dazu zählt, dass die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 8 Abs. 1 ROG für das Plangebiet auf den nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren sind. Dabei sind insbesondere die Auswirkungen auf die schutzgutbezogenen Kriterien Naturschutzgebiet, planungsrelevante rt, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Böden, Wasserschutzgebiet, Grundwasserkörper, Oberflächenwasserkörper, klimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktion, landschaftsgebundene Erholung und archäologische Bereiche zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Typ: Hinweis</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag:</b> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p><b>Erläuterung:</b></p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und den Vorgaben der ständigen höchststrichterlichen Rechtsprechung folgt die zeichnerische Festlegung der BSAB einem mehrstufigen Vorgehen (vgl. Anhang A Gesamtträumliches Planungskonzept zur Festlegung von BSAB). Bei der Anwendung der Ausschluss- und Eignungsbelange sowie der Zeichenregeln zur Abgrenzung von BSAB gemäß gesamtträumlichen Planungskonzept werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische und fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der in Rede stehende BSAB SU-SWI-063 trägt im Zweiten Planentwurf zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe die Bezeichnung BSAB-L-43 (s. Prüfbogen BSAB-L-43). Der Standort ist im Sinne des gesamtträumlichen Planungskonzeptes für die zeichnerische Festlegung eines BSAB geeignet (s. Prüfbogen Suchraum S-011-KKS-1), so dass die Beibehaltung der BSAB-Festlegung im Sinne der Plankonzeption folgerichtig ist.</p> <p>Die genannten Anregungen und Hinweise beziehen sich auf die Umsetzung der Planung auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren. Die auf Regionalplanebene durchgeführte Umweltprüfung gibt hier - wie vom Einwender festgelegt - wichtige Hinweise auf zu berücksichtigende</p>	



	<p>bedeutenden Schutzgutkriterien, die im Prüfbogen zum Plangebiet aufgeführt sind (s. Anhang B zur Umweltprüfung, Steckbrief BSAB-L-43).</p> <p>Das Vorkommen der Knoblachröte ist nicht für den Bereich des Erweiterungspotentials des BSAB (Teilflächen ohne fachrechtliche Abgrabungsgenehmigung), sondern für den Bereich der Bestandsabgrabung dokumentiert. Ihr Vorkommen wird im Zuge der Umweltprüfung für das Plangebiet als betroffenes verfahrenskritisches Vorkommen identifiziert, eine erhebliche Beeinträchtigung des verfahrenskritischen Vorkommens wird jedoch im Umweltbericht in Kap. 5.4 begründet ausgeschlossen. Die Begründung für die nicht erhebliche Bewertung ist dem Umweltbericht entsprechend zu entnehmen (vgl. Umweltbericht Kapitel 5.4).</p>
--	--

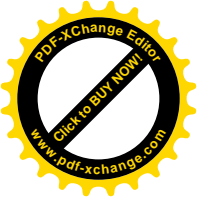




<b>Eingabe von: Gemeinde Swisttal</b>		<b>Stellungnahme-ID: 168000-TA-0004</b>
<b>Inhalt der Stellungnahme</b>	<b>Regionalplanerische Abwägung</b>	
Ich darf sie bitten, die in dieser Stellungnahme dargestellten Aspekte in den zweiten Planentwurf entsprechend einzubringen.	<b>Typ: Anregung/Bedenken</b>	
	<b>Ausgleichsvorschlag: Der Anregung wird gefolgt</b>	
	<b>Erläuterung:</b>	
	Die Stellungnahme der Gemeinde Swisttal wird im weiteren Regionalplanverfahren berücksichtigt (s. Stellungnahmen ID 168000-0001 bis 168000-0003).	



Eingabe von: Stadt Troisdorf		Stellungnahme-ID: 169000-TA-0001
Inhalt der Stellungnahme	Regionalplanerische Abwägung	
<p>Auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf sind im Entwurf des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) folgende BSAB (Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Rohstoffe) dargestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• K/SU-K/TRO/NK-057 Teilfläche Libursee auf Troisdorfer Stadtgebiet (genehmigte Abgrabung - Neudarstellung)</li><li>• SU-TRO-064 Eschmarer See (teilweise genehmigte Abgrabung — geänderte Darstellung, bisher BSAB 14) — Lagerstätte KKS-26 des Geolog. Dienst NRW</li></ul> <p>Entfallen ist die bisherige Darstellung im Bereich des Stockemer Sees als BSAB 13 sowie im Bereich des Mondorfer Sees als BSAB 14.</p>	<p><b>Typ:</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag:</b> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p><b>Erläuterung:</b></p> <p>Es werden Hinweise zur räumlichen Verortung der BSAB im Ersten Planentwurf zum Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf gegeben und darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>	



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

MITTEILUNGSVORLAGE

M/2020/0903

<u>Beratungsfolge:</u>	<u>Termin</u>	<u>Entscheidung</u>	<u>Öffentl.</u>
Planungs- und Verkehrsausschuss	13.06.2024	Kenntnisnahme	Ö
Klima- und Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs- und Energieausschuss	19.06.2024	Kenntnisnahme	Ö

Tagesordnungspunkt:



Tontagebau Straßfeld (Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstücke 77 teilw., 31 teilw.) Rahmenbetriebsplan  
- Stellungnahme der Gemeinde zum Antrag auf Verlängerung der Laufzeit bis Ende 2034 des Rahmenbetriebsplanes -

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 27.03.2024 wurde der Gemeinde durch die Bezirksregierung Arnsberg der Antrag auf Verlängerung der Laufzeit des Rahmenbetriebsplanes für den Tontagebau Straßfeld, mit der Bitte um Stellungnahme hinsichtlich der zu vertretenden Belange bis zum 30.04.2024 vorgelegt. Der Tagebau soll bis Ende 2034 verlängert werden.

Die Stellungnahme der Gemeinde an die Bezirksregierung Arnsberg wird anliegend zur Kenntnis gegeben. Für weitere Informationen ist der Antrag auf Verlängerung des Rahmenbetriebsplans im Ratsinformationssystem abrufbar.  
Mit der Stellungnahme wurden durch die Gemeinde zusätzliche Erläuterungen des Antragstellers zur geringeren Jahresförderleistung und somit Verzögerung bis zur vollständigen Ausschöpfung der Lagerstätte gefordert. Laut E-Mail der BezReg Arnsberg vom 28.05.2024 wurde der Antragsteller am 06.05.2024 aufgefordert die gewünschte Erläuterung bis zum 17.05.2024 einzureichen. Nach erneuter Nachfrage durch die BezReg am 24.05.2024 wurde eine zeitnahe Einreichung versprochen. Bisher sind jedoch keine weiteren Unterlagen bei der Gemeinde eingegangen.



GEMEINDE  
SWISTTAL  
DIE BÜRGERMEISTERIN

Gemeinde Swisttal \* Postfach 1264 \* 53911 Swisttal

Bezirksregierung Arnsberg  
Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW  
Postfach

44025 Dortmund

Dienststelle: Fachgebiet III/1  
Gemeindeentwicklung Fachgebiet III/1  
Auskunft erteilt: Frau Gildenhard  
Zimmer: 34  
Durchwahl: (02255) 309-619  
Telefax: (02255) 309-899  
e-mail: Felicitas.Gildenhard@Swisttal.de

Adresse: Rathausstraße 115  
53913 Swisttal-Ludendorf  
Zu erreichen über: RVK-Linien 747 oder  
DB-Linie 523 (Bhf. Odendorf)  
Internet: <http://www.swisttal.de>

Datum und Zeichen Ihres Schreibens  
27.03.2024

Mein Zeichen  
66-39-00-17

Datum  
29.04.2024

**Tontagebau Straßfeld der Josef Esser Sand und Kies GmbH**  
**Rahmenbetriebsplan – Antrag auf Verlängerung der Laufzeit bis Ende 2034**  
hier: Stellungnahme der Gemeinde

Sehr geehrter Herr Tielker,


seitens der Gemeinde Swisttal bestehen zum vorgelegten Antrag auf Verlängerung der Laufzeit des Rahmenbetriebsplanes keine grundsätzlichen Bedenken. Jedoch bitte ich um zusätzliche Unterlagen zu folgendem Sachverhalt:

In den Antragsunterlagen aus April 2016 wurde ursprünglich von einer Jahresförderleistung von 6.000 m<sup>3</sup>/a ausgegangen, während die angegebene Jahresförderleistung in den aktuellen Antragsunterlagen mit 2.500 m<sup>3</sup>/a bis 3.000 m<sup>3</sup>/a deutlich geringer ausfällt. Durch diese geringere Jahresförderleistung ergibt sich die hier beantragte Verlängerung von 8 Jahren bis zur vollständigen Ausschöpfung der Lagerstätte (21.000 m<sup>3</sup>). Somit wird der hierfür ursprünglich beantragte Zeitraum von 7 Jahren (Antrag April 2016) sogar um ein Jahr übertroffen.

Aus den Antragsunterlagen geht zur zuvor beschriebenen geringeren Jahresförderleistung und somit erneuten Verzögerung bis zur vollständigen Ausschöpfung der Lagerstätte keinerlei Erläuterung hervor. Ich bitte hierzu um eine schriftliche Begründung seitens des Antragstellers. Diese soll insbesondere der Information des zuständigen politischen Gremiums der Gemeinde dienen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen unter den angegebenen Kontaktdaten gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
(Gildenhard)

Glaubiger-Identifikationsnummer im SEPA-Lastschriftverfahren: DE34ZZZ00000046984

Kreissparkasse Köln  
Volksbank Rhein-Erft-Köln eG  
Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG

BLZ: 370 502 99  
BLZ: 370 623 65  
BLZ: 370 696 27

Kto.: 059 002 006  
Kto.: 330 126 101 1  
Kto.: 300 216 013

IBAN: DE17 3705 0299 0059 0020 06  
IBAN: DE56 3706 2365 3301 2610 11  
IBAN: DE98 3706 9627 0300 2160 13

Swift-BIC: COKS0E33  
Swift-BIC: GENODE33FHH  
Swift-BIC: GENODE33RBC



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

---

## MITTEILUNGSVORLAGE

M/2020/0902

---

### Beratungsfolge:

	<u>Termin</u>	<u>Entscheidung</u>	<u>Öffentl.</u>
Planungs- und Verkehrsausschuss	13.06.2024	Kenntnisnahme	Ö
Klima- und Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs- und Energieausschuss	19.06.2024	Kenntnisnahme	Ö

---

### Tagesordnungspunkt:



Tontagebau Straßfeld (Gemarkung Straßfeld, Flur 1, Flurstücke 77 tlw., 31 teilw.) Hauptbetriebsplan  
- Stellungnahme der Gemeinde zum Hauptbetriebsplanantrag für den Zeitraum 01.09.2024 bis 31.08.2028 -

---

### Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 27.03.2024 wurde der Gemeinde durch die Bezirksregierung Arnsberg der Hauptbetriebsplan für den Tontagebau Straßfeld für den Zeitraum 01.09.2024 bis 31.08.2028, mit der bitte um Stellungnahme hinsichtlich der zu vertretenden Belange bis zum 30.04.2024 vorgelegt.

Die Stellungnahme der Gemeinde an die Bezirksregierung Arnsberg wird anliegend zur Kenntnis gegeben. Für weitere Informationen ist der Hauptbetriebsplan im Ratsinformationssystem abrufbar.





GEMEINDE  
SWISTTAL  
DIE BÜRGERMEISTERIN

Gemeinde Swisttal • Postfach 1264 • 53911 Swisttal

Bezirksregierung Arnsberg  
Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW  
Postfach  
  
**44025 Dortmund**

Dienststelle: Fachgebiet III/1  
Gemeindeentwicklung  
Auskunft erteilt: Frau Gildenhard  
Zimmer: 34  
Durchwahl: (02255) 309-619  
Telefax: (02255) 309-899  
e-mail: Felicitas.Gildenhard@Swisttal.de

Adresse: Rathausstraße 115  
53913 Swisttal-Ludendorf  
Zu erreichen über: RVK-Linien 747 oder  
DB-Linie S23 (Bhf. Odendorf)  
Internet: <http://www.swisttal.de>

Datum und Zeichen Ihres Schreibens  
27.03.2024

Mein Zeichen  
66-39-00-17

Datum  
29.04.2024

**Tontagebau Straßfeld der Josef Esser Sand und Kies GmbH**  
**hier: Hauptbetriebsplanantrag für den Zeitraum 01.09.2024 bis 31.08.2028**

Sehr geehrter Herr Tielker,

seitens der Gemeinde Swisttal bestehen zum vorgelegten Hauptbetriebsplanantrag keine grundsätzlichen Bedenken. Ich bitte Sie jedoch die Anmerkungen in unserer Stellungnahme zur Verlängerung des Rahmenbetriebsplanes zu beachten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen unter den angegebenen Kontaktdaten gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
(Gildenhard)

Glaubiger-Identifikationsnummer im SEPA-Lastschriftverfahren: **DE34ZZZ00000046984**

KreisSparkasse Köln	BLZ: 370 502 99	Kto.: 059 002 006	IBAN: DE17 3705 0299 0059 0020 06	Swift-BIC: COKSDE33
Volksbank Rhein-Erft-Köln eG	BLZ: 370 623 65	Kto.: 330 126 101 1	IBAN: DE56 3706 2365 3301 2610 11	Swift-BIC: GENODED1FHH
Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG	BLZ: 370 696 27	Kto.: 300 216 013	IBAN: DE98 3706 9627 0300 2160 13	Swift-BIC: GENODED1RBC



Fachbereich: FG-III/1 Gemeindeentwicklung / Planung / Maßnahmen Bauaufsicht / Umwelt  
Gemeinde Swisttal

Die Bürgermeisterin

---

## MITTEILUNGSVORLAGE

M/2020/0894

---

**Beratungsfolge:**

Planungs- und Verkehrsausschuss

**Termin**

13.06.2024

**Entscheidung**

Kenntnisnahme

**Öffentl.**

Ö

---

**Tagesordnungspunkt:**



NEILA (Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales  
Landmanagement)

- Mitwirkung der Gemeinde durch Stellen eines Lupenraumes

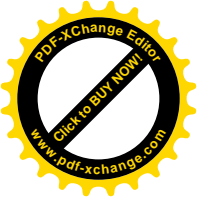
---

**Sachverhalt:**

Auf die Sachverhaltsdarstellung vom Planungs- und Verkehrsausschuss am 11.04.2024 (Top 19) wird verwiesen.

Ziel der einjährigen Verlängerung des Forschungsprojektes Neila ist die Frage, wie Innenpotentiale einen Beitrag zur Bereitstellung von Wohnraum leisten können. Hierfür werden Lupenräume in Bezug auf das Entwicklungs- und Verdichtungspotential untersucht. Die Gemeinde Swisttal hat die Möglichkeit erhalten sich neben fünf weiteren Kommunen aus der Trarar-Region mit einem Lupenraum in Odendorf zu beteiligen. Diese Möglichkeit wird von der Gemeinde in Anspruch genommen. Untersucht werden sollen die Wohnraum- und Veränderungs-Potentiale im Bereich der sog. Gartenhofgrundstücke am Jüllicher Ring.

Die Untersuchung wird durch externe Planungsbüros durchgeführt und soll bis Ende des Forschungszeitraumes, also Ende dieses Jahres, abgeschlossen sein.



Fachbereich: FG-III/6 Klima

Gemeinde Swisttal  
Die Bürgermeisterin

**MITTEILUNGSVORLAGE**

M/2020/0887

<u>Beratungsfolge:</u>	<u>Termin</u>	<u>Entscheidung</u>	<u>Öffentl.</u>
Planungs- und Verkehrsausschuss	13.06.2024	Kenntnisnahme	Ö
Klima- und Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs- und Energieausschuss	19.06.2024	Kenntnisnahme	Ö

**Tagesordnungspunkt:**



Kommunale Wärmeplanung Gemeinde Swisttal - Aktueller Sachstand

**Sachverhalt:**

Ergänzend zu der Mitteilung vom 18.04.2024 an den Klima- und Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs- und Energieausschuss und den Planungs- und Verkehrsausschuss (M/2020/0859) wurde mit der Datenakquise für den ersten Kernbaustein der Bestands- und Potentialanalyse der Kommunalen Wärmeplanung der Gemeinde Swisttal begonnen.

Dazu wurde die große Steuerungsgruppe einberufen. Die Akteure der großen Steuerungsgruppe werden aktiv in den Planungsprozess eingebunden und sind als zentrale Umsetzer relevant. Außerdem dient sie dazu, lokale Bedarfe zu ermitteln und regionale Potenziale von Erneuerbaren Energien sowie nicht vermeidbarer Abwärme auszuschöpfen. Die große Steuerungsgruppe wird in allen Prozessschritten bei der Erstellung des Kommunalen Wärmeplans involviert sein.

Auf Grundlage der Bestands- und Potentialanalyse werden Zielszenarien entwickelt, die zu Vorranggebieten für Wärmenetze oder Einzelversorgung zusammengefasst werden. Abschließend wird eine Wärmewendestrategie mit Handlungsempfehlungen und Maßnahmen entworfen, die zur Umsetzung des Wärmeplans in Fokusgebieten dient.

Bei der Erstellung eines Kommunalen Wärmeplans spielt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle. Deswegen wird es nach Abschluss der Bestands- und Potentialanalyse 4 Wochen lang online und vor Ort die Möglichkeit geben, die Ergebnisse der Analysen einzusehen und Stellungnahmen abzugeben. Außerdem ist am 30.09.2024 ein öffentlicher Bürgerworkshop geplant, um die frühzeitige Beteiligung der Bürgerschaft zu gewährleisten.



Des Weiteren ist am 27.01.2025 eine weitere öffentliche Bürgerveranstaltung mit einer anschließenden vierwöchigen Auslegung der Ergebnisse des Zielszenarios und der Wärmewendestrategie geplant, damit auch dazu Stellungnahmen abgegeben werden können.

Die Kommunale Wärmeplanung der Gemeinde Swisttal wird voraussichtlich im Frühjahr 2025 abgeschlossen und anschließend durch einen Endbericht veröffentlicht werden.



Fachbereich: Stabsstelle Wiederaufbau

Die Bürgermeisterin

---

## MITTEILUNGSVORLAGE

VI/2020/0652

---

**Beratungsfolge:**

Planungs- und Verkehrsausschuss

**Termin**

13.06.2024

**Entscheidung**

Kenntnisnahme

**Öffentl.**

Ö

---

**Tagesordnungspunkt:**



Sachstand Vergaben Sportcampus Odendorf

---

**Sachverhalt:**

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde gemeinsam mit den Vereinen ein Konzept entwickelt, wie in welcher Form der neue Sportcampus besiedelt werden kann. Um dieses Konzept nun mit Leben zu füllen, wurden verschiedene Planungsleistungen im Ingenieurbereich ausgeschrieben und vergeben. Da die Leistungen nach dem geltenden Vergaberecht ganzheitlich zu betrachten sind, wurde vom Projektmanagement eine Schwellenwertermittlung durchgeführt. Hierbei wurde festgestellt, dass der europäische Schwellenwert für die Vergabe von Ingenieurleistungen deutlich überschritten wird. Daraufhin wurde die Vergabe angepasst und ein europäisches Vergabeverfahren durchgeführt. Gemäß den gesetzlichen Vorgaben wurden 80% der Leistungen europaweit ausgeschrieben. 20% der Leistungen wurden gemäß der Vergabeordnung unter der Schwelle (UVgO) vergeben.

Folgende Planungsleistungen wurden ausgeschrieben:

- europaweit: Objektplanung für Verkehrsanlagen und Objektplanung für Freianlagen
- deutschlandweit: Objektplanung für Ingenieurbauwerke (Schmutzwasserkanal, Regenwasserkanal, Wasserleitung und Regenrückhaltebecken)

Im europäischen Vergabeverfahren hat das Ingenieurbüro Schröder Landschaftsarchitekten & Ingenieure aus Essen die Ausschreibung für das Los Objektplanung für Verkehrsanlagen gewonnen.





Den Zuschlag für das Los Objektplanung für Freianlagen hat das Ingenieurbüro Reepel Schirmer Landschaftsarchitektur aus Düren erhalten.

Die Lose aus dem deutschlandweiten Verfahren Objektplanung für Ingenieurbauwerke (Schmutzwasserkanal, Regenwasserkanal, Wasserleitung und Regenrückhaltebecken) gewann das Ingenieurbüro Planpartner Rheinland GmbH aus Oberhonnefeld-Gierend.